

Die Finanzwirtschaft der Freien Reichsstadt Eßlingen
im Spiegel der Umgelter-Rechnungen der zweiten Hälfte
des 18. Jahrhunderts

von
Dipl. -Kfm. GERNOT LUKAS
aus Gablonz

1968



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546302_0091

Meiner

M u t t e r

Die Finanzwirtschaft der Freien Reichsstadt Esslingen
im Spiegel der Umgelter-Rechnungen der zweiten Hälfte
des 18. Jahrhunderts

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
(Dr. rer. pol.)

an der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Nürnberg

vorgelegt von
Dipl.-Kfm. GERNOT LUKAS
aus Gablonz



Referent: Prof. Dr. Dr. Weddigen

Korreferent: Prof. Dr. Pfeiffer

Tag der mündlichen Prüfung: 12. Juni 1968

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Themastellung und Methoden	1
II. Geschichtlicher Hintergrund	2
1. Geschichte	2
2. Eßlingen und Württemberg	4
3. Bevölkerung	5
4. Währung und Preise	6
III. Die Institutionen der Finanzwirtschaft	9
1. Die Stadtverwaltung	9
a) Die wichtigsten städtischen Ämter	9
b) Die Besoldung der Stadtbediensteten	15
2. Die Finanzverwaltung	24
a) Das Kassenwesen	24
b) Einzug der Abgaben	27
c) Das Rechnungswesen	30
IV. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft	36
1. Die städtischen Einkünfte	36
a) Beschreibung der Einkünfte	36
b) Beurteilung der Einkünfte	55
2. Die städtischen Ausgaben	73
3. Das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben (Deckung) .	79
4. Schulden und Forderungen	89
V. Finanzwirtschaft und politisches System	91
VI. Exkurs: Der Kriegshaushalt von 1800/01	98
Literaturverzeichnis	102
Anhang	

I N H A L T S A N G A B E

	Seite
I. <u>Themastellung und Methoden</u>	1 - 2
Neben der Darstellung der Eßlinger Finanzwirtschaft und ihrer Beurteilung soll auch generell die Möglichkeit untersucht werden, die Rechnungslegung früherer Zeit heute zur Rekonstruierung der vergangenen Epoche zu verwerten.	
II. <u>Geschichtlicher Hintergrund</u>	2 - 9
1. <u>Geschichte</u>	2 - 3
Der beschriebene Zeitraum war keine Epoche von politischer Bedeutung (S. 2), was für die finanzwissenschaftliche Betrachtung eher von Vorteil ist (S. 3). Herausragende Ereignisse: Der Revolutionskrieg und der Bürgerprozeß (S. 3).	
2. <u>Eßlingen und Württemberg</u>	4 - 5
Da Eßlingen ganz von württembergischen Gebiet umgeben war, bestand für Eßlingen stets die Gefahr der Blockade.	
3. <u>Bevölkerung</u>	5
Die Einwohnerschaft Eßlingens wuchs innerhalb von 10 Jahren durchschnittlich um 4 %. Unter den Reichsstädten nahm Eßlingen bevölkerungsmäßig einen mittleren Platz ein.	
4. <u>Währung und Preise</u>	6 - 9
Man rechnete in Gulden, Kreuzern und Pfennigen (S. 6). Die Beurteilung des Geldwerts nach den Preisen von Lebensmitteln ist wegen der großen Preisschwankungen nicht möglich. Dies wird anhand der Preise für Brot (S. 7) und Wein (S. 7) gezeigt. Mit Einschränkungen kann der Goldpreis zur Geldwertbestimmung herangezogen werden (S. 8).	

III. <u>Die Institutionen der Finanzwirtschaft</u>	9 - 36
1. <u>Die Stadtverwaltung</u>	9 - 24
a) Die wichtigsten städtischen Ämter:	9 - 15
Eine kurze Beschreibung der Stadtverwaltung (S. 9) und des Bauamts (S.10). Die Finanzverwaltung besteht in der Hauptsache aus dem Umgelter-Amt und dem Steuer-Amt (S.11), wobei das Verhältnis beider Ämter zueinander nicht absolut sicher geklärt werden kann (S. 11). Die enge Verbundenheit von Spital und Casten mit der Stadtverwaltung machen einen Exkurs über die beiden Institutionen nötig (S. 13).	
b) Die Besoldung der Stadtbediensteten:	15 - 23
Die Besoldungsliste mußte von Wien genehmigt werden (S.15), sie ist jedoch unvollständig, da Naturalleistungen - obwohl untersagt - z.T. unter anderen Ausgabeposten enthalten sind (S. 16). Accidentien sind zugelassen (S. 16). Darstellung zweiter Besoldungslisten (S. 17/19). Einige Besonderheiten aus dem Besoldungswesen, wie Pensionierung, Aufrechnung von Gehalt etc. (S. 20). Das Prinzip der "Selbsterhaltung", wo der Einzieher an den Einnahmen beteiligt ist (S. 20). Die Zusammenfassung aller Besoldungsgelder, die unter anderen Ausgabeposten ausgewiesen sind, ergibt rd. 15 % (S. 22). Über die verschiedenen Deputationen (S. 23).	
2. <u>Die Finanzverwaltung</u>	24 - 36
a) Das Kassenwesen:	24 - 27
Aus der Vielzahl von 28 Kassen, die meist Einzugsorgane sind, verbleiben je eine Kasse für das Umgelter-, Steuer-, Bau- und Forstamt (S. 25), die jedoch nicht völlig selbständig sind (Besoldungen) (S. 25). Die Kasse des Umgelter-Amtes ist praktisch eine zentrale Kasse (S. 27).	

b) Einzug der Abgaben:

Unterschied im Einzug durch Umgelter-Amt und Steuer-Amt (S. 27) wegen der Verschiedenartigkeit der Einkünfte (S. 27). Die Notwendigkeit der Präsenz beim Umsatzakt ist bei den Weinhandelsabgaben umgangen, ferner bei Veraccordierung und bei Ausgabe von Zeichen (S. 28). Die Effizienz des Einzugs zeigt sich in Fällen von Hinterziehung und den Maßnahmen dagegen (S. 28). Strafen wegen nicht entrichteter Abgaben (S. 29). Es besteht Anlaß zur Vermutung nur geringer Steuerwiderstände (S. 30).

c) Das Rechnungswesen:

30 - 36

Kein Haushaltsplan (S. 30), jedoch Ansätze zur Planung. Die Steuerbücher haben auch als Grundlage für den Einzug der folgenden Jahre Bedeutung (S. 30f). Die Netto-Rechnung ist für die Analyse ein erheblicher Mangel (S. 32). Ein detailliertes System in der Einteilung der Einnahmen und Ausgaben ist nicht zu erkennen (S. 32). Die Analyse leidet ferner unter der mangelnden Einheitlichkeit der Verbuchung (S. 33). Die Kontrolle der Rechnungen wurde nicht sehr streng durchgeführt (S. 33f).

Im Vergleich mit dem Schrifttum ist lediglich die fehlende Zentralisierung der Ausgaben (S. 35) und die Netto-Verrechnung (S. 36) zu bemängeln.

IV. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft

36 - 91

1. Die städtischen Einkünfte

36 - 72

a) Beschreibung der Einkünfte:

36 - 55

Dieser Teil ist descriptiv, was auch eine Einteilung der Einnahmen rechtfertigt, die nicht jener Zeit entspricht (S. 36f). Tabelle: Einnahmen der Stadt Eßlingen (S. 38). Beschreibung und Entwicklung der Erwerbseinkünfte aus den Stadtmühlen, dem Salzhandel und dem Verkauf von Früchten (S. 39), sowie der Einkünfte aus Kapital (S. 40).

Gebühren und Beiträge sind nach dem Kriterium der unmittelbaren Gegenleistung zusammengefaßt (S. 41) und enthalten die Strafen, die Meß-, Waag- und Eich-Gelder (S. 42), die Schau-Gelder (S. 43), das Standgeld, den Unterkauf, die Gebühren der Weinzieher und Karrenspanner (S. 44), das Brücken- und Pflastergeld sowie das Chaussée-Geld (S. 45) und neben weiteren unbedeutenden Gebühren (S. 47) das Bürger-Geld (S. 47). Unter dem Begriff der Steuern folgt eine kurze Darstellung des Umgeldes (S. 48) und - ohne auf den danach benannten Streit einzugehen - der Accise (S. 49). Ferner gehören zu den Steuern die Zölle, die als Verkaufssteuern ausgebildet sind (S. 50) und die Vermögenssteuer, welche vom Steuer-Amt eingezogen wurde und dem Umgelter-Amt nur durch den Rat zugewiesen wurde (S. 51f). Tabelle: Bewertungssätze für unbebaute Grundstücke zur Vermögenssteuer (S. 53).

b) Beurteilung der Einkünfte:

55 - 72

Neugliederung der Einkünfte nach Justi (S. 55). Tabelle: Einnahmen (S. 56). Kurze Beschreibung des Inhalts der Neugliederung (S. 57). Vergleich der Forderungen der Kameralisten mit der Praxis des Eßlinger Haushalts: Prinzip der Bestreitung der Ausgaben mit eigenen Mitteln wird nicht eingehalten (S. 59). Forderung nach gerechter Gleichheit mündet in Accisen-Streit, der jedoch durch die Partikular-Accise gemildert wird (S. 60f). Eßlingen ist auf die Verbrauchs-Besteuerung angewiesen (S. 61), die jedoch mit der Belastung der Lebensmittel Fleisch und Wein sehr einseitig ausgebildet ist (S. 64). Somit ist dieses Postulat nicht im Sinne der Literatur erfüllt (S. 64). Die Vermögenssteuer ist auch auf das bewegliche Vermögen gelegt und widerspricht der damaligen Lehre (S. 64/65). Tabelle: Vermögensstruktur (S. 65).

Das Denken der damaligen Theorie ist noch vom Prinzip des Einsteuer-Systems beeinflusst; in der Besteuerung von Vermögen und Verbrauch zeigt sich eine Abwendung von der einseitig individualistischen Einstellung der Äquivalenztheorie (S. 66).

Die Forderung nach einem sicheren und unbetrügliehen Grund der Abgaben ist in Eßlingen erfüllt (S. 67/68). Die Vermutung spricht auch für eine billige, bequeme und leichte Erhebung (S. 68/69).

Großer Wert wird auf eine Wirtschaftspolitik mittels der Finanzpolitik gelegt, was jedoch in Eßlingen wegen der besonders gelagerten Beziehungen zu Württemberg unmöglich war (S. 70 f.).

In der damaligen Theorie fehlt der Grundsatz der Vielfältigkeit, der auch in Eßlingen nicht verwirklicht ist (S. 71f) und der Grundsatz der Elastizität, dem durch die besondere Konstruktion der Vermögenssteuer in Eßlingen Genüge getan wird (S. 72). Der wesentliche Grund für Abweichungen der Eßlinger Einnahmen-Gestaltung von den Forderungen der Lehre ist darin zu sehen, daß der Einnahme-Gesichtspunkt in den Städten mehr Bedeutung hatte als in den Fürstenstaaten, auf deren Finanzwirtschaft der Kameralismus aufbaute (S. 72).

2. Die städtischen Ausgaben

73 - 79

Die Ausgaben werden in der Theorie sehr viel kürzer abgehandelt als die Einnahmen (S. 73). Widersprüchliche Ansichten über die gegenseitige Beeinflussung von Einnahmen und Ausgaben (S. 73). Tabelle: Ausgaben der Stadt Eßlingen (S. 74). Die Zusammensetzung der Ausgaben zeigt die politische und wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit. Hauptposten sind die Besoldungen (S. 75). Beschreibung und Entwicklung der einzelnen Ausgabe-Gruppen (S. 76 f.). Im Eßlinger Haushalt waren die Ausgaben für die Höhe der Einnahmen bestimmend, was durch die Puffer-Konstruktion der Vermögenssteuer ermöglicht wurde (S. 78). Das Gesetz der wachsenden Ausdehnung des Finanzbedarfs findet sich in Eßlingen wegen der hohen Verpflichtungen zur Schuldentilgung nicht bestätigt (S. 79).

3. Das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben (Deckung)

79 - 89

Da die Einnahmen in ihrer Gesamtheit die Ausgaben decken sollen, ist aus den absoluten Zahlen keine Deckung abzuleiten. In Form einer betriebswirtschaftlichen Finanzierungsbilanz wurden deshalb nur die Veränderungen zwischen den Berichtsjahren aufgezeigt, wodurch ein eindrucksvolles Bild von den Deckungsverhältnissen entsteht (S. 79). Tabellen über die Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben von Jahr zu Jahr (S. 80-83). Die Zusammenfassung erfolgt in drei Schaubildern:

Schaubild I: Veränderung des Haushalts (S. 84)

Schaubild II: Veränderung der Einnahmen (S. 85)

Schaubild III: Veränderung der Ausgaben (S. 86)

Die Einnahmen schwanken in ihrer Gesamtheit nicht so stark wie die Ausgaben, auch streuen die einzelnen Einnahmearten weniger breit als die verschiedenen Ausgaben (S. 87). Die relative Starrheit der Einnahmen hat zur Folge, daß einzelne Ausgabe-Erhöhen z.T. durch Ausgabe-Minderungen ausgeglichen werden müssen (S. 88).

4. Schulden und Forderungen

89 - 91

Tabelle: Schulden und Forderungen in den Umgelter-Rechnungen (S. 89). Infolge der Errichtung einer Schuldentilgungskasse sind in den Umgelter-Rechnungen nur laufende Schulden ausgewiesen, während die Forderungen in ihrer gesamten Höhe erfaßt sind (S. 90).

V. Finanzwirtschaft und politisches System

91 - 98

Da die Eßlinger Praxis und die kameralistische Theorie nicht immer übereinstimmen und als Grund dafür die verschiedenartige politische Struktur von Reichsstadt und Fürstenstaat vermutet wird, soll die Beziehung von Finanzwesen und Staatswesen in beiden Fällen untersucht werden. Das Instrument dazu ist die Spannungsreihe von Weddigen (S. 91). Während die Theorie mit der Praxis der Fürstenstaaten übereinstimmt, wo infolge der privatwirtschaftlichen Ansicht über den Staat Finanz- und Staatswesen gegen den Individualpol streben, sind die Reichsstädte nach dem Kollektivpol ausgerichtet (S. 93).

Wegen ihrer Bezogenheit zu den Landesfürstentümern ist eine Gültigkeit der kameralistischen Lehre für die Reichsstädte nicht zu bestätigen (S. 94). Darstellung der Spannungsreihe für Zeitpunkt Betrachtung (S. 95). Darstellung der Spannungsreihe für eine Betrachtung im Zeitablauf (S. 96). Das Schaubild V (S. 96) zeigt, wie sich sogar kurzfristig das Finanzwesen nach den Vorstellungen des Bürgers vom Staat richtet (S. 98).

VI. Exkurs: Der Kriegshaushalt von 1800/01

98 - 101

Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben des Kriegsjahres mit dem Durchschnitt der Vorjahre (S. 98). Den Schwerpunkt bilden die Quartierskosten, die nur durch eine Sondersteuer ausgeglichen werden können (S. 100). Der Einzug der Kriegsteuer erfolgt im Steueramt, wodurch die Rechnungslegung erhebliche Lücken aufweist (S. 101).

I. Themastellung und Methoden

Das Thema umfaßt zunächst eine Darstellung der Eßlinger Finanzwirtschaft während der letzten 50 Jahre der reichsstädtischen Zeit. Dabei ist der Zusatz "im Spiegel der Umgelter-Rechnungen" nicht als Einschränkung des Themas, sondern vielmehr als methodologischer Zusatz zur geschichtlichen Themastellung zu verstehen. Anregung dazu war die Gegenüberstellung von Rechnungswesen und ökonomischen Vorgängen in der Unternehmung, wofür Schäfer¹⁾ das Bild der Abspiegelung verwendet. Wenn es im Bereich der Unternehmung möglich ist, sich anhand der Unterlagen des Rechnungswesens ein Bild von dem einzelnen Unternehmen zu machen, so muß dies auch für die Rechnungslegung anderer Wirtschaftsgebilde gelten. Von Bedeutung ist das vor allem dann, wenn die Möglichkeit der unmittelbaren Anschauung nicht mehr gegeben ist. Neben der geschichtlichen Darstellung steht somit die Frage im Vordergrund, inwieweit die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung der Stadt - die Umgelter-Amtsrechnung - für die Rekonstruktion der Finanzwirtschaft geeignet ist.

Über die Möglichkeit der Auswertbarkeit der Stadtrechnungen herrscht Einigkeit, nicht jedoch über die Schärfe des daraus gewonnenen Bildes. Während Schönberg²⁾ eine bessere Rechnungsführung wünscht, um so "das Bild alter Tage jünger und frischer" nachzeichnen zu können, sieht sich Tille in der Lage, "Übersichten zu liefern, welche mehr bieten, als die Zeitgenossen³⁾ zu begreifen vermochten".⁴⁾ Abgesehen davon, daß die Zuverlässigkeit der Stadtrechnungen, die Tille so hervorhebt⁵⁾, bezweifelt werden kann (siehe dazu den Abschnitt über das Rechnungswesen), sollte sich der Betrachter davor hüten, in die Daten, die ihm über rund 200 Jahre erhalten sind, mehr hineinzunutzen als das, was von den Urhebern gewollt war.

1) Vgl. Schäfer, Erich, Die Unternehmung, 4. Auflage, Köln und Opladen 1961, Seite 391.

2) Schönberg, L., Die Technik des Finanzhaushaltes der deutschen Städte im Mittelalter, Münchner volkswirtschaftliche Studien Nr.103, Stuttgart und Berlin 1910, Seite 115.

3) Z.Zt. der Erstellung der Stadtrechnungen (der Verfasser).

4) Tille, Armin, Stadtrechnungen, in: Deutsche Geschichtsblätter I. Band, 3. Heft, Gotha, Dezember 1899, Seite 66.

5) Vgl. Tille, a.a.O., Seite 67.

Jede organisierte Wirtschaft ist das Ergebnis menschlichen Handelns und Wollens. Von dieser Warte aus muß auch die Finanzwirtschaft einer vergangenen Epoche beurteilt werden. Wenn daher über die Berichterstattung hinaus eine theoretische Beurteilung der Fakten erfolgen soll, so muß dies auf der Basis der zeitgenössischen Lehre erfolgen. Im vorliegenden Fall bilden also die Lehren des Kameralismus den theoretischen Hintergrund. Dies schließt jedoch nicht aus, daß ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die erst später erkannt wurden, anhand der vorliegenden Entwicklungen geprüft werden.

Die Beschreibung der Finanzwirtschaft wird in zwei Teilen vorgenommen. Der statische Teil handelt im wesentlichen die Institution der Finanzwirtschaft ab, dagegen stellt der dynamische Teil deren Entwicklung innerhalb der beschriebenen 50 Jahre dar.

II. Geschichtlicher Hintergrund

1. Geschichte

Für die Geschichtsschreiber der Stadt - Pfaff und in jüngster Zeit Borst - war der hier gewählte Zeitraum nicht sehr ergiebig.

EBlingen, dessen Ursprünge bis 777 zurückzuverfolgen sind, hatte seine wirtschaftliche und politische Blütezeit zweifellos von der zweiten Hälfte des 13. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts.¹⁾ Sie fiel also in die Anfänge der reichsstädtischen Zeit. Dagegen kann man für die letzten 50 Jahre der Reichsstadt²⁾ nicht einmal mehr von einem politischen und wirtschaftlichen Niedergang sprechen; er begann schon Mitte des 16. Jahrhunderts³⁾ und war gegen 1700 schon so weit fortgeschritten, daß EBlingen "keiner mehr die einstige Vormachtstellung hätte abnehmen wollen".⁴⁾

1) Vgl. Borst, Otto, EBlingen am Neckar, EBlingen 1962, Seite 9 und 15.

2) 1802 wurde EBlingen Württembergische Oberamtsstadt, (vgl. ebenda, Seite 55).

3) Vgl. Pfaff, Karl, Geschichte der Reichsstadt EBlingen, 2. Auflage, EBlingen 1852, Seite 832.

4) Borst, Otto, EBlingen, a.a.O., Seite 9.

Ob es die infolge von Kriegslasten für das Reich aufzunehmenden Schulden waren, oder die zunehmende Bedeutung des Seehandels auf Kosten des Landhandels¹⁾, oder mangelnde Risikobereitschaft, die zu dem Niedergang führten, muß - so interessant diese Untersuchung wäre - bei der Themenstellung dieser Arbeit einer gesonderten Betrachtung vorbehalten bleiben. Hier kann nur versucht werden, eben diesen Niedergang in dem Bild, welches uns die Steuerbücher jener vergangenen Zeit in die Gegenwart projizieren, wieder zu finden.

Das letzte halbe Jahrhundert reichsstädtischer Geschichte in Eßlingen ist wirtschaftlich und politisch bedeutungslos. Der Finanzwirt, der die Grundsätze der Finanzwirtschaft geschichtlich betrachten will, findet deshalb in den Steuerbüchern eine Entwicklung vor, die nicht durch politische Einflüsse bedingt ist, so daß nicht schon bei der Eliminierung solcher Daten Verfälschungen des wirklichen finanzwirtschaftlichen Sachverhaltes auftreten können.

Zwei Ereignisse sind es, die in der Geschichtsschreibung Eßlingens für die Zeit zwischen 1750 und 1800 Beachtung gefunden haben und die sich im geschichtlichen Hintergrund der Finanzwirtschaft abheben: Der sogenannte Bürgerprozeß und, gegen Ende dieser Epoche, der Revolutionskrieg. Im Bürgerprozeß²⁾ stellte sich ein Teil der Bürgerschaft gegen den Rat bzw. die Zustände in der Verwaltung. Er ist weniger ein Zeichen des Verfalls als vielmehr ein Beweis, daß trotz des, bezüglich einer wirtschaftlich-politischen Entwicklung, wenig bedeutsamen Zeitabschnittes das Bürgertum geistig, kulturell und politisch aktiv blieb.³⁾

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O. Seite 714 (diese Theorie ist heute überholt).

2) Vgl. Ebenda, Seite 609 ff. und o.V., Der Eßlinger Bürgerschaft freymüthiges Betragen gegen Ihren Magistrat zur Nachachtung anderer Reichsstädte öffentlich bekanntgemacht. Eßlingen 1798.

3) Vgl. Borst, Otto, Eßlingen, a.a.O., Seite 48 ff.

2. ESlingen und Württemberg

Der geschichtliche Rahmen wäre unvollständig skizziert, wenn das Verhältnis ESlingens zu Württemberg nicht erwähnt würde. Das Machtverhältnis zwischen Freier Reichsstadt und Herzogtum wurde immer ungleicher¹⁾, und zwar zu Gunsten von Württemberg. Die Situation ESlingens ist vor allem durch die völlige Umschließung durch Württemberg gekennzeichnet²⁾, was dessen Streben nach Einflußnahme auf die ESlinger Wirtschaft förderte.³⁾ Der bereits 1473 abgeschlossene und immer wieder, wenn auch unter finanziellen und politischen Zugeständnissen, erneuerte Schirmvertrag war zwar ein Eingeständnis der Schwäche, aber auch ein Mittel zur Verhütung der schlimmsten Folgen aus der Umklammerung.

Die latente Gefahr der Blockade durch Württemberg, aber auch das ungünstige größenmäßige Verhältnis beider Gemeinwesen, hat sicher nicht unbedeutend zum Niedergang der Freien Reichsstadt beigetragen. Von Below hält ESlingen für ein "klassisches Beispiel" wirtschaftlicher und politischer Unterlegenheit der Reichsstädte gegenüber den Territorialstaaten.⁴⁾ Jedenfalls begann mit dem Anschluß an Württemberg für ESlingen ein steiler wirtschaftlicher Aufstieg.⁵⁾

Zunächst schien dieser Aufschwung schon 1794 einzutreten, als eine kaiserliche Gewehrfabrik aus den Niederlanden ihren Sitz nach ESlingen verlegte "und bald große Summen Geld in Umlauf brachte".⁶⁾ Dazu kam, daß die kaiserliche Artillerie, die zuvor Fort Louis beschossen und geschleift hatte, sich in ESlingen aufhielt und mit zum "anwachsenden Geldreichtum der Einwohner" beitrug.⁷⁾

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 874.

2) Vgl. unten Seite 71.

3) Vgl. Bauer, Friedrich, Das Wollgewerbe von ESlingen bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, Berlin und Leipzig 1914, Seite 67.

4) Vgl. von Below, Georg, Probleme der Wirtschaftsgeschichte, 2. Auflage, Tübingen 1926, Seite 603.

5) Vgl. Borst, Otto, ESlingen, a.a.O., Seite 56.

6) Keller, Johann-Jakob, Geschichte der Stadt ESlingen, Pleidelsheim 1814, Seite 279.

7) Ebenda..

Es war wohl mehr die durch die Soldaten gesteigerte Nachfrage, als die Erhöhung des Geldumlaufs, die Handwerk und Gewerbe aufleben ließ. Der zuvor vermißte Wohlstand¹⁾ hielt jedoch nur bis Juli 1796 vor. Im Juni nämlich setzte die französische Rhein- und Moselarmee über den Rhein und daraufhin wurde die Gewehrfabrik verlegt und die Artillerie aus Eßlingen abgezogen.²⁾

3. Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Eßlingens entwickelte sich wie folgt³⁾:

Jahr	Einwohner	Durchschnittliche Veränderung pro Jahr
1751	5 325	-
1771	5 516	+ 38
1776	5 702	+ 37
1781	5 908	+ 41
1786	6 032	+ 25
1791	6 105	+ 15
1793	6 269	+ 82
1801	6 387	+ 15

Die Bevölkerung Eßlingens stieg somit innerhalb von 50 Jahren um 1 062 Seelen, das sind fast 20 %. Einige Vergleichszahlen⁴⁾:

1788 hatte Ulm 23 000, Heilbronn 7 162 Einwohner, die Bevölkerung Stuttgarts betrug im Jahr 1798 ca. 18 000, die Tübingens 6 266 Einwohner. Eßlingen nahm unter den Reichsstädten bevölkerungsmäßig einen mittleren Platz ein.

1) Keller, Johann-Jakob, Geschichte der Stadt Eßlingen, Pleidelsheim 1814, Seite 279.

2) Vgl. Ebenda.

3) Nach Schraitle, Egon, Die Bevölkerungsentwicklung Eßlingens in der Spätzeit der Reichsstadt, in: Eßlinger Studien, Band 10, Eßlingen 1964, Seite 85 f.

4) Vgl. Ebenda, Seite 78/79.

4. Währung und Preise

Man rechnete in Gulden und Kreuzern, wobei der Gulden 60 Kreuzer zählte. Dies entsprach der Reichsmünzordnung von 1559.¹⁾ (Die erste Reichsmünzordnung von 1524 wird übrigens mit Eßlingen in Verbindung gebracht.²⁾) Die Einteilung von Gulden, Batzen und Kreuzern, wie sie Pfaff und andere³⁾ anführen, läßt sich mit den Steuerbüchern nicht belegen. Hier ist nur von Gulden und Kreuzern namentlich die Rede, wobei Letztere noch in sechs Einheiten (Pfennige?) unterteilt sind.

Die Zahlungen an "das kayserliche und Reichs-Kammer- auch Hof- und andere Gerichte" erfolgten in Reichstalern. Nach dem 24 Gulden-Fuß betrug ein Reichstaler rund 1,5 Gulden, daneben ist noch der 20 Gulden-Fuß (1 : 1,8) und der Wiener valor (1 : 1,2) zu finden. Da gegenüber diesen Gerichten stets sehr viele Zahlungen im Ausstand waren, kommen je nach dem Zeitpunkt der Entstehung verschiedene Kurse nebeneinander vor⁴⁾.

Zur Beurteilung der Steuerbelastung wären Angaben über den Geldwert von wesentlicher Bedeutung. Die Feststellung einer eventuellen Geldentwertung bereitet jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Im Gegensatz zur Ansicht Weidemanns⁵⁾ kann die Preisentwicklung der notwendigsten Gebrauchsgüter nicht ohne weiteres den Geldwert anzeigen, da Mißernten oder - für Eßlingen besonders relevant - Fruchtsperren eine starke Unruhe in die Preisentwicklung bringen, ohne im selben Umfang auch den Geldwert zu beeinflussen.

Zwei der wichtigsten Bedarfsgüter mögen als Beispiel genügen: Brot und Wein.

-
- 1) Vgl. Schrötter, Friedrich Frhr.v. (Hsg.), Wörterbuch der Münzkunde, Berlin - Leipzig 1930, Seite 245 f.
 - 2) Vgl. Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Band 2, Frankfurt/Main 1957, Seite 1 182.
 - 3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 722; Wurster, Otto, Eßlinger Heimatbuch, Eßlingen 1931, Seite 140 und Haug, Werner, Das St.Katharinen Hospital der Reichsstadt Eßlingen, Rottweil 1965, Seite 113.
 - 4) Vgl. Umgelter-Amt-Rechnungen (UAR) 1775/76, fol. 179 ff. (im Stadtarchiv Eßlingen).
 - 5) Vgl. Weidemann, Johannes, Städtische Finanzwirtschaft im Wandel der Zeiten. Die Finanzgeschichte der Stadt Kassel, Stuttgart und Berlin 1936, Seite 20.

Preise für einen 6 Pfund Laib Brot in Eßlingen¹⁾

Jahr	Preis in Kreuzern	Jahr	Preis in Kreuzern
1763	13	1795	24
1764	14		28
	15	1796	22
1770	18		20
	20	1797	19
	23	1798	20
1771	23		18
1790	10		17
	9		16
	11		15

Eßlinger Weinpreise²⁾ per Eimer³⁾

Jahr	Preis Gulden/Kreuzer	Jahr	Preis Gulden/Kreuzer	Jahr	Preis Gulden/Kreuzer
1750	15/30	1766	22/30	1782	12/-
1751	13/20	1767	19/30	1783	11/50
1752	13/30	1768	24/-	1784	11/-
1753	18/40	1769	15/30	1785	12/-
1754	12/30	1770	16/30	1786	17/20
1755	17/20	1771	30/-	1787	22/-
1756	12/50	1772	30/-	1788	13/-
1757	11/50	1773	28/30	1789	
1758	12/40	1774	27/30	1790	30/-
1759	19/20	1775	19/-	1791	25/20
1760	15/30	1776	14/40	1792	32/-
1761	15/30	1777	23/-	1793	59/-
1762	13/20	1778	21/30	1794	50/40
1763	12/20	1779	20/20	1795	74/-
1764	23/-	1780	16/40	1796	75/30
1765	24/-	1781	13/-	1797	80/-
				1798	60/-

* Kriegseinflüsse

- 1) Nach Fettel, Johannes, Die Getreide- und Brotversorgung der Freien Reichsstadt Eßlingen von 1350 - 1802, Stuttgart 1930, Seite 187.
- 2) Nach Salzmann, Erwin, Weinbau und Weinhandel in der Reichsstadt Eßlingen bis zu deren Übergang an Württemberg 1802, Stuttgart 1930, Seite 96.
- 3) 1 Eimer = 300 l.

Sicher schwankt der Geldwert nicht in demselben Maße wie die angeführten Preise.

Eine etwas bessere Möglichkeit zur Bestimmung des Guldenwertes innerhalb der zu betrachtenden 50 Jahre bietet wohl das Verhältnis zum Gold.

Der Dukat hatte einen Goldgehalt von 3,44 g bei einem Gesamtgewicht von 3,49 g.¹⁾ Species Dukaten waren bar zu zahlende Dukaten, oder deren Wert zum Tageskurs.²⁾ Der Ausdruck, den die Species Dukaten in Gulden und Kreuzern finden, ergibt den jeweiligen Goldpreis.

Nimmt man das Verhältnis des Gulden zum Species Dukaten, so ergibt sich folgendes Bild:

10 Species Dukaten sind:

1750	=	44 Gulden
1770-1790	=	50 Gulden
1792	=	54 Gulden
1800	=	55 Gulden

Die Umrechnungen sind in den jeweiligen Umgelter-Amts-Rechnungen unter dem Bürgergeld aufgeführt, welches in Species Dukaten veranschlagt war. In der Stadtrechnung von 1792/93 wurden zwar beim Bürgergeld für 10 Species Dukaten 54 Gulden berechnet, jedoch wird bei der Berechnung des württembergischen Schutzgeldes noch der alte Kurs von 1 : 5 zugrunde gelegt, d.h. der Kurs, der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses galt. Offenbar galt der Tageskurs beim Abschluß bzw. bei Verlängerung für die ganze Vertragsdauer. Dagegen bleibt das Verhältnis zum Goldgulden (1 Goldgulden = 3 Gulden 40 Kreuzer)³⁾ bzw. zum gleichwertigen "halben Max d'or"⁴⁾ stets dasselbe.

1) Vgl. Schrötter, Friedrich Frhr.von, a.a.O., Seite 147.

2) Vgl. Ebenda, Seite 646.

3) Vgl. UAR 1775/76, fol. 187.

4) Vgl. UAR 1785/86, fol. 168b.

Auch ein Versuch, den Geldwert an der Entwicklung von Arbeitsentgelten zu messen, muß scheitern. Die Steuerbücher weisen nur einen Teil der städtischen Besoldungen aus und diese sind von Hof in Wien auf relativ niedrigem Stand eingefroren worden.¹⁾ Andere Angaben über Löhne stehen uns jedoch in der erforderlichen Breite über 50 Jahre hinweg nicht zur Verfügung.

III. Die Institutionen der Finanzwirtschaft

1. Die Stadtverwaltung

a) Die wichtigsten städtischen Ämter:

Das oberste Organ der Stadt war der Rat.²⁾ Er war geteilt in den inneren oder kleinen und äußeren oder großen Rat. Der innere Rat setzte sich aus den beiden Bürgermeistern (Amtsbürgermeister und Bürgermeister), den zwei Geheimen und 9 Senatoren zusammen.³⁾ Er hatte die Geschicke der Stadt fest (wie der Bürgerprozeß zeigt, zu fest!) in der Hand. Der äußere Rat, das sind die 10 Assessoren,⁴⁾ die aus der Bürgerschaft gewählt wurden, führte mehr oder weniger ein Schattendasein.⁵⁾

In der Spitze der S t a d t v e r w a l t u n g im engeren Sinne stand der Kanzleidirektor, der die Stelle des mittelalterlichen Stadtschreibers einnahm.⁶⁾ Daneben standen die beiden Rats-Consulenten und die Stadt-Registratoren. Ferner sind noch die geringeren Stadtdiener, d.h. die Stadtknechte, die Ratsdiener, die Wächter und Feldschützen etc. zu nennen.

1) Vgl. Berger, Fritz, Offizianten, Subalterne, Stadtbediente in: Eid der Freien Reichsstadt Eßlingen, Teil III, in: Eßlinger Zeitung vom 17.12.1966, Seite 7.

2) Vgl. Mayer, Theodor, Geschichte der Finanzwirtschaft vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Auflage, Band 1, Tübingen 1952, Seite 272.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 540.

4) Vgl. Ebenda, Seite 540.

5) Vgl. Ebenda, Seite 907.

6) Vgl. Ebenda, Seite 552.

Wenn Borst¹⁾ das Bauamt als das "gewichtigste unter den damaligen städtischen Ämtern" bezeichnet, so geschah dieser Vergleich sicher ohne die Finanzverwaltung mit einzubeziehen. Die Bedeutung des Bauamts zeigt sich nicht nur in der weitgehend selbständigen Entscheidungsbefugnis, die 1791 noch durch die erweiterte Kassenführung unterstrichen wird, sondern insbesondere auch im Anteil an Ausgabenvolumen der Stadt. Im Rechnungsjahr 1770/71 wurde mehr als ein Viertel aller städtischen Ausgaben durch das Bauamt ausgegeben. 1780/81 betrug der Anteil sogar über ein Drittel. Das Bauamt war für den Zustand der städtischen Bauwerke verantwortlich. Vor allem der Straßen- und Wachenbau verschlang große Summen. Die Bedeutung des Amts für die Eßlinger Handwerkerschaft liegt auf der Hand. Der Nachweis läßt sich mit Hilfe der Bauamtsrechnungen führen. Leider sind nur eine Quartalsrechnung für das erste Quartal 1792/93 (Rechnungsjahr) und drei Quartalsrechnungen für 1794/95 erhalten und im Stadtarchiv Eßlingen unter Faszikel 134 zu finden.

Um wenigstens zum Vergleich geeignete Angaben zu erhalten, wurden die drei Quartalsrechnungen 1794/95 auf ein volles Rechnungsjahr hochgerechnet. Als Ergänzung kann noch das erste Quartal 1792/93 betrachtet werden. Demnach gab das Eßlinger Bauamt in einem Jahr rund 1200 Gulden an Handwerker aus (ohne Material). In der gesondert dargestellten Quartalsrechnung I 1792/93 waren es allein 540 Gulden. Diese Beträge setzen sich im wesentlichen aus Tagelöhnen zusammen. Eine Aufteilung der Zahlungen an Handwerker finden wir in den früheren Abrechnungen aus den Jahren 1667-67. Dort geht der Hauptteil an Pflasterer (Straßenbau), Maurer und Zimmerleute. In diesen Zahlungen sind nicht enthalten die Besoldungen des Bauamts, die ca. 280 Gulden im Jahr ausmachen.

Einen weiteren Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung des Bauamts liefern dessen Ausgaben für Material. Im Rechnungsjahr 1794/95 wurden (hochgerechnet) annähernd 3000 Gulden für Bauholz bezahlt. Ohne den Nachweis dafür erbringen zu können, ist jedoch zu vermuten, daß ein großer Teil davon aus städtischem oder Spitalsbesitz kam.

¹⁾ Vgl. Borst, Otto, Zur Verfassung und Staatlichkeit oberdeutscher Reichsstädte am Ende des alten Reiches, in: Eßlinger Studien, Band 10, 1964, Seite 167 f. Anm. 70.

Das Bauamt betrieb daneben den Floß-Holzhandel für die Stadt, den diese sich als Monopol vorbehielt.¹⁾

Naturgemäß ist die Finanzverwaltung der Stadt für diese Untersuchung von besonderem Interesse. Die Zweiteilung der Finanzverwaltung in Umgelter - Amt und Steueramt entspricht nicht ganz der Gliederung von indirekten und direkten Steuern. Das Umgelter-Amt erfüllte neben dem Einzug der Verbrauchssteuern noch die Funktion der Stadtkasse und hatte damit auch die städtischen Güter zu verwalten. Wenn der (Real-)Steuereinzug einer eigenen Behörde anvertraut war, so ist das wohl vor allem auf die historische Entwicklung zurückzuführen, im Laufe derer die Vermögenssteuer als einzige bzw. bedeutendste Steuerart gegenüber den Verbrauchssteuern mehr und mehr an Boden verlor. Wie der Abschnitt über den Einzug der Abgaben noch zeigen wird, sind beide Ämter völlig verschieden organisiert. Das Umgelter-Amt stellt sich vornehmlich als Sammelbecken zum Teil kleinerer Beträge dar, die meist nebenberuflich eingezogen wurden (siehe unten S. 19). Im Gegensatz dazu zog das Steueramt seine Gelder unmittelbar beim Steuerzahler ein. Das Steueramt unterstand dem Umgelter-Amt, d.h. der Ober-Umgelter mußte "auch fleißige Aufsicht führen über das Steueramt".²⁾ Doch dürfte diese Aufsicht nur auf dem Papier gestanden haben, denn sowohl der Oberumgelter, der dem Umgelter-Amt vorstand, als auch der Obersteuerer als Chef des Steueramtes, waren Senatoren, d.h. Mitglieder des kleinen Rats.

Auch konnte das Umgelter-Amt nicht ohne Ratsbeschluß Geld vom Steueramt anfordern. Die Anweisung an das Steueramt ging stets vom Rat aus.³⁾

Überhaupt gibt es eine Reihe von Fakten, die eine Unterordnung des Steueramts unter das Umgelter-Amt zweifelhaft erscheinen lassen. Zwar würde es der Funktion einer Stadtkasse entsprechen, daß in ihr alle Einnahmen und alle Ausgaben zusammenlaufen; dann müßte das Umgelter-Amt auch an der Spitze der Finanzverwaltung stehen. Jedoch spricht die schon erwähnte personelle bzw. rangmäßige Gleichsetzung

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 598.

2) Ebenda, Seite 586.

3) Vgl. UAR 1775/76 fol. 131 und UAR 1785/86 fol. 111.

der Leitung beider Ämter (jeweils Senatoren) gegen ein Verhältnis der Über- und Unterordnung. Hinzukommt, daß - wie noch zu zeigen sein wird - das Steueramt nicht mit dem jährlich sich ergebenden Saldo seiner Rechnungen in den Büchern des Umgelter-Amtes erscheint, (geschweige denn mit allen Einnahmen und Ausgaben), sondern lediglich mit einem Zuschuß.

Die Verwaltung der Schuldentilgungskasse durch das Steueramt¹⁾ unterstreicht ebenfalls dessen Unabhängigkeit. Als Letztes sei noch das Steuerbuch des Jahres 1800/01 zitiert, wo davon die Rede ist, daß das Umgelter-Amt vom Steueramt angewiesen wird, eine Sondersteuer einzuziehen.²⁾ Die Unabhängigkeit des Steueramtes ist offensichtlich gegeben. Dadurch leidet natürlich die Vollständigkeit der Stadtrechnung. Denn auf der Einnahmenseite fehlen die echten Vermögenssteuer-Eingänge (statt deren lediglich Zuschüsse verzeichnet sind) und die Erträge aus dem Bürgergeld, während auf der Passivseite die Schuldentilgung nicht aufgeführt ist.

Der Rat regelte die Arbeit des Umgelter-Amtes, insbesondere den Einzug, bis in Einzelheiten. Deshalb wird in den Umgelter-Rechnungen so oft auf Ratsdecrete Bezug genommen.

Kurz gestreift sei noch die **R e c h t s p f l e g e** der Freien Reichsstadt.³⁾ Hier war die oberste Gerichtsbehörde das **S t a d t - g e r i c h t**, dem der Stadt-Ammann vorstand. Neben dem Gerichtsscretarius war er der einzige, der aus der Besoldungsliste⁴⁾ unmittelbar in Zusammenhang mit der Gerichtsbarkeit gebracht werden kann. Beisitzer dieses Gerichts waren weitere sechs Mitglieder des inneren Rats und einer der beiden Consulanten.

Vor das Stadtgericht kamen Schuldklagen, Konkurse und Beleidigungen, und zwar meist in der zweiten Instanz.

Als erste Instanz für Schuldklagen und Beleidigungen nennt Pfaff³⁾ das sogenannte **G a s t g e r i c h t**, vor dem auch Klagen von Fremden gegen Bürger verhandelt wurden.

1) Vgl. UAR 1792/93 fol. 22.

2) Vgl. UAR 1800/01 fol. 124.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 556 ff.

4) Der einzelnen Steuerbücher.

Den Vorsitz in diesem Gericht hatte ebenfalls der Stadt-Ammann (er überprüfte sich also selbst in der 2. Instanz, s.o.). Als Beisitzer fungierten zwei Senatoren, der jeweils jüngere Consulent und der Gerichtssekretär.

Dem E h e g e r i c h t stand der 2. Bürgermeister vor und die zwei Geheimen, zwei Senatoren, die Consulenten, ein Geistlicher und der Kanzleidirektor waren Beisitzer.

Man sieht, daß die zivile Gerichtsbarkeit nahezu ausschließlich vom Rat bzw. dessen Mitgliedern ausgeübt wurde.

Exkurs: Armenkasten und Spital

Beide Anstalten - Armen- oder Kirchenkasten und Spital¹⁾ - gehören streng rechtlich gesehen weder zum Eigentum der Stadt, noch unterstand die Leitung ursprünglich dem Rat. Haug²⁾ zeigt jedoch, daß mit zunehmender Verbürgerlichung der einstmals bruderschaftlichen Leitung der unmittelbare Einfluß des Rats auf die Geschäftsführung des Spitals wuchs.

Ob es, wie Haug meint³⁾, Arbeitsüberlastung des Rats war, oder das Bestreben, diesen Einfluß nicht hochzuspielen, sei dahingestellt. Die Ausführungen Haugs über die in den Spitalrechnungen versteckten Abgaben an die Stadt⁴⁾ lassen eher den Schluß zu, der Rat wollte die Abhängigkeit des Spitals nicht deutlich werden lassen. Jedenfalls übertrug er die Aufsicht über die Geschäftsführung einem Ausschuß, den drei Mitglieder des Rats bildeten. Im 18. Jahrhundert war der 2. Bürgermeister der Stadt gleichzeitig Spitalvogt, außerdem gehörten ein Geheimer und ein weiterer Ratsherr dem Ausschuß an.⁵⁾ Einziges Mitglied der Bruderschaft in der Leitung des Spitals war der Spitalmeister, dem die Führung der Spitalbauten, d.h. also des inneren Bereichs, oblag und dem Pflegerkollegium des Rats unterstand. Dasselbe Bild zeigt die Verwaltung des Kirchenkastens.

1) Der oder das Spital, es sind beide Schreibarten üblich.

2) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 16 und 55.

3) Vgl. Ebenda, Seite 55.

4) Vgl. Ebenda, Seite 135.

5) Vgl. Ebenda, Seite 56 ff.

Die umfangreichen Besitzungen des Spitals (er war Großgrundbesitzer¹⁾), die zeitweise die der Stadt übertrafen, brachten diesem erhebliche Einkünfte insbesondere in Form von Naturalien. Grund genug für den Rat, den Spital häufig zu Sonderleistungen heranzuziehen, und zwar nicht nur zu Bewirtungen oder für Verehrungen, sondern auch in großem Umfang für Kriegskosten. So wurden fast alle Requisitionen des französischen Revolutionskrieges auf den Spital weitergeschoben.²⁾ Daneben wurde der Spital öfters zu Sonderleistungen in bar herangezogen,³⁾ die zu erbringen er sich oft selbst verschulden mußte. Oftmals wurden dann die Schulden der Stadt dem Spital gegenüber ersatzlos gestrichen.⁴⁾ Diese Schulden sind jedoch in den Umgelter-Rechnungen nicht aufgeführt. Lediglich unter den Einnahmen findet sich unter der Rubrik: von anderen Verwaltungen empfangen, und zwar Lbl. Hospital-Verwaltung, ein Hinweis. Der Spital hatte jährlich 500 Gulden an das Umgelter-Amt zu zahlen wegen der hinzugekommenen Kloster-Gefälle. Dieser Betrag ging jedoch nie ein, so daß das Umgelter-Amt bis 1792 insgesamt 40.000 Gulden vom Spital zu fordern hatte. Auf die von "Lbl. Hospitals-Verwaltung" aufgemachte "Gegen-Prätention" wird jedes Mal⁵⁾ hingewiesen, ohne jedoch die Höhe zu nennen und endgültig aufzurechnen. Ähnlich, jedoch nicht in derselben finanziellen Größenordnung, war die Beziehung von Stadt und Kirchenkasten.

Die Bedeutung des Spitals für die Stadt erschöpfte sich nicht nur in Geld- und Naturalleistungen für die Stadtkasse. Durch verschiedene Arten von Darlehen an Bürger, insbesondere sogenannte Weindarlehen, förderte der Spital Weinbau und Handel.⁶⁾ Ferner mußte der Spital auf Anordnung des Rats einen Fruchtvorrat halten und wurde so in Notzeiten, insbesondere bei den Württembergischen Fruchtsperren, zur Stütze der städtischen Bevorratung.⁷⁾

1) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 102.

2) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 787.

3) Vgl. Ebenda, Seite 778.

4) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 148.

5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 130, 1785/86 fol. 110, 1792/93 fol. 111b.

6) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 119 f.

7) Vgl. Ebenda, Seite 113.

Die räumliche Ausdehnung des Spitals, insbesondere sein Haus- und Grundbesitz, läßt seine Bedeutung auch für die Eßlinger Handwerker- und Arbeiterschaft vermuten. Aus dem vorliegenden Archivmaterial kann die bei Haug angeführte einzige aufbereitete Spitalabrechnung¹⁾ vom Ende des 16. Jahrhunderts als Erhärtung dieser Vermutung dienen. Danach wurden in einem Jahr an Handwerker und Tagelöhner mehr als 2500 fl. ausbezahlt.

Die starke Stellung des Spitals und des Kastens innerhalb der Wirtschaft und auch der Finanzwirtschaft Eßlingens, insbesondere aber die enge personelle und verwaltungsmäßige Verknüpfung, machte diesen Exkurs notwendig.

Die äußere Organisation der städtischen Verwaltung, oder besser der Verwaltungen, spiegelt sich nur unvollkommen in den Einnahme-Ausgabe-Rechnungen wider. Wenn sich somit die Stadtrechnungen hinsichtlich der Schärfe des Spiegelbildes der Verwaltung nur als ein verzerrender Hohlspiegel erweisen, so kann man doch zwei Brennpunkte erkennen, die etwas mehr Einblick gewähren: Das Kassenwesen und das Besoldungswesen. Weil der Abschnitt über das Kassenwesen direkt überleitet in das folgende Kapitel über den Einzug der Abgaben, soll zuerst das Besoldungswesen der Stadt abgehandelt werden.

b) Die Besoldung der Stadtbediensteten:

Die Bezahlung der Besoldungen erfolgte unter Berufung auf die "Allerhöchste kaiserliche Verordnung" vom 18. Februar 1752 und der daraufhin vom Rat erlassenen Dekrete.²⁾ Dies zeigt den Einfluß, den Wien auf die Verwaltung der Stadt nahm, bzw. nehmen wollte. Denn die in der Verordnung festgelegte Begrenzung sämtlicher Besoldungen auf insgesamt 3.600 Gulden³⁾ finden wir nirgends in den Steuerbüchern eingehalten. Allerdings stehen die Steuerbücher nach der Verordnung aus dem Jahre 1752 erst wieder 1770 zur Verfügung.

1) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 133 f.

2) UAR 1775/76, fol. 156.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 608.

Als wesentliche Neuerung dieser Verordnung ist das Verbot der Naturalbesoldung anzusehen.¹⁾ Dadurch wird das Besoldungswesen übersichtlicher und auch vollständiger dargestellt, da bisher die Abgabe von Besoldungsfrüchten (Korn) und Wein als unmittelbare Belastungen der Stadtmühlen und des Spitals nicht wertmäßig als Besoldung ausgewiesen war, sondern unter den Zuweisungen an andere Verwaltungen bzw. bei den Mühlen als geringere Erträge. Leider wurde jedoch auch diese Verordnung nicht genau befolgt. Wie die beiden folgenden Besoldungspläne für die Jahre 1775 und 1792 zeigen, wurden insbesondere den niederen Stadtbediensteten noch Naturalien gereicht. Unter den Einnahmen aus verkauften Früchten²⁾ sind diese mengenmäßig aufgeführt.

Ogleich unter dem Ausgabeposten Besoldungen angeblich "sämtl. allhiesige Stadthesoldungen ... reguliert"³⁾ sind, ist die jeweilige Besoldungsliste in den Umgelter-Rechnungen längst nicht vollständig. In den Ausgaben "um erkaufte Wein und Brod"⁴⁾ sind ausschließlich Leistungen an Stadtbedienstete enthalten. Dieser Posten, der 1775/76 285 Gulden ausmacht, besteht nur zu 41 Gulden aus Naturalleistungen, die restlichen 244 Gulden wurden den Bediensteten bar anstatt Wein und Brot ausgezahlt. Diese Leistungen werden in der Regel in Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeiten angeführt (Verlesung der Marktordnung, bei Sitzungen, wegen getroffener Abrechnung etc.), so daß man ihnen wohl Spesencharakter unterstellen kann. Sie sind in den folgenden Besoldungsplänen nicht enthalten.

Die Naturalien sind in der Liste getrennt ausgewiesen; soweit sie in natura abgegeben wurden, sind sie als N dargestellt. Werden sie in Geld umgerechnet und bezahlt, so ist der Betrag mit ^N bezeichnet. Die von Justi⁵⁾ so scharf abgelehnten Accidentien sind in der Besoldungsliste nur ein einziges Mal zu finden, und zwar beim Kaufhauseinnehmer.

1) Vgl. UAR 1775/76, fol. 145 b.

2) Vgl. UAR 1785/86, fol. 126 ff.

3) UAR 1775/76, fol. 156.

4) UAR 1775/76, fol. 230b ff.

5) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System des Finanzwesens, Halle 1766, Seite 231.

Außerdem sind sie jedoch noch unter den Ausgaben für "erkauft Wein und Brod" und den Ausgaben für die beiden Jahrmärkte und für Besoldungsholz zu finden. In der kaiserlichen Verordnung von 1752 scheinen sie erwähnt und zugelassen gewesen zu sein.¹⁾ Diese Ausgaben enthalten neben Accidentien noch Naturalbesoldungen bezw. deren Gegenwert in Geld. Insgesamt fehlen dadurch auf der Besoldungsliste von 1775/76 rd. 400 Gulden, die unter verschiedenen anderen Posten in der Ausgabenrechnung enthalten sind.

"Sämtl. allhiesiger Stadt Besoldungen"

(in Gulden)

	1775/76	1792/93
Amtstürgermeister	400	400
Bürgermeister (Hosp.Vogt)	250	250
Stadtkammern	340	340
Hospitalpfleger	180	180
2. Hospitalpfleger	180 (Geheimer)	125 (Senator)
Castenpfleger	175 (Senator)	280 (Geheimer)
2. Castenpfleger	175	175
3. Castenpfleger	150	-
Obersteurer	125	125
Oberumgelter	225 + 30 ²⁾	225 + 75 ³⁾ (Marchthaler)
Oberbauverwalter	200	200
Steurer	125 4)	100
Oberforstmeister	175 + 75 ³⁾ (Marchthaler)	175
Forstmeister	175	175 + 60 ⁵⁾
Bauverwalter	175	175
Stadt Cassier (Rechner)	350 + 25 ⁶⁾ + 25 ⁷⁾	300
Kanzley-Director	230	230
Raths Consulnt	475	475
2. Raths Consulnt	300	375
Gerichts Secretarius	80 + 52 ⁿ	80 + 52 ⁿ
Geheimer Secretarius	siehe Stadt Cassier	25
Rechnungsverwalter	67	-
Rechnungsverwalter	67	-

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 608.

2) Wegen nicht genießenden Zwingers.

3) qua Stadthauptmann

4) Davon 25 als dem 3. oberen Senatori.

5) Für die Aufsicht über die Stadtregistratur.

6) qua Senator.

7) qua Geheimer Archivarius.

	1775/76	1792/93
Stadtregistrator	200	200
Stadtregistrator	200	-
Physikus	100	125
2. Physikus	75	100
Raither 1)	6	6
Raither 1)	6	6
Accis Verwalter	100 + 18 ²) + 50 ⁿ	100 + 18 ² + 50 ⁿ
Umgeld Schreiber	100	100
Kaufhaus Einnehmer	75 + 12 ^A + 16 ⁿ	75 + 12 ^A + 16 ⁿ
Accis Einnehmer	36 + 10 ⁿ	30 + 10 ⁿ
Steuerhaus Inspector	16 + 6 3) + 67 ⁴) + N	16 + 6 3) + 67 ⁴) + N
Steuerknecht	36 + 9 5) + N	36 + 9 5) + N
2 Mitglieder des Großen Rats		
wegen Weggeld Inspection je	40	40
Unterbaumeister	N	N
Bauamtsknecht	-	15
Bauamtsschreiber	17 ⁿ	17 ⁿ
Rathsdienner	90	90
2. Rathsdienner	84	84
Stadtwachtmeister	20 ⁿ + 6 (Sperrgeld) ⁶)	20 ⁿ + 6 (Sperrgeld) ⁶)
Thurmbläser	54 + N	55 + N
Hochwächter	52	52
Burgvogt	4 + 5 ⁿ	4 + N
6 Scharwächter	je 12	12
15 Schreywächter	je 15	15
Feldschütz	37 + N	37 + N
Feldschütz	37 + N	37 + N
2 Lauter Eycher	11 + N ₇)	11 + N ₇)
Stadtknecht	40 + N	40 + N
2 Stadtknechte	je 34 + N	34 + N
4 Umbirten	insges. 19	19
Bettelvogt	43	45
Thurmmeister	12	12
Scharfrichter	52	52
Zuchtmeister	-	25

1) Mitglied des Großen Rats.

2) Für Einziehung des extra Ordinarii (vom Rat festgesetzte Sondersteuer, als "Viertels" und "halbe Steuer" zusätzlich zur Vermögenssteuer. Vergl. Rats-Protokoll vom 2. April 1772).

3) Für eine Magd.

4) Als Zollgegenschreiber.

5) Mantelgeld.

6) Dazu mit 25 an die Wachtkasse verwiesen.

7) Einschl. 6 wegen Zinsverwaltung.

n = Naturalien in Geld umgerechnet und ausbezahlt

N = Naturalien

A = Accidentien

	1775/76	1792/93
12 Nachtwächter	N	N
8 Hochwächter	N	N
Kaminfeger	8	8 ⁿ
Zimmerwerkmeister	8 ⁿ	8 ⁿ
Maurerwerkmeister	8 ⁿ	8 ⁿ
Mühlenverschließer	1 ⁿ	1 ⁿ
Hausmeister	6 + 4 ⁿ	4 ⁿ
2 Wagenspanner	-	N
Uhrmacher	18 ⁿ	-
Gesamt ¹⁾	7040	6720

Die Gesamtsumme der Besoldungen geht innerhalb von 17 Jahren um 320 Gulden = 4,5 % zurück. Dies ist in erster Linie eine Folge des Wegfalls zweier Stellen; Der des 3. Castenpflegers und der des 2. Stadtregrators. Die beiden Rechnungsverwalter, die 1792 keine feste Besoldung mehr erhalten, bekommen für jede Rechnung, die sie prüfen, "ein eigentlich Verdienst ausgeworfen", ²⁾ welches unter Rechnungs-Probations- und Abhörkosten ausgewiesen ist. Dies zeigt, daß, wie schon erwähnt (S. 16), die Personalkosten nicht immer als solche ausgewiesen sind, sondern unter verschiedenen Titeln, zum Teil auch unter dem Sachaufwand erscheinen.

Zum Vergleich der einzelnen Besoldungen sei der Jahreslohn eines Pflästerers genannt, der zu jener Zeit rd. 120 Gulden verdiente. ³⁾ Viele, sogar die meisten der vorstehend angeführten Besoldungen liegen weit unter diesem Betrag. Das berechtigt zu der Annahme, daß viele der Bediensteten ihr Amt nicht hauptberuflich haben ausüben können, sondern auf zusätzliche Einnahmen angewiesen waren.

Insgesamt führt der Besoldungsplan 106 Stellen auf. Eine Durchschnittsrechnung ist einmal wegen der nebenberuflichen Tätigkeit vieler Bediensteten, zum andern deshalb nicht möglich, weil die Bediensteten zum Teil zusätzlich noch aus anderen Kassen Besoldungsleistungen beziehen.

1) Einschl. der Deputationen siehe Seite 22f,

2) UAR 1792/93, fol. 150.

3) Errechnet aus 310 Arbeitstagen und dem Tageslohn von 24 Kreuzern. Vgl. dazu Berger, Fritz, Allerlei über Pflaster und Pflästerer, in: EBlinger Zeitung vom 16.7.1966, Seite 8.

Einige Besonderheiten seien nur kurz angeführt: 1793 übernimmt der Steurer Caspart zusätzlich die Kanzley-Directoren-Stelle, muß aber aus dem damit verbundenen Gehalt an den bisherigen Stelleninhaber jährlich "ad dies vitae" 150 Gulden abgeben. Zusätzlich bekommt der bisherige Kanzleidirektor 100 Gulden vom Umgelter-Amt, so daß sich dessen Pension insgesamt um 20 Gulden höher als sein letztes Gehalt stellt.¹⁾

Seit 1784/85 ist die Lauter Eych (bisher 2 Eycher) wegen des geringen Weinhandels an einen Eycher allein übergeben worden, der jedoch das Gehalt von beiden Eychern erhält.²⁾

Dem Stadtmann wurde 1775/76 ein Viertel seines Gehalts nicht ausbezahlt, "so auf Abrechnung mit denen Stadtmanns Amts Strafen beruht".³⁾ Das heißt, weil er mit der Abrechnung der von seinem Amt einzuziehenden Strafen im Rückstand war, wurde dem Stadtmann (nach den beiden Bürgermeistern der Höchste im Rang der Stadtbediensteten⁴⁾) das Gehalt einbehalten.

Für diverse Schreibarbeiten, die an sich unter die Pflichten der Kanzley fallen, werden unter dem Posten Allerhand Schreibgebühren weitere Ausgaben ausgewiesen, die im Grunde Besoldungscharakter haben. Zwar sind die Beträge nicht übermäßig hoch (30-40 Gulden⁵⁾, doch ist dies wiederum ein Zeichen mangelnder Einheitlichkeit.

Zur Vollständigkeit der Besoldungsliste in den Umgelter-Rechnungen ist außer den bereits erwähnten, nicht aufgeführten Naturalleistungen noch das Prinzip "der Selbstunterhaltung"⁶⁾ zu untersuchen. Dieses Prinzip liegt dann vor, wenn der Beamte sein Gehalt aus dem Ertrag seines Amts abzweigt, bevor er die Überschüsse weiterleitet. Ist dieses Prinzip rein angewendet, so erscheinen die betreffenden Beamten nicht in der Besoldungsliste.

1) Vgl. UAR 1775/76, fol. 148b f.

2) Vgl. UAR 1792/93, fol. 155b.

3) UAR 1775/76, fol. 156b.

4) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 543.

5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 204b f. u. UAR 1785/86, fol. 179b.

6) Schönberg, L., a.a.O., Seite 64.

7) Vgl. Ebenda, Seite 64.

Daneben kommt es vor, daß Einzugsbeamte neben einem Fixum an ihren Amtseinnahmen beteiligt sind. In diesem Fall sind sie zwar in der Besoldungsliste geführt, jedoch sind die Besoldungsausgaben zu niedrig ausgewiesen. Ebenso wie auch die entsprechenden Einnahmen zu niedrig angeführt werden. Dieses Problem der Netto-Rechnung wird noch gesondert behandelt. So werden 1775/76 rund 570 Rulden von den jeweiligen Einzugsbeamten einbehalten. Diese Summe ist wegen der Netto-Rechnung nicht in den Besoldungsausgaben enthalten. Bezogen auf die ausgewiesene Besoldungssumme sind somit rund 8 % nicht aufgeführt. Auf diese Art erhalten folgende Einbringer ihre Besoldung bzw. einen Teil davon:

Einbehaltender Beamter bzw. einbehaltendes Amt	Betrag 1775/76 in Gulden
I. In der Besoldungsliste aufgeführt:	
Accis-Verwaltung	72
Bauamtsknecht	4
Lauter Eycher	20
2 Stadtknechte	8
Steuerhaus Inspector	5
II. Nicht in der Besoldungsliste aufgeführt:	
2 Holzmesser	150
Karrenspeer	60
Metzgermitmeister	8
Metzgerzunftsknecht	50
Schauer	35
Schneiderzunftsknecht	4
Schultheißen	5
Trüb Eycher	3
9 Weinzieher	12
Zoller	30
	566

Zusammenfassend seien noch einmal alle Posten erfaßt, die zwar Besoldungen darstellen, aber nicht in der Besoldungsliste aufgeführt sind:

1775/76

Einbehaltene Gelder	566 Gulden
für allerhand Schreibegebühren ¹⁾	51 "
auf beide Jahrmärkte gängen ²⁾	49 "
Besoldungsholz ²⁾	64 "
Wein und Brod ²⁾	285 "
	1015 Gulden

Das macht rund 15 % der ausgewiesener Besoldungsgelder aus. Der Grund für die Verteilung der Besoldung auf mehrere Ausgabeposten liegt vermutlich darin, daß von Wien eine Begrenzung der Besoldungssumme gesetzt war.³⁾ Findet man in der vorstehenden Tabelle verschiedene Berufe, die nicht in der Besoldungsliste aufgeführt sind, so werden andererseits in der Besoldungsliste eine Reihe von Doppelbesoldungen ausgewiesen. Das sind Fälle, in denen ein Bediensteter für zwei oder mehr angeführte Stellen eine Besoldung erhält.⁴⁾ So bekommt der Oberforstmeister Marchthaler (1792 als Oberumgelter) zusätzlich qua Stadthauptmann 75 Gulden.⁵⁾ Außerdem führt der Forstmeister die Aufsicht über die Stadtregistratur und erhält dafür neben seinem Lohn 60 Gulden.⁶⁾ Wenn Stellen, die üblicherweise nicht von einem Senator besetzt sind, ausnahmsweise doch von einem solchen bekleidet werden, so erhöht sich dessen Gehalt um 25 Gulden.⁷⁾ Mit verschiedenen Deputationen scheint ausgesprochen Besoldungspolitik betrieben worden zu sein. Im folgenden ist die Besetzung nur der Deputationen wiedergegeben, die unter Besoldungen genannt sind. Wir finden hier in erster Linie bedienstete, die an der Spitze der Verwaltung stehen:

-
- 1) Bezahlung für jeweils aufgeführte einzelne Arbeiten.
 - 2) Accidentien und Naturalien bezw. Umrechnung in Geld.
 - 3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 608.
 - 4) Vgl. Berger, Fritz, Offizianten ... a.a.O., Teil I, 15.10.1966, S.6.
 - 5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 159.
 - 6) Vgl. UAR 1792/93, fol. 148b.
 - 7) Vgl. UAR 1775/76, fol. 158b und 159b.

	1775/76	1792/93	Entgelt
Zuchtamts-Herren:	1 Geheimer	1 Geheimer	2 Gulden
	1 Castenpfleger	1 Spitalpfleger (Sen.)	2 "
	Oberbauverwalter	Oberbauverw. (Sen.)	2 "
	Oberforstmeister	Oberumgelter (Sen.)	2 "
Fleischschätzer:	Bauverwalter	Steurer	4 1/2 "
	Accis Verwalter	Accis Verwalter	4 1/2 "
	2 Mitglieder des Großen Rath	3 Mitglieder des Großen Rath je	4 1/2 "
	1 Metzgermeister	-	4 1/2 "
	Steuerhaus Insp.	Steuerhaus Insp.	1 1/2 "
Brotschauer:	Bauverwalter	Obersteurer	2 "
	Forstmeister	Forstmeister	2 "
	1 Mitglied des Großen Rath	1 Mitglied des Großen Rath	2 "
	Steuerhaus Insp.	Steuerhaus Insp.	2 "
	Kornhausmeister	Kornhausmeister	1 "
Kornmarkt Herren:	Oberumgelter	Oberumgelter	4 "
	Oberbauverwalter	Oberforstmeister	4 "

Lediglich in den Umgelter-Rechnungen von 1750/51 (fol. 174 ff.) sind die verschiedenen Besoldungen für jedes Mitglied des Kleinen Rathes zusammengefaßt. In den darauffolgenden, vorliegenden Rechnungen (ab 1770) ist diese personelle Gliederung durch die funktionelle Auftheilung ersetzt.

Wie wir anhand der Besoldungslisten feststellen können, ist keine Trennung von legislativer Gewalt und Verwaltung gegeben, vielmehr nehmen die Mitglieder des inneren Rathes als gleichzeitige Spitze der einzelnen Ämter größtmöglichen Einfluß auf die Exekutive. Lediglich eine Andeutung für eine Trennung dieser beiden Bereiche ist in der Vorschrift zu sehen, daß ein Geheimer (das Geheime Kollegium beriet anstelle des inneren Rathes besonders dringende Angelegenheiten) in der Finanzverwaltung kein Amt ausüben durfte.¹⁾

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 540 f.

2. Die Finanzverwaltung

a) Das Kassenwesen:

Auf den ersten Blick in die Umgelter-Rechnungen erscheint das Kassenwesen von verwirrender Vielfalt. Folgende Kassen sind in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung aufgeführt:

Umgelter-Amt	Spanner B
Accis-Verwaltung	2 Eych-Ämter
Rechenstuben	7 Schau-Ämter
Metzgerzunftsknecht B	Ammann-Amt (Strafen)
Schneiderzunftsknecht B	Zucht-Amt (Strafen)
Kaufhaus-Einnehmer	Forst-Amt
Zoller B	Bau-Amt
Kornmesser B	Steuer-Amt
Holz- und Heumesser	Wachtkasse
Weinzieher B	Schuldentilgungskasse
	Almosen-Pflege.

Von diesen 28 Kassen sind die letzten 3 reine Ausgaben-Kassen.¹⁾

Die Einnahmen für die Wachtkasse, die Schuldentilgungskasse und die Almosen-Pflege wurden vom Steueramt erhoben.²⁾ Weitere 21 der angeführten Kassen, d.h. alle übrigen außer dem Forst-, dem Bau- und dem Steuer-Amt, sind reine Einzugskassen, die direkt dem Umgelter-Amt unterstellt sind. Es handelt sich hierbei mehr um Einzugsorgane des "Publico"³⁾ denn um selbständige Kassen-Einheiten. Man findet darunter die meisten der städtischen Halbbeamten, die nebenamtlich eine bestimmte Abgabe einziehen und die nur zum Teil in den Besoldungslisten aufgeführt sind. Die Unselbständigkeit, die uns hindert, solche Einzugsbeamten als Kassen anzusprechen, findet ihren Ausdruck auch in der gänzlich fehlenden Rechnungslegung eines großen Teils dieser Stellen. (Die in der Liste mit B bezeichneten.)

1) Vgl. Weddigen, Walter, Allgemeine Finanzwissenschaft, 4. Auflage, Berlin 1964, Seite 49.

2) Vgl. ÜAR 1792/93, fol. 22, 120b und 256b.

3) Häufig gebräuchter Name für Stadtkasse
Vgl. Keller, Johann-Jakob, Beschreibung des jährlichen Schwörtags der Reichsstadt Eßlingen, 2. Auflage, Eßlingen 1925, Anlage S. 51 (bearbeitet von E. Haffner).

Das Prinzip des "in die Büchs stoßen" läßt auch eine schriftliche Abrechnung zunächst unnötig erscheinen, macht jedoch andererseits eine Kontrolle über die Vollständigkeit des Einzugs unmöglich. Deshalb bekommen die jeweiligen Einnehmer, so sie an den Einnahmen beteiligt sind, ihren Anteil erst nach Stock-Aufschluß. Die Stöcke bzw. die Büchsen werden regelmäßig von der Accis-Verwaltung unter Mitwirkung des Steuerhaus-Inspectors, der beiden Raither und anderer Stadtknechte aufgeschlossen¹⁾ und an die Stadtkasse geliefert.

So betrachtet bleiben außer der Kasse des Umgelter-Amts nur noch je eine Kasse für das Steuer-Amt und außerhalb der Finanzverwaltung für die beiden bedeutendsten Ämter, das Bauamt und das Forstamt. Das Bauamt erhielt seine selbständige Kassenführung erst durch Raths-Decret vom 30. August 1790,²⁾ demzufolge der Baukassier angewiesen wurde, alle Zahlungen selbst aus den Einkünften des Bauamts zu bestreiten. Bis dahin wurden diese Zahlungen vom Umgelter-Amt vorgenommen.

Erst wie seit 1790 die Angelegenheiten des Bauamts, waren auch die der Forstverwaltung aus der Stadtrechnung ausgeklammert. Lediglich die Salden der Rechnungen beider Ämter erschienen in der Umgelter-Rechnung. Da jedoch das Bauamt ohne Zuschüsse nie auskam und diese nach 1790 direkt vom Steueramt überwiesen wurden, fehlt seit 1790 auch der Ausweis des Saldos. Die Selbständigkeit der Kassenführung des Bauamts geht soweit, daß in den Umgelter-Rechnungen Ausbesserungsarbeiten an städtischen Gebäuden, die durch das Bauamt ausgeführt wurden, wie normale Ausgaben gebucht wurden.³⁾ Die Selbständigkeit in der Kassenführung wird noch durchbrochen durch die Besoldungsleistungen des Umgelter-Amts, die sowohl die Bauverwalter und Bauamtsknechte als auch die Forstmeister umfassen. Durch die von der Stadtkasse getrennten Bau- und Forstkassen, die vergleichsweise die Selbständigkeit der heutigen städtischen Erwerbsbetriebe hatten, wird auch das Bild, welches wir aus den Steuerbüchern zu gewinnen versuchen, auf die Finanzverwaltung begrenzt.

1) Vgl. UAR 1775/76, fol. 198b.

2) Vgl. UAR 1792/93, fol. 210.

3) Vgl. UAR 1792/93, fol. 211.

Wenn die getrennte Führung der Bau- und Forstkassen von der Sache her begründet werden kann, so gilt dies nicht für die Rechnungsführung und das Kassenwesen des Steueramts. Wir haben oben Anzeichen für eine Selbständigkeit des Steueramts gegenüber dem Umgelter-Amt festgestellt, obgleich sich Pfaff¹⁾ und Berger²⁾ für eine angebliche Unterordnung des Steueramts aussprechen. Schönberg weiß auch zu berichten, daß gerade die Steuerämter oft nur in loser Abhängigkeit zur Hauptkasse standen.³⁾ Es will scheinen, als ob neben der Einnahmen-Entwicklung vor allem die Zweckgebundenheit der Einnahmen des Steueramts diese Selbständigkeit ermöglicht. Die wesentliche Einnahme, die Vermögenssteuer, dient zwar, wie in Teil IV noch näher zu erläutern sein wird, dem Haushaltsausgleich (s.unten S. 51), in wesentlichem Umfang jedoch auch zur Deckung der Ausgaben des Bauamts. Ferner dient die Vermögenssteuer und die vom Steueramt eingezogene "Addition" (Sonderabgabe) der Schuldentilgung. Die Schuldenablösung wurde 1749 auf Veranlassung einer kaiserlichen Kommission einer besonderen, dem Steueramt unterstellten Schuldentilgungs- oder Kapitalablösungskasse übertragen.⁴⁾ Dadurch gewann natürlich das Steueramt an Bedeutung, gleichzeitig aber fehlen ab diesem Zeitpunkt in den Umgelter-Amts-Rechnungen die Unterlagen über das Schuldenwesen der Stadt.

Das Wachtgeld, welches ebenfalls vom Steueramt eingezogen wird, fließt direkt in die Wachtkasse.⁵⁾ Aus ihr werden vorwiegend Besoldungen für die Stadtgarnison bezahlt.

Zeigt sich die Verwaltung des Steueramts, insbesondere dessen Leitung, selbständig, so ist doch im Kassenwesen eine gewisse Abhängigkeit zum Umgelter-Amt festzustellen, und zwar hinsichtlich der Ausgaben. Wir haben bis jetzt nur Ausgaben gefunden, die vom Steueramt an andere Ämter geleistet wurden, wobei die Zweckbindung vieler Einnahmen eine Verrechnung über das Umgelter-Amt unnötig macht. Auch die Kassenführung des Steueramts scheint also von der des Umgelter-Amts losgelöst zu sein. Praktisch jedoch bewirkt die Zweckbindung, daß das Steueramt lediglich als Einzugsbehörde für Ämter außerhalb

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 586.

2) Vgl. Berger, Fritz, Offizianten ... a.a.O., Teil I, Seite 6.

3) Vgl. Schönberg, L., a.a.O., Seite 185.

4) Vgl. UAR 1792/93, fol. 22 (s.unten S. 90).

5) Vgl. UAR 1792/93, fol. 120b.

der Finanzverwaltung fungiert. (Ausnahme Schuldentilgung)

Die laufenden Ausgaben des Steueramts dagegen werden vom Umgelter-Amt vorgenommen; wir finden dort neben den Besoldungen, Steuereinzugs-kosten, Renovierungskosten des Steuerhauses etc.

Die anfänglich aufgezählten 28 Kassen verdichten sich somit im wesentlichen zu einer zentralen Kasse, aus der lediglich zweckgebundene Einnahmen und deren Verausgabung durch Ämter, die nicht zur Finanzverwaltung gehören, ausgeklammert sind.

Zum Vergleich sei noch angemerkt, daß in Ulm etwa zur selben Zeit 6 unabhängige große Kassen und Rechnungen bestanden.¹⁾

b) Einzug der Abgaben:

Naturgemäß ist in dem Abschnitt über das Kassenwesen bereits vieles zum Thema Einzug angemerkt. Hier seien nur noch weitere Arten des Einzugs und weiterhin die Wirksamkeit des Einzugs durch entsprechende Kontrollen untersucht.

Grundsätzlich sahen wir einen Unterschied in der Handhabung des Einzugs darin, daß das Steueramt (die Vermögenssteuer) unmittelbar einzog, während das Umgelter-Amt vor allem für die Verbrauchsabgaben einen umfangreichen Apparat von Einzugs-kassen unterhielt. Dies läßt sich leicht aus den verschiedenartigen Einnahmen erklären:

Ein Bürger einer Stadt von höchstens 8000 Einwohnern kann unmöglich seinen Besitzstand auf die Dauer verbergen. Eine Vermögenssteuer bedarf somit fast keiner Kontrollen und, da ihre Feststellung nicht an einen festen Zeitpunkt gebunden ist, auch keines aufwendigen Verwaltungsapparats. Anders dagegen die Verbrauchssteuern und die "Zölle", die alle "vom erlösenden Gulden" berechnet wurden. Um hierbei den vollständigen Eingang zu überwachen, mußte das einziehende Amt quasi bei jedem Steuer verursachenden Akt gegenwärtig sein, da auf eine geordnete Rechnungslegung der Steuerschuldner nicht zurückgegriffen werden konnte. Die Vielzahl der Einzugs-kassen beim Umgelter-Amt ist vornehmlich auf die Notwendigkeit zurückzuführen, immer und überall dabei zu sein, wo möglicherweise eine Steuerschuld entstehen konnte.

1) Vgl. Schönberg, L., a.a.O., Seite 161.

Erleichtert wurde diese Präsenz dadurch, daß bestimmte Waren nur an dafür vorgesehenen Plätzen gehandelt werden durften. Der Marktzwang spielt hier eine große Rolle. Nicht von ungefähr waren die Fleisch- und Brotlauben im Untergeschoß des Steuerhauses untergebracht.¹⁾ Eine Möglichkeit, die Anwesenheit des Amts bei den einzelnen Verkäufen zu vermeiden, bestand in der Veraccordierung der Steuerschuld. Eine Ausnahme finden wir auch bei den Weinhandels-Abgaben, die vom Schuldner nach dem Erlös auf der sogenannten Rechenstube im Steuerhaus abgeliefert werden mußten. Hier waren es die umfangreichen Kontrollmöglichkeiten, die einen unmittelbaren Einzug noch während des Umsatzaktes überflüssig machten.

Die letzte Möglichkeit einer Vermeidung der amtlichen Präsenz beim Handel war die der Verpachtung der Abgaben. Diese Lösung war jedoch für Eßlingen ohne Bedeutung. Lediglich das Maßgeld im Kornhaus war um eines höheren Ertrags willen verpachtet.²⁾ Das sind rund 0,7 % der Verbrauchssteuern und Zölle. Dagegen wurden rund 30 % dieser Einnahmen (netto) durch solche Einzieher erbracht, die an den Einkünften beteiligt waren, davon wurden ca. 2/3 in den Stock oder eine Büchse gestoßen. Die mittels Accord festgesetzten Steuern machten etwa 11 % aus.³⁾

Ein Sonderfall des Einzugs sei noch festgehalten: Die Aufrechnung. Wir finden statt der "Accis von Zinsgeldern, aus denen bei der Statt stehenden Capitalien"⁴⁾ diese nur mit 4 % anstatt der üblichen 5 % verzinst.

Die Effizienz des Einzugs zeigt sich in zweifacher Weise: Einmal in den Fällen, wo die Anstrengungen der Einzugsbehörden nicht zum Ziel führten, d.h. bei Hinterziehung; hier jedoch nur, soweit diese Fälle bekannt werden.

Zum zweiten in den Maßnahmen, die solche Hinterziehungen vermeiden sollen. Auch hier zeigt sich der Erfolg erst durch den Umfang des Mißerfolgs beim Einzug. Deshalb kann anstelle einer Beurteilung hier nur ein Bericht über diese Maßnahmen folgen:

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 509.

2) Vgl. UAR 1775/76, fol. 93b/94.

3) Sämtliche Prozentangaben beziehen sich auf das Jahr 1775/76.

4) UAR 1775/76, fol. 72b.

Wie schon erwähnt, waren die Einkünfte aus dem Weinhandel bzw. -konsum durch verschiedene Einrichtungen gesichert. Da waren zunächst die Unterkäufer, die stets dann eingeschaltet werden mußten, wenn Wein an Ausländer verkauft wurde.¹⁾ Ferner die Weinzieher und Karrenspanner, ohne die praktisch kein Weintransport, auch wenn er nur von Haus zu Haus gehen sollte, möglich war.²⁾ Daneben ist noch die Weindeputation (ein Bürgermeister, 2 Senatoren, 1 Assessor und 1 Bürger) zu erwähnen, die alljährlich in jedem Keller allen Wein aufnahm und daraus einen mittleren Weinpreis errechnete.³⁾ Dies von Jahr zu Jahr durchgeführt, ermöglichte aber auch eine Erfassung des Weinverbrauchs.

Ein häufig benutztes Mittel, um die Abgabe der Verbrauchssteuern sicherzustellen, war die Ausgabe von Zeichen beim Kauf von Waren und Bezahlung des Zolls.⁴⁾ Ohne diese Zeichen wurde niemand mit Waren zum Tor hinausgelassen.⁵⁾ Dadurch konnte natürlich nur der Konsum, der außerhalb der Tore stattfand, kontrolliert werden, jedoch wurden auf diese Weise rund 22 % der Verbrauchsabgaben, insbesondere der Zölle, erfaßt.

Über ein Mittel gegen die durchaus legale Steuervermeidung⁶⁾ berichtet Pfaff.⁷⁾ Als die Metzger wegen des erhöhten Waaggolds nicht mehr schlachten wollten, drohte der Rat ihnen mit dem Verlust der Bürgerrechte.

Hinsichtlich unerlaubter Steuerwiderstände geben die Quellen, soweit solche Fälle bekannt wurden, im Rahmen der Stadtrechtsbücher folgende Strafen wegen nicht entrichteter Abgaben (insbesondere schließlich Accis und Waaggeld) vereinnahmt:

1750/51	1770/71	1780/81	1790/91	1800
3 Gulden	3 1/2 Gulden	7 1/2 Gulden	7 Gulden	1 1/4 Gulden

1) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 153.

2) Vgl. Ebenda, Seite 149 ff.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 657.

4) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 151.

5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 95.

6) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 124.

7) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 679.

Diese Zahlen sind - obzwar netto ausgewiesen - so niedrig, daß man wohl zu Recht von der Annahme nur geringer Steuerwiderstände ausgehen kann. Oder aber, der Steuereinzug wurde so gehandhabt, wie Justi es fordert, wonach man um der Förderung des Handels willen beim Accis-Betrug "durch die Finger sehen"¹⁾ müsse. Der Ausweis der Strafen erfolgt netto. Da jeweils ein Drittel der Strafen der Wacht zustand,²⁾ sind in der Regel nur zwei Drittel der Strafe ausgewiesen. Nicht nur die Wacht, sondern jeder Anzeigende hatte Anrecht auf ein Drittel der Strafe. Jedoch wurde dieser Teil unter den Einnahmen mit ausgewiesen und im selben Jahr unter Ausgaben in Abzug gebracht.³⁾

c) Das Rechnungswesen:

Zu Beginn dieser Arbeit wurde als Ziel angegeben, aus der Rechnungslegung der Stadt auf deren Finanzwirtschaft zu schließen. Wenn im folgenden das Rechnungswesen abgehandelt werden soll, so ist damit einmal von der Ordnung der Finanzwirtschaft,⁴⁾ die Rede, andererseits wird aber gleichzeitig das Instrument erläutert, welches wir als Mittel zur Erkenntnis aller finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge in einer Zeit, die ca. 200 Jahre zurückliegt, benützen wollen.

Das Rechnungswesen der Behörden beschränkt sich im wesentlichen auf Geldbewegungen;⁵⁾ in heutiger Zeit jeweils in Zusammenhang mit einem Haushaltsplan. Ein Haushaltsplan ist für jene Zeit in Eßlingen nicht zu finden, auch ist in den Ungelter-Rechnungen kein Hinweis auf einen etwa bestehenden Haushaltsplan enthalten.⁶⁾

Ansätze für eine solche Planung können jedoch in der jährlich zu Beginn des Rechnungsjahres (Jacobi) vorgenommenen Vorbereitung der jeweiligen Ungelter-Amts-Rechnungen gesehen werden. Bei Vergleichen der verschiedenen Schriften kann einwandfrei festgestellt werden, daß die Überschriften jeder Seite des von vornherein gebundenen und durchnummerierten Buches vorweg geschrieben sind.

1) Von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., Seite 458.

2) Vgl. UAR 1750/51, fol. 122.

3) Vgl. UAR 1775/76, fol. 257.

4) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft ... a.a.O., Seite 35.

5) Vgl. Ebenda, Seite 50.

6) Vgl. Mauersberg, Hans, Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentral-europäischer Städte in neuerer Zeit, Göttingen 1960, Seite 450.

Ferner sind bei den Einnahmen jeweils die Steuersätze bzw. bei Accorden deren Höhe von Anfang an eingetragen.¹⁾ Dabei läßt sich eine Reihe von leergebliebenen Seiten nicht vermeiden, ohne daß man dies jedoch, wie Schönberg,²⁾ als Mangel in der Rechnungslegung ankreiden darf. Auch sind z.T. bei Forderungen aus vergangenen Jahren diese mit ihrem vollen Betrag eingetragen, auch wenn sie nicht beglichen wurden und somit wiederum auf Rest gesetzt werden mußten.³⁾ Wenngleich natürlich von einem Haushaltsplan in keiner Weise gesprochen werden kann, so gehen diese Ansätze doch über die Führung eines bloßen Kassenbuches hinaus.

Augenfällig ist auch die Kontinuität in der Rechnungsführung. Als Grundlage für die einzelnen Einnahmen sind seltener direkt die entsprechenden Rats-Decrete angezogen, als vielmehr eine der "vorgehenden" Rechnungen,⁴⁾ wo dann die Decrete auszugsweise wiedergegeben sind. Änderungen während des Rechnungsjahres werden als Grundlage für die folgenden Rechnungen am Rande vermerkt.⁵⁾ Der Bezug auf die vorhergehenden Rechnungen zeigt sich auch in den jeweils am Anfang des Rechnungsjahres einzutragenden Texten, die stets dieselben Formulierungen aufweisen. Dies geht sogar soweit, daß Posten, die bereits jahrzehntelang keine Bewegungen aufweisen bzw. gar keine mehr aufweisen können, weiter von Jahr zu Jahr übertragen werden. Als eines von vielen Beispielen sei der Text unter "Roß-Zoll an Jahrmärkten" im "Einnahm-Geldt" der Umgelter-Amts-Rechnung 1792/93 zitiert, der wie folgt lautet:

"Weilen solcher kraft Rathschlusses vom 9ten Novbr. 1751 die Aufnahme des Vieh Markts Willen gänzlich aufgehoben wurde
Wörtlich derselbe Text findet sich schon im Steuerbuch von 1775/76
Die Bedeutung, welche die Steuerbücher als Grundlage für den Eintrag hatten, zeigt ein weiteres Beispiel: Unter den Einnahmen aus dem Sperrgeld⁷⁾ ist ein Accord angeführt, wonach die Zoller jährlich pauschal 24 Gulden abliefern sollen. Daneben eine Randbemerkung: "Dieser Accord ist nirgends zu finden". Trotzdem wurde das Sperrgeld in dieser Höhe eingezogen.

1) Vgl. u.a. UAR 1750/51, fol. 64 / 91 / 162.

2) Vgl. Schönberg, L., a.a.O., Seite 95.

3) Vgl. UAR 1775/76, fol. 2b.

4) Vgl. UAR 1792/93, fol. 27b.

5) Vgl. UAR 1792/93, fol. 148b f.

6) UAR 1792/93, fol. 36.

7) Vgl. UAR 1775/76, fol. 142b.

Ein ausgesprochener Mangel, der den Wert der Rechnungen für die Rekonstruierung der finanzwirtschaftlichen Verhältnisse erheblich herabsetzt, ist das Vorherrschen der Netto-Rechnung.¹⁾ Beispiele dafür wurden bereits bei der Beschreibung des Besoldungswesens gegeben, wo die Einnahmen mit einem Teil der Einzugskosten saldiert in den Umgelter-Rechnungen erscheinen. Nicht aufgerechnet sind dagegen u.a. Forderungen, die erlassen wurden. Diese waren zunächst als Einnahmen aufgeführt, während die Gegenposten als Ausgabe unter "abgangen" verbucht wurden.²⁾

Besonders krass tritt diese Verbuchungsart im Jahr 1790/91 hervor, als der Casten-Verwaltung ihre bis dahin auf 15.866 Gulden angestiegenen Schulden nachgelassen wurden. Dadurch erhöhten sich sowohl die Einnahmen (von anderen Verwaltungen empfangen) als auch die Ausgaben (abgangen und nachgelassen).³⁾ Dieser Posten mußte bei den folgenden Betrachtungen im Teil IV ausgeklammert werden. Ferner wirken sich eine Reihe durchlaufender Posten störend aus. So laufen beispielsweise hinterlegte Gelder in gleicher Weise in die Stadtkasse wie sämtliche Einkünfte, wobei die Korrektur wieder als Ausgabe erfolgt.

Der Ausweis von Naturalleistungen, ohne deren Umrechnung in Geld auf der Ausgabenseite, mindert ebenfalls die Möglichkeiten zur Auswertung der Stadtrechnungen.

Die Suche nach einem System, welches bei der Einteilung der Umgelter-Amts-Rechnungen zugrunde gelegen haben könnte, bereitet insofern Schwierigkeiten, als die system-konformen Kriterien hinter systemwidrigen weit zurückbleiben. Die von Schönberg gefundene Einteilung, wonach die regelmäßigen, ordentlichen Einnahmen an die Spitze gestellt wurden,⁴⁾ kann für Eblingens Rechnungen nicht bestätigt werden. Dafür sind zwischen den regelmäßigen Einnahmen zu viele Posten, die z.T. jahrelang mit 0 ausgewiesen werden, also nicht regelmäßig sind. Jedoch stehen grundsätzlich die Einnahmen an der Spitze, deren Höhe feststeht,⁵⁾ also die Leibrenten und Zinsen.

1) Vgl. Schönberg, L., a.a.O., Seite 116.

2) Vgl. UAR 1750/51, fol. 154 und 340 f.

3) Vgl. Anhang.

4) Vgl. Schönberg, L., a.a.O., Seite 97.

5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 19 - 50.

Das gilt auch für die Ausgaben, jedoch sind diese Posten hier ohne Bedeutung.¹⁾ Die Sachausgaben sind teils nach den gekauften Sachen,²⁾ teils nach Verkäufergruppen³⁾ gegliedert. Die Einteilung der Einnahmen und Ausgaben in solche, die der Höhe nach feststehen, und sonstige, ist das einzige Prinzip, welches in den Steuerbüchern festzustellen ist.

Im einzelnen finden sich viele Verstöße gegen eine einheitliche Verbuchung, wodurch die Übersicht insgesamt erschwert wird. So sind sämtliche Schaugebühren, die z.T. als Strafen anfallen, zusammen unter Schaugebühren ausgewiesen, nur die Strafen der Bäcker sind unter der Rubrik Strafen verbucht.⁴⁾ Oder: sämtliche Kosten anlässlich der Jahrmärkte (Accis-Einzug etc.) sind auch als solche verbucht, jedoch stehen unter "Extra-Geschäfte" Ausgaben für die Kannengießer-Schau an Jahrmärkten.⁵⁾

Schreibmaterialien sind, - um ein letztes Beispiel zu nennen - sowohl unter Ausgaben für Kauf- und Handelsleute als auch unter "erkauft Schreibmaterial" aufgeführt.⁶⁾

Die Umgelter-Amts-Rechnungen, die als die eigentlichen Stadtrechnungen angesehen werden müssen, wurden vom Stadt-Cassier geführt, jedoch ist aus den verschiedenen Handschriften ersichtlich, daß auch andere Personen Eintragungen vornehmen. Die Anlage der Rechnungsbücher zu Anfang eines Rechnungsjahres erfolgte stets durch den Stadt-Cassier.

Eine K o n t r o l l e ist naturgemäß aus den Steuerbüchern nur als Rechnungs- und Kassenkontrolle zu ersehen. Für eine Verfassungskontrolle fehlt die verfassungsrechtliche Voraussetzung und demzufolge auch der Haushaltsplan als wichtigstes Instrument.⁷⁾

1) Vgl. UAR 1775/76, fol. 153 - 153b (15 Gulden).

2) Vgl. UAR 1775/76, fol. 235 - 246 .

3) Vgl. UAR 1775/76, fol. 215 - 229.

4) Vgl. UAR 1775/76, fol. 118.

5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 254b.

6) Vgl. UAR 1775/76, fol. 214/216.

7) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 44 ff.

Alle Umgelter-Amts-Rechnungen wurden zunächst probiert, d.h. auf ihre rechnerische Richtigkeit durchgesehen. Dies war Sache der Rechnungsverwalter, welche ihren Vermerk außen auf den Einband des Buches setzten. Mit der Vorlage an den Senat, wurde das Abhörverfahren in Gang gesetzt. Zwei Abhörvermerke, die sich jeweils auf der letzten Seite der Umgelter-Rechnungen der Jahre 1786/87 und 1791/92 befinden, geben darüber Auskunft. Ein wesentlicher Punkt war offensichtlich die Erörterung der Außenstände vor der eigentlichen Abhör, wobei größere Außenstände dem Rath selbst zur Entscheidung vorgelegt wurden. Diese Vorbereitungen, die sich auf die Prüfung der Notwendigkeit der Ausgaben bezogen,¹⁾ wurden von der Rechnungs-Abhör-Deputation des Rathes sowie dem 2. Bürgermeister und dem Obersteurer in Verbindung mit den Rechnungs-Verwaltern vorgenommen. Der Oberumgelter, in dessen Amt die Rechnungen erstellt wurden, war also mit der Abhör nicht befaßt. Nach der Erörterung des sogenannten Defecten-Protokolls (Außenstände) wurden die Rechnungen im Senat abgehört und justificiert. Dann erst wurde der "Herr Rechner" (Stadt-Cassier) "unter magistratlich vollkommener Zufriedenheit von allweiterer Verantwortung freigesprochen".²⁾ Die Abhör scheint nicht sehr genau genommen worden zu sein. Wir finden nur drei Abhörtermine: 1790, 1792, 1794. Die Steuerbücher 1750/51, 1771/72 und 1800/01 tragen überhaupt keinen Abhörvermerk. Aus den wenigen Abhörterminen ergibt sich, daß stets mehrere Rechnungen zusammenkamen, was der Gründlichkeit dieser Kontrolle nicht eben förderlich war.³⁾

Die finanzwirtschaftliche Theorie jener Zeit bzw. ihre Vertreter befaßten sich nur wenig mit den Fragen der Rechnungslegung. Nach Sonnenfels mag "die Form der Staatsrechnung (mag) an sich selbst als gleichgültig angesehen werden",⁴⁾ jedoch verlangt auch er Klarheit und Übersichtlichkeit. Eine jederzeit mögliche Kontrolle soll zwar gewährleistet sein, doch ist nicht die Rede davon, daß diese auch von der Bürgerschaft bzw. den Unterthanen ausgeübt werden soll, Dazu J. J. Moser: "Die Regenten müssen Gott genaue und dem

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 589.

2) UAR 1791/92, letzte Seite.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 590 und 908.

4) von Sonnenfels, Josef, Grundsätze der Polizey-Handlung und Finanz, bearb. von F.X. von Moshamm, Tübingen 1820, Seite 429.

Publico einige Rechenschaft geben, wie sie den saueren Schweiß ihrer Unterthanen zum gemeinen Besten angewendet haben".¹⁾ Bezüglich der Öffentlichkeit der Rechnungsführung spricht dieses Zitat für sich.²⁾

Ohne Verfasserangabe erschienen 1786 in Leipzig Grundsätze für die Finanzadministration und das Rechnungswesen in Reichsstädten. Diese 6 Grundsätze sollen nun kurz auf ihre Verwirklichung in Eßlingen geprüft werden, soweit dies anhand der Steuerbücher möglich ist.

Die regelmäßige Ablieferung der Unterkassen an die Hauptkasse³⁾ finden wir in Eßlingen ohne Ausnahme verwirklicht. Gleichgültig, ob über die Büchs oder direkt abgerechnet wird, es existiert in jedem Falle ein fester Terminplan (monatlich, quartaliter etc.), der auch eingehalten wurde.

Mehr- und Mindereinnahmen wurden begründet.⁴⁾ Da ein Haushaltsplan nicht existierte, handelte es sich stets um starke Abweichungen zum Vorjahr oder um nicht voll eingehaltene Accorde.

Die Ausgaben wurden im wesentlichen zentral bestritten.⁵⁾ Die Ausnahme, die hier die Bauamtskasse bildet, wiegt jedoch umso schwerer, als gerade dadurch Stadteinkünfte (unkontrolliert) ausfließen, was schon für manche Stadt der Ruin gewesen sein soll.⁶⁾

Daß auch die Posten, die nicht wirklich eingegangen sind, unter Einnahmen verbucht wurden bei gleichzeitiger Ausbuchung der Restanten unter Ausgaben,⁷⁾ wurde schon erwähnt. Wichtig ist die Begründung für diese Forderung; nämlich, daß dadurch nichts vergessen werde. Damit wird erneut deutlich, daß die Stadtrechnungen nicht nur als ex post Abrechnung aufgefaßt werden dürfen, sondern auch - obzwar nicht planend - in die Zukunft weisenden Information-Charakter haben.

1) Moser, Johann Jakob, Grundsätze des Besteuerungs Rechts derer Teutschen Reichsstädte, o.O. 1765, Seite 6.

2) Vgl. auch Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 922.

3) Vgl. o.V., Grundsätze der Finanzadministration und des Rechnungswesens in Reichsstädten, Leipzig 1786, Seite 76.

4) Vgl. Ebenda, Seite 77.

5) Vgl. Ebenda, Seite 77.

6) Vgl. Ebenda, Seite 72.

7) Vgl. Ebenda, Seite 78.

Ferner sollen die Ausgaben soweit wie möglich durch Reglements bestimmt sein.¹⁾ Eine Reglementierung in der Höhe der Ausgaben ist relativ selten. Lediglich bei den Besoldungsgeldern, den Ausgaben für den Württembergischen Schutz und den Accidentien ist auch eine Festlegung der Höhe nach möglich. Daneben werden viele Ausgaben aufgrund eines "Raths Decrets" getätigt.

Die Posten unter "inngemein" sollen möglichst niedrig sein.²⁾ Auf der Ausgabeenseite stehen unter dieser Rubrik im Durchschnitt rund 1 % der Gesamtausgaben, während bei den Einnahmen dieser Posten nur bis zu 2 pro mille ausmacht.

Zu der so wichtigen Frage der Brutto- oder Nettoverrechnung sagt die zitierte Schrift nichts aus. Jedoch findet sich dazu bei Sonnenfels ein Hinweis, wonach alles "was unter dem Namen der öffentlichen Einkünfte behoben wird" auch ohne Minderung in die öffentlichen Kassen eingehen muß.³⁾ Dies stellt ganz offensichtlich ein Votum für die Bruttoverrechnung dar, wie sie in Eßlingen nur ausnahmsweise durchgeführt wird.

IV. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft

1. Die städtischen Einkünfte

a) Beschreibung der Einkünfte:

In diesem Kapitel soll zunächst ein Überblick über die verschiedenen Arten der Einkünfte Eßlingens gegeben werden, der dann die Grundlage für eine genauere Analyse der Einnahmeseite des Haushalts abgeben wird. Dieser Teil will beschreiben was war, ist also descriptiv. Die Frage, warum das Beschriebene so war und eine Bewertung auf finanztheoretischer Grundlage bleibt der Analyse vorbehalten.

1) Vgl. o.V., Grundsätze ... a.a.O., Seite 78.

2) Vgl. Ebenda, Seite 78.

3) von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 417.

Um aus der Vielfalt der rund 50 Einnahmearten herauszufinden, muß eine Gliederung vorgenommen werden. Da andererseits lediglich die einzelnen Arten beschrieben werden sollen, mag eine oberflächlich erscheinende Einteilung, die sich an den heute gängigen Begriffen Erwerbseinkünfte, Gebühren, Steuern¹⁾ orientiert, genügen. Oberflächlich ist diese Einteilung deshalb, weil hier die zeitlich verschiedene Gültigkeit von Form und Inhalt der Gliederung unbeachtet bleibt. Neben den Erwerbseinkünften wurden die Einkünfte aus Kapitalien getrennt erfaßt, da sich nicht mehr feststellen läßt, aus welchen Quellen das zins- oder pachtbringend angelegte Geld floß.

Die Rubrik sonstige Einnahmen mußte gebildet werden, da sich verschiedene Einnahmearten anders nicht einordnen lassen. Beispielsweise ist bei den eingegangenen Forderungen oft nicht ersichtlich, welche Schuld zugrundegelegen hat. Dasselbe gilt für Einnahmeüberschüsse und transitorische Posten des Vorjahres.

1) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft ... a.a.O., Seite 72.

Einnahmen der Stadt Eßlingen

(in Gulden)

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
Erwerbseinkünfte	-	3.091	2.352	2.378	2.366	2.408	2.541	2.392
Einkünfte aus Kapitalien	711	901	905	1.042	954	971	965	983
Gebühren und Beiträge (+ Finanzmonopole)	4.120	4.726	4.495	4.752	6.120	5.698	5.247	4.923
Realsteuern	-	3.335	6.000	6.400	6.000	5.646	775	55.996
Verkaufssteuern	170	116	308	170	203	127	138	99
Verbrauchssteuern	7.654	8.118	7.875	7.441	6.949	6.243	6.811	6.127
Sonstige Einkünfte	1.901	424	1.690	967	2.311	1.879	2.474	1.787
Gesamt (lt. UAR)	14.556	20.711	23.625	23.150	24.903	36.772	18.951	72.307

Zusammengestellt aus den jeweiligen Umgelter-Amts-Rechnungen.

Die Erwerbseinkünfte.

Hierunter fallen drei Einnahmeposten, die Erträge der beiden Stadtmühlen, die Erträge aus dem Salzhandel und die Einnahmen aus dem Verkauf von Früchten (d.h. vor allem Getreide).

Die Stadtmühlen waren verpachtet und die Pächter genossen Quartier-, Fron- und Steuerfreiheit.¹⁾ Jedoch bezog die Stadt das Getreide, das sie als Zusatz zu den Besoldungen benötigte, in natura oder in bar aus den Stadtmühlen (siehe verkaufte Früchte). Die Erträge aus den Stadtmühlen sind nicht rein ausgewiesen, vielmehr wird das sogen. Zeichengeld - eine Verkaufssteuer bzw. Zoll - weil es veraccordiert ist, zusammen mit der Pachtsumme eingezogen. Bis 1770 wurden die Erträge aus der Verpachtung der Stadtmühlen in die Capital-Ablösungs-Cassa geleitet, so daß sie vor diesem Zeitpunkt nicht in der Umgelter-Rechnung erscheinen. Ab 1797 ist die Pachtsumme nur noch in Naturalien bestimmt, die zwar verkauft und in bar abgeliefert werden, jedoch dann unter den Einnahmen aus verkauften Früchten ausgewiesen sind.

Ebenfalls verpachtet war der Salzhandel. Als Pachtpreis waren 305 Gulden im voraus an das Steuer-Cassier-Amt - ab 1770 an das Umgelter-Amt - zu bezahlen. Trotz Verpachtung regelte der Rat den Salzhandel bis ins einzelne und verlängerte die Pacht jeweils um 3 Jahre. Die Bedeutung, die der Rat dem Salzhandel offensichtlich beimißt, hat ihren Grund in dem bestehenden Austauschhandel zwischen Eßlingen und Bayern mit Wein und Salz.²⁾ Württemberg und Eßlingen bezogen Salz nahezu ausschließlich aus Kurbayern, während dort kein eigener Weinbau betrieben wurde. So sicherte sich Eßlingen durch die Salzimporte wesentliche Absatzgebiete für seinen Weinbau. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Früchten resultieren aus den ehemaligen Natural-Besoldungen. Eine Reihe von Personen, die in städtischen Diensten standen, empfangen neben dem Gehalt eine genau festgelegte Menge Brot oder Wein. Die Stadt kaufte auch z.T. diese Naturalien zurück. Einer kaiserlichen Anordnung vom 17. Juni 1752 zufolge, waren jedoch alle Natural-Besoldungen in Geld umzuwandeln. Somit mußten die Mühlen, die bisher das Getreide abzuliefern hatten, dieses an die Bäcker verkaufen und den Erlös dem Umgelter-Amt zustellen.

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 666; unter Steuerfreiheit kann hier nur die Befreiung von der Grundsteuer gemeint sein, denn das Zeichengeld (Verkaufssteuer) von 2,6 Kreuzern vom Scheffel mußte bezahlt werden (UAR 1790/91 und 1800/01).

2) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 185 ff.

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Früchten stellen eigentlich zweckgebundene Einnahmen dar, da sie in derselben Höhe zusätzlich zu den Besoldungen ausgezahlt werden. Aber sie sind den Erwerbseinkünften zuzurechnen, denn neben der Pachteinnahme sind sie weitere von den Stadtmühlen abgeworfene Erträge.

Die Erwerbseinkünfte sind, da es sich einerseits um Pachteinahmen handelt, andererseits die Natural-Besoldungen in ihrer Höhe nicht sehr schwankten, im Zeitablauf relativ stabil. Zwar wurde die Pachtsumme für die Pliensau-Mühle mehrmals herabgesetzt (1775: 675 Gulden, 1785: 605 Gulden, 1792: 555 Gulden), doch stiegen die Einnahmen aus dem Verkauf von Früchten im selben Zeitraum an.

Die Einkünfte aus Kapital.

In dieser Gruppe sind zusammengefaßt der "ewig ohnablößige Hellerzins", verschiedene Zinseinnahmen und Verkäufe von der Stadt gehörenden beweglichen Gütern. Die Einnahmen aus Verkäufen waren für die Einnahmeseite der Finanzwirtschaft nur von untergeordneter Bedeutung. Auch stand die Einnahmegewinnung nicht im Vordergrund der Überlegungen. Der ewig ohnablößige Hellerzins ist eine auf Grundstücken oder Grundstückseinrichtungen ruhende Reallast, die jedes Jahr in derselben Höhe zu bezahlen ist. Diese Einnahmeart fließt naturgemäß ohne Schwankungen, ist jedoch, da sie nie 1 % der Gesamteinnahmen erreicht, von untergeordneter Bedeutung.

Mit durchschnittlich 4 % Gesamtanteil stellt der nicht jährliche Zins die bedeutendste Einnahmeart dieser Gruppe dar. Während der ohnablößige Zins Grundstücke und Einrichtungen belastet, die sich im privaten Eigentum befinden, ist der nicht jährliche Zins ein Entgelt für den Gebrauch von städtischen Einrichtungen, Grundstücken und Gebäuden. So bezahlt die Metzgerzunft für die Benutzung des Schlachthauses (Mezig) jährlich 78 Gulden und 34 Kreuzer. Auch private Hausmieten sind unter dieser Rubrik aufgeführt. Diese Einnahmen wurden deshalb nicht zu den Gebühren gerechnet, weil hier der dauernd wiederkehrenden Leistung des Privaten die einmalige Leistung der öffentlichen Hand gegenübersteht, die sich somit für die Stadt eher wie eine zinsbringende Investition auswirkt. Trotz der Bezeichnung "nicht jährlich Zins" wird der Zins jährlich eingezogen. Lediglich die Tatsache, daß z.B. ein Verkaufsstand nicht vermietet werden kann, oder daß ein Wachturm kostenlos von einem Garnisonier bewohnt wird, führt dazu, daß dieser Zins ausnahmsweise nicht jährlich einkommt.

Die Einkünfte aus Kapital fließen, da der Kapitalstock nicht erweitert werden konnte, ziemlich gleichmäßig. Sie sind jedoch, da sie vor allem kurzfristige Mieterträge zur Grundlage haben, von der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung und damit von der Entwicklung von Handel und Handwerk unabhängig.

Gebühren und Beiträge.

Wenn wir aus den vielfältigen Einnahmearten, die zwischen 1750 und 1800 in Eßlingen von Bürgern und Fremden gefordert wurden, verschiedene Einnahmen in der Kategorie Gebühren und Beiträge zusammenfassen wollen, so geht das nicht ohne Kompromisse. Denn hier wird besonders deutlich, daß wir einen Begriff der heutigen Theorie nehmen und ihn mit einem Stück Wirklichkeit füllen, das heute in dieser Form gar nicht mehr existiert.

Zwei Kriterien verbinden sich mit dem Gebührenbegriff: Öffentliche Leistung und private Inanspruchnahme,¹⁾ wobei zwischen beiden Unmittelbarkeit bestehen soll, somit die öffentliche Leistung zur Gegenleistung wird. Das Vorhandensein dieser beiden Kriterien genügt uns, die folgenden Einnahmearten zusammenzufassen. Dieses Verfahren ist zugegebenerweise etwas willkürlich; jede andere Klassifizierung wäre es ebenfalls. Zudem - und das gab schließlich für diese vereinfachende Regelung den Ausschlag - haben wir die Gelegenheit, sämtliche Einnahmen in einem späteren Kapitel unter theoretischem Aspekt zu durchleuchten, wobei sich mit Sicherheit Umgruppierungen ergeben werden. Im folgenden sollen die Einnahmearten, wie schon angeführt, lediglich in ihrem äußeren Erscheinungsbild und ihrer größenmäßigen Entwicklung aufgezeigt werden, wodurch auch eine äußerliche Klassifizierung gerechtfertigt erscheint.

Dieser Sammelposten enthält somit vielfältige Einnahmen, die alle gemeinsam haben, daß hier private (geldliche) und öffentliche Leistung in direktem Zusammenhang stehen. Die einzige Ausnahme bildet die Gruppe der Strafen. Da hier der Gedanke der Einnahmegewinnung nicht im Vordergrund steht und sich zudem aus der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung eine öffentliche Gegenleistung

1) Vgl. Amonn, Alfred, Grundsätze der Finanzwissenschaft, 1. Teil, Bern 1947, Seite 162; Terhalle, Fritz, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948, Seite 118; Gerloff, die Entgelt-Abgaben in: Handbuch der Finanzwissenschaften, Band 2, 2. Auflage, Tübingen 1953, Seite 203 ff., Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 96.

konstruieren läßt, können die Strafen durchaus den Gebühren zugerechnet werden.¹⁾ Sie schwanken naturgemäß in der Höhe des Aufkommens sehr stark und machen zwischen 1 und 6 % der Gesamteinnahmen aus.

Die Meß-, Waag- und Eich-Gelder²⁾ verdienen in systematischer Hinsicht besondere Aufmerksamkeit, insbesondere die Meßgelder. Sie sind teilweise (theoretisch) reine Steuern. Es fällt auf, daß sämtliche Waren, die gemessen werden (Leinwand, Heu, Holz und Korn), für die also ein Meßgeld anfällt, nicht unter die Accise fallen. Auch die Bemessungsgrundlage spricht zumindest für eine steuerähnliche Abgabe und nicht für eine Meßgebühr, denn der Ausgang beim Verkauf von Leinwand wird nicht nach der Menge oder der Anzahl der Messungen, sondern "vom erlösenden Gulden" gerechnet, wie dies in der Regel bei der Accis üblich ist. Noch deutlicher wird der Steuercharakter beim Holz- und Heu-Meßgeld. Hierüber steht in der Umgelter-Amts-Rechnung von 1750/51³⁾ und in den folgenden: "Ein jeder Wagen oder Karren, so mit Holz oder Heu in die Stadt zu verladen geführt wird, gibt vom Klafter 6 Kreuzer und von der Warmer Heu 12 Kreuzer, es seyn gleich gemessen oder ungemessen hingegeben".

Ab 1790 wird auch der Verkauf "von einem Bürger an den andern" mit derselben Abgabe belegt. Hier wird also eine "Gebühr" verlangt, gleichgültig ob die Gegenleistung anfällt oder nicht. Daß bei dieser Art von Gebühren weniger der Kostenersatz für eine beanspruchte Leistung als vielmehr die Einnahmengewinnung im Vordergrund stand, zeigt auch die Verpachtung des Korn-Meßgelds "alldieweilen (aber) seit einigen Jahren die Intraden so wenig gewesen."⁴⁾

1) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 71. Kolms, Heinz, Finanzwissenschaft, Band 2, 2. Auflage, Berlin 1964 (Götschen), Seite 25.

2) In den Umgelter-Rechnungen ist stets von Geldern, nie jedoch von Gebühren die Rede.

3) Daselbst, fol. 94.

4) UAR 1790/91, fol. 61b.

Vor Beginn der Weinlese mußten alle Geschirre geeicht werden. Die hierbei eingezogenen *E i c h g e l d e r* haben echten Gebührencharakter (im heutigen Sinn). Sie gehen jedoch laufend zurück, weil man, ohne die betreffende Verordnung zu ändern, allmählich dazu überging, nicht mehr alle verwendeten Geschirre zu eichen, sondern nur noch von jeder Gattung eines. Daneben wurden Eichgebühren nur noch an Jahrmärkten "von jedem der mit der Ellen ausmißt"¹⁾, also von den Tuchhändlern erhoben.

Der Anteil der Meß- und Eichgelder an den gesamten Einnahmen betrug in der Regel ca. 0,8 %, doch waren diese Einkünfte, insbesondere die Meßgelder, Zufälligkeiten unterworfen. Im Jahr 1770/71, als Württemberg wieder eine Fruchtsperre gegen Eßlingen verhängte, betrugen die Einnahmen aus dem Meßgeld ganze 22 Kreuzer. Das Korn-Meßgeld wurde dann auch eben dieser negativen Einflüsse wegen verpachtet. Die Einkünfte aus diesen Gebühren erscheinen nur zur Hälfte in den Amts-Rechnungen, die andere Hälfte verbleibt bei den Messern und Eichern. Ab 1797 müssen die Eicher sogar nur noch ein Drittel abgeben, ohne daß die Gebühren erhöht wurden.

Die *S c h a u* ist eine Einrichtung, die wir heute etwa als Gewerbeaufsicht bezeichnen würden. Die Gebühr wurde in der Regel pro geprüftes (geschautes) Stück eingezogen, sie konnte aber auch für die Zunft jährlich pauschal festgesetzt werden. Bei der Schuhmacher-Schau war das Schaugeld als Strafe eingerichtet, die nur bezahlt werden mußte, "wenn etwas wider die Ordnung gehandelt"²⁾ wurde. Eine weitere Ausnahme finden wir bei der Seifensieder-Schau, die nur für die an Jahrmärkten kommenden fremden Seifensieder eingerichtet wurde. Dies ist auch die einzige Schau, wo die Gebühren nicht festgelegt waren, sondern wo es den Schauern überlassen blieb, ein "billigmäßiges"³⁾ Schaugeld zu verlangen. Die Einkünfte aus der Schau bleiben über den betrachteten Zeitraum hinweg annähernd gleich hoch, jedoch beeinflussen sie die gesamten Einnahmen mit einem Anteil von ca. 0,2 % kaum. Zu beachten ist, daß in den Umgelter-Amts-Rechnungen nur der Teil der Schaugebühren ausgewiesen ist, der von den Schauern abgeliefert wurde. Das war in der Regel die Hälfte der eingezogenen Gebühr; in wenigen Fällen zwei Drittel.

1) UAR 1750/51, fol. 128b.

2) UAR 1750/51, fol. 131b.

3) UAR 1775/76, fol. 129b.

Das S t a n d g e l d an Jahr- und Wochenmärkten wurde von jedem Handwerker und Krämer eingezogen. Der Betrag war von Zunft zu Zunft verschieden. So zahlten die Schuhmacher (jeder) 1750 jährlich 10 Kreuzer, die Rotgerber dagegen 30 Kreuzer, die jedoch 1770 auf 24 Kreuzer ermäßigt wurden. Dies war die einzige Veränderung eines Gebührensatzes, d.h. des Satzes von Abgaben, die wir unter Gebühren und Beiträgen zusammengefaßt haben. Die Rotgerber waren es auch, die erreichten, daß das Standgeld seit 1797 nur noch von den feilhaltenden Meistern entrichtet werden muß;¹⁾ erst dadurch wurde das Standgeld zu einer Gebühr im eigentlichen Sinn. Die Standgelder nehmen in ihrer Höhe ständig ab. Dies ist im wesentlichen eine Folge mangelnden Interesses von Händlern auswärtiger Orte an Wochenmärkten in der Stadt.²⁾ Wegen des geringen Anteils (0,3 - 0,2 %) wirkte sich dieser Rückgang jedoch nicht auf die gesamten Einnahmen aus. Auch hier wird von den verschiedenen Einnehmern netto abgerechnet, d.h. sie liefern nur jeweils ein Fünftel bis die Hälfte der Einnahmen an das Umgelter-Amt ab.

Die Gebühren für die W e i n z i e h e r und K a r r e n s p a n n e r waren weniger wegen ihrer Höhe von Bedeutung, als vielmehr wegen der sonstigen Wirkungen. Die Weinzieher schafften die leeren Weinfässer des Fuhrmannes in den Keller des Verkäufers und nahmen von dort die vollen Fässer wieder mit, aber nur bis zum Wagen des Fuhrmannes, wo sie der sogenannte Spanner ordnungsgemäß verstauen mußte. Die Weinzieher und Spanner waren vom Rat bestellt und ihre Inanspruchnahme war obligatorisch.³⁾ Auf diese Weise ließ sich relativ einfach der Verkauf von Wein, zumindest soweit es größere Mengen betraf, kontrollieren. Dadurch, daß sich die Stadt diese Dienstleistung vorbehielt, konnte sie sozusagen nebenbei noch die Bezahlung der Wein-Accis, der bedeutendsten Einzelabgabe Eßlingens überhaupt, kontrollieren.

1) Vgl. UAR 1800/01, fol. 115b.

2) Vgl. Die Entwicklung des Standgeldes von Wochenmärkten, das nur von Händlern von auswärtigen Orten eingezogen wurde.

3) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 149ff.

Schwer einzuordnen ist auch der sogenannte U n t e r k a u f .

Fuhrleute, die von auswärts kamen, um Wein zu kaufen, wurden von den amtlich bestellten und vereidigten Unterkäufern an Bürger verwiesen, die Wein zu verkaufen hatten.¹⁾ Der Verkäufer mußte dafür einen Kreuzer pro Gulden Unterkauf bezahlen. Der Unterkauf war somit eine Art Maklergebühr, jedoch rückt ihn der Zwang zur Inanspruchnahme, der hierbei ausgeübt wurde, mehr in die Nähe eines Finanzmonopols.²⁾ Die Tatsache, daß er nur beim Verkauf an ausländische Fuhrleute anfiel, rückt ihn dagegen in die Nähe eines Ausfuhrzolls. Der Satz des Unterkaufs (1 Kreuzer vom Gulden) betrug genau die Hälfte der Accis aus dem in der Rechenstube verkauften Wein. Das heißt, in der Rechenstube wurde nur der Wein verkauft, der an auswärtige Fuhrleute ging. Somit betrug auch der abgerechnete Betrag des Unterkaufs jedes Jahr die Hälfte der vom "verkauften Wein aus der Rechenstuben" eingezogenen Accis. Auch hier - durch den Vermittlungszwang - war eine genaue Kontrolle des Weinhandels und der dabei abzuführenden Abgaben ermöglicht. Auch als Einnahmequelle war der Unterkauf mit ca. 5 % der Gesamteinnahmen nicht ohne Bedeutung. Er lag der Höhe nach stets über den gesamten ausgewiesenen Sachausgaben.

Ihrem Wesen nach reine Gebühren stellen B r ü c k e n - und P f l a s t e r g e l d sowie das 1772 durch Kreisbeschluß eingeführte C h a u s s e e g e l d dar. In diesem Zusammenhang muß auch das Weggeld genannt werden. Dieses war jedoch eine reine Finanzabgabe, deren Einzug der Stadt von Maximilian II. (1570) gegen ein Darlehen von 10.000 Gulden gestattet wurde, und zwar wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Stadt.³⁾ Die Sätze wurden später laufend erhöht. Der Posten Weggeld kommt jedoch in den Amtsrechnungen nicht vor, da der Herzog von Württemberg gegen Übergabe des Wegegeldes und einmalig zu zahlenden 11.000 Gulden den Landstraßenbau im Eßlinger Gebiet übernahm. Dazuhin durfte der Eßlinger Rat von den Württembergischen Untertanen 5 Kreuzer Brücken- und Pflastergeld einziehen.⁴⁾ Das Brücken- und Pflastergeld brachte jährlich rund 1.500 Gulden ein.

1) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 155 ff.

2) Der auswärtige Fuhrmann durfte nicht selbst zu einem Verkäufer fahren.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 730.

4) Vgl. Ebenda, Seite 729.

Bezahlt werden mußte:

Von einem geladenen Wagen	Fünf Kreuzer
von einem Karren	Dritthalb (3 1/2) Kreuzer
von einem leeren Wagen	Drey Kreuzer
von einem leeren Karren	Anderhalb Kreuzer
sodann von jedem Pferd	Zwei Kreuzer.

Diese Gebühren waren offensichtlich nach der Stärke der Beanspruchung gestaffelt. 1765 wurde vom Rat festgesetzt, daß jeder Fuhrmann, der mehr als sechs Pferde vor seinen Wagen gespannt hatte, für jedes zusätzliche Pferd sechs Kreuzer zu bezahlen hatte (wovon jedoch Württemberger ausgenommen waren). 1800 wurde diese Gebühr für alle Fuhrleute, die das Stadtgebiet nur am Rande passierten, auf die Hälfte ermäßigt. Wenn gleichzeitig die Einkünfte aus dem Brücken- und Pflastergeld in diesem Jahr gegenüber 1792/93 um rund 1/6 zurückgingen, so ist dies weniger ein Zeichen dafür, daß ein beträchtlicher Teil des Handels an Eßlingen vorbeizog, sondern vielmehr, daß der Handel überhaupt zurückging, wie Accisen, Zölle und Unterkauf im selben Zeitraum zeigen. Eine Tatsache, die bei dem herrschenden Krieg nicht verwundert.

Ergänzt wird das Brücken- und Pflastergeld durch das Chausseegeld, das seit 1772 aufgrund eines Beschlusses des Schwäbischen Kreises auf allen Hauptland-, Heer- und Commercialstraßen eingeführt wurde.¹⁾ Das Chausseegeld betrug 3 Heller, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Pferd und Wagen, bis zu 10 Stück Rinder, Schafe, Schweine etc., einen Wagen mit zwei Ochsen oder ein berittenes Pferd handelte. Sowohl der Grund (Benutzung der Straße), als auch der Einzug (durch die Zöllner unter den Toren), ist beim Brücken- und Pflastergeld und beim Chausseegeld derselbe. Seinem Wesen nach ist das Chausseegeld nur eine Aufstockung des Brücken- und Pflastergeldes, allerdings scheinen hier, wenn man die Tarifierung berücksichtigt, weniger die Kostendeckung als vielmehr Einnahmegesichtspunkte im Vordergrund zu stehen.

Die Entwicklung dieser beiden letzten Gebühren verläuft sehr gleichmäßig, da hierbei jeglicher Handel und Verkehr, gleichgültig, ob es sich um lebenswichtige oder Luxusgüter handelt, die Grundlage bildete, war die Möglichkeit zum internen Ausgleich gegeben.

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 731.

Von den gesamten Einnahmen machen Brücken- und Pflastergeld sowie Chausseegeld 8 % aus. Dieser relativ hohe Prozentsatz macht es unwahrscheinlich, daß diese Gebühren nur nach dem Kostendeckungsprinzip festgesetzt waren. Beweisen läßt sich diese Auffassung aus den Umgelter-Rechnungen nicht. Die Aufwendungen für den Bau und Unterhalt von Straßen und Brücken fallen unter die Kompetenz des Bauamts, welches nur saldiert beim Umgelteramt abrechnet.

Erwähnt werden müssen noch drei relativ unbedeutende Gebühren: Das Concessionsgeld, das Dispensationsgeld und das Sperrgeld. In ihrer Höhe naturgemäß schwankend (zwischen 90 und 360 Gulden), beeinflussen auch sie den Stadthaushalt nicht wesentlich. Obgleich es sich bei allen drei Arten um typische Gebühren handelt, so finden wir doch das Sperrgeld ab 1770 "veraccordiert". Es wird erhoben, wenn "nach Läutung der gewöhnlichen Abendglocken" noch ein Tor passiert wird. Als Gebühr ist pro Mann und Pferd jeweils ein Kreuzer vom Rat festgelegt. Die Bezahlung erfolgte zwar je nach Inanspruchnahme, die Torwächter aber lieferten jährlich eine festgelegte Summe ab.

Unter der Überschrift "vor die bürgerlichen Feueraymer" wurde von den "Sponsi", die vor dem Rat um Erlaubnis zur Heirat ansuchten, eine Gebühr eingezogen. Sie betrug für Bürger 1 Gulden und 30 Kreuzer, für Fremde 3 Gulden. Früher mußte bei dieser Gelegenheit jeweils ein oder zwei Feuereimer abgegeben werden. Die Überschrift hat sich erhalten.

Als letzte Einnahmeart, die wir in der Gruppe der Gebühren zusammenfassen, ist schließlich das **B ü r g e r g e l d** zu nennen. Jeder, dem vom Magistrat die Bürgerrechte verliehen wurden, mußte als einmalige Abgabe dieses Bürgergeld entrichten. Es betrug für einen Mann 10 Ducaten, für eine "Weibsperson" 5 und für jedes Kind 1 Ducaten. Dieser Satz wurde nicht geändert. Trotzdem erhöhte sich die Gebühr de facto, da sie nicht in Ducaten, sondern in Gulden eingezogen wurde und der Guldenwert sich laufend verschlechterte.¹⁾

Steuern.

Dazu gehören die Steuern auf den Verbrauch (Umgeld und Accisen), die Verkaufssteuern (Zölle) und die Vermögenssteuer.

1) 10 Ducaten waren:	1750 = 44 Gulden	1792 = 54 Gulden
	1770 = 50 Gulden	1800 = 55 Gulden

Das Umgeld entspricht der heutigen Getränkesteuer.¹⁾ Besteuert wird der Wein - und nach Aufkommen des Brauens auch das Bier - der ausgezapft wird, und zwar werden vom Imy²⁾ 2 Maß abgezogen. Der Einzug erfolgt jedoch in bar zu dem Preis, zu welchem ausgeschenkt wurde. Als Berechnungsgrundlage diente die Aufschreibung des Weinschreibers, der, bevor mit dem Ausschank begonnen wurde, notierte, "wieviel und wie hoch"³⁾ ausgeschenkt werden sollte. Das Weinumgeld wurde eingezogen sowohl von Schildwirtin als auch von Gassenwirtin (Straußwirtin) und vom Wein, der bei Hochzeiten ausgeschenkt wurde. Die Schildwirtin jedoch zahlten das Umgeld pauschal. Während 1750 noch mit jedem einzelnen Wirt ein Accord abgeschlossen wurde, weisen die Umgelter-Rechnungen ab 1770 jeweils einen Accord aus, der für alle Wirtin gemeinsam gilt. 1775 wurde der Accord von 500 Gulden jährlich auf 700 Gulden heraufgesetzt, mit der Zusage des Rats, keine weiteren Schildwirts-Gerechtigkeiten zu verleihen.

Auch den Gassenwirtin wurde Gelegenheit zum Accord gegeben, jedoch machten die meisten davon keinen Gebrauch. Bei der Unsicherheit des Weinabsatzes der Gassenwirtin gegenüber den Schildwirtin ist diese Haltung verständlich.

Offensichtlich war vom Rat die Überwälzung des Umgelds auf die Konsumenten beabsichtigt. Sie geschah nämlich durch eine Verkleinerung des Maßes. So hatte ein Imy statt 10 Maß 12 Schankmaß.⁴⁾

Das Umgeld gehörte zu den bedeutendsten Einnahmequellen der Stadt. Es betrug jeweils rund 8 % der Gesamteinnahmen. Die Höhe des Umgeldes hing ab von den Weinpreisen und der Menge des ausgezapften Weines, die ihrerseits wieder voneinander abhingen. Aus diesem Grunde schwankten die Einnahmen aus dem Umgeld weit weniger als die Weinpreise, die in dem behandelten Zeitraum um ca. 50 % streuten, wohingegen die Umgeldeinnahmen nur um ca. 25 % von dem angenommenen Mittelwert streuten. In der größeren Stabilität wirkt sich aber auch die teilweise Pauschalierung der Abgaben aus.

1) Vgl. Bühren, Reinhold, Eßlingen im 16. und 17. Jahrhundert, Eßlingen 1927, Seite 33, Anmerkung 1).

2) 1 Imy = 10 Maß = 18 3/4 l. Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 74.

3) UAR 1750/51, fol. 68.

4) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 123 ff.

Die Accise war eine für die damalige Zeit relativ junge Abgabe, weshalb sie auch in theoretischer Sicht sehr umstritten war. In Eßlingen 1639 für den Verkauf von Vieh eingeführt, war sie ursprünglich nur als außerordentliche Steuer zur Überbrückung von akuten Finanznöten gedacht; sie wurde auch nach 3 Jahren wieder abgeschafft.¹⁾ Die offensichtlich einfache Art und Weise der Einnahmegewinnung machte jedoch Schule und so finden wir sie 1647 erneut als Vieh-Accise eingeführt. Ab 1664 wurde sie in zunehmendem Maße im Sinne einer allgemeinen Umsatzsteuer ausgebaut²⁾ und wuchs in ihrer Bedeutung bald so stark, daß der Versuch, sie 1666 erneut abzuschaffen, wegen des dadurch entstandenen Einnahmeausfalls schnell rückgängig gemacht wurde.³⁾

In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts erfaßte die Accise die meisten der getätigten Umsätze. Von einer generellen Umsatzsteuer kann man trotzdem nicht sprechen, denn es wird nicht grundsätzlich jeder Umsatz besteuert, sondern nur der Verkauf bzw. Kauf einzeln aufgeführter Güter. Dieser Katalog führt von Immobilien, Zinseinnahmen über Vieh, Fleisch, Wein zu den Umsätzen der Kaufleute und Krämer. Die Bestimmung der Accis-Pflicht ist, wie diese Aufzählung zeigt, nicht einheitlich. Sie bezieht sich im ersten Fall auf das Steuerobjekt (die verschiedenen Güter), im zweiten Fall auf das Steuersubjekt (die Kaufleute bzw. Krämer). Wir finden diesen Unterschied noch vertieft in der Tarifierung dieser Steuer. Die nach dem Objekt genannten Accisen haben verschieden hohe Steuersätze, die sich in der Regel nach dem "erlösenden Gulden" bemessen, seltener nach der verkauften Menge. Eine Ausnahme bilden lediglich die von Schildwirten ausgezapften Weine und das Bier, wo die zu bezahlende Accis im Umgeld-Accord enthalten war. Dagegen besteht mit den Kaufleuten und Krämern seit 1749 ein Accord über jährlich 140 Gulden. Anders waren die Kaufleute trotz Strafen nicht dazu zu bewegen, die Accis zu bezahlen.⁴⁾

Insgesamt war die Accise neben der Vermögenssteuer die bedeutendste Einnahme im Eßlinger Haushalt. Seit 1770, wo sie noch 1/3 aller Einnahmen ausmachte, sanken die Einnahmen aus der Accis auf etwa 1/5 der Gesamteinnahmen ab.

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 731.

2) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 151.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 732.

4) Vgl. Ebenda, Seite 732.

Mit Abstand der größte Posten innerhalb der Accise war die Accise vom verkauften Wein aus der Rechenstuben, d.h. von dem Wein, der an auswärtige Fuhrleute verkauft wurde. Sie machten in der Regel fast die Hälfte der Accis-Einnahmen aus. Daneben ist noch die Fleisch-bezw. Metzger-Accis zu erwähnen, die zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{5}$ der Accis-Einnahmen erbrachte.

Unter Zölle n verstand man in Eßlingen im 18. Jahrhundert nicht eine Abgabe auf den grenzüberschreitenden Warenverkehr, sondern eine Verkaufssteuer.¹⁾ Sie belastet den Verkauf bestimmter Güter, und zwar sowohl zwischen Bürgern als auch wenn die Ware außer Landes geht. So steht zum Einzug des Roßzolls im Umgelter-Buch 1790/91: "Was a l l - h i e r an Pferdten v e r k a u f t wird".²⁾ Unter der Rubrik Vieh- und Schweinezoll wird im selben Buch Zoll verlangt, wenn "entweder hier an einen Bürger oder in das Württemberg" verkauft wird. Wir finden jedoch sowohl beim Vieh als auch beim Roßzoll für Verkäufe nach außerhalb höhere Sätze. Da in Eßlingen selbst kaum Viehzucht betrieben wurde,³⁾ spielte sich der Viehhandel hauptsächlich als Außenhandel ab. Eine weitere Besonderheit weist der Roßzoll auf: 1775 erscheint hierunter eine Accis auf den Verkauf von Pferden, doch nur, wenn sie nach auswärts verkauft wurden. Diese Accis wurde auch nach der Aufhebung des Zolls weiter unter den Zöllen ausgewiesen. Obwohl beim Viehverkauf nicht von städtischer Mitwirkung bei der Vermittlung die Rede ist, wird der Vieh- und Schweinezoll in den Steuerbüchern von 1792/93 und 1800/01 auch Unterkauf genannt. Wir können darin nur ein Zeichen dafür sehen, daß begriffliche Unterscheidungen zu jener Zeit nicht übermäßig streng gehandhabt worden sind. Ein Anhaltspunkt dafür, daß die Zölle nicht als Verbrauchssteuern, sondern als Verkehrssteuer gedacht waren, läßt sich in der Tatsache sehen, daß der Zoll jeweils zur Hälfte vom Käufer und Verkäufer getragen werden mußte. Die Zölle spielen insgesamt gesehen für die Einnahmenseite keine große Rolle. Sie bleiben in der Regel unter 1 % der Gesamteinnahmen. Da die Zolleinnahmen sehr stark vom Handel mit Württemberg abhingen, nimmt es nicht wunder, wenn hier starke Schwankungen auftreten.

1) Vgl. Tautscher, Anton, Staatswirtschaftslehre des Kameralismus, Bern 1947, Seite 102.

2) Sperrung vom Verfasser.

3) Vgl. Haffner, Erwin, Das Eßlinger Kaufhaus, Eßlingen 1927, S. 38.

Unter der Rubrik "von anderen Verwaltungen empfangen" sind insbesondere die Überweisungen des Steuer-Cassier-Amtes von Bedeutung. Hierbei handelt es sich um eine allgemeine V e r m ö g e n s - s t e u e r , die in unregelmäßigen Abständen vom Steuer-Cassier-Amt eingezogen und auch verwaltet wurde. Das bedeutet, daß sie nicht direkt in die Stadtkasse des Umgelter-Amtes floß, sondern in der Kasse des Steuer-Amtes gehalten wurde. Es wurde quasi ein Fonds gebildet. In "calamitösen Zeiten",¹⁾ wenn die Einnahmen des Umgelter-Amtes nicht ausreichten,²⁾ machte das Umgelter-Amt dem Rat Anzeige, worauf dieser dann die Überweisung vom Steuer-Amt an das Umgelter-Amt veranlaßte.

Das Umgelter-Amt konnte also nicht über die Kassenbestände des Steueramtes, d.h. über die Einkünfte aus der Vermögenssteuer, verfügen, es war auf die fallweise Legitimation des Rats angewiesen. Die Einkünfte aus der Vermögenssteuer bildeten somit eine Art Puffer für außergewöhnliche Ausgaben oder einen Ersatz für unterbliebene Einkünfte. Aus diesem Grunde sind aus den Umgelter-Rechnungen nie die gesamten Einkünfte aus der Vermögenssteuer zu ersehen (die zudem aperiodisch eingehen), vielmehr sind nur die Beträge genannt, die transferiert wurden. Eine Rechnungslegung des Steueramtes existiert nicht, lediglich einzelne Steuerzettel, die nachträglich vom Amt nach "Gängen" gebunden wurden, liegen noch vor. Diese wurden vom Steuerschuldner selbst ausgefüllt, soweit es sich um Anzahl und Größe der einzelnen Vermögensteile handelte. Die Bewertung indessen wurde von Steuerbeamten vorgenommen. Dies läßt sich zumindest aus der jeweiligen Schrift und Tinte schließen. Einige Steuerzettel³⁾ weisen in der Überschrift den Zusatz "Beschwohrener Steuer-Zettel" oder "Ayd und Steuer-Zettel" auf, woraus wir wohl mit Recht schließen dürfen, daß zu jener Zeit die Vermögenssteuer noch als Eidsteuer ausgebildet war. Zumindest wurde die Unterschrift des Steuerpflichtigen als eidesstattliche Erklärung aufgefaßt.

1) UAR 1770/71, fol. 123.

2) Vgl. UAR 1775/76, fol. 131.

3) 1775: Nr. 336, 395, 398 u.a.

Der Vermögenssteuer unterlagen zunächst sämtliche Immobilien. Die Häuser waren vom Steuer-Cassier-Amt geschätzt,¹⁾ dabei entsprach der geschätzte Steuerwert wohl kaum dem Kauf- oder Verkaufswert. Z.B. wurde ein Haus, welches im Jahr 1775 auf dem Steuer-Zettel mit 187 1/2 Gulden angegeben war, nachdem 300 Gulden für eine Reparatur ausgegeben worden waren, im Jahr 1780 "nach neuer astimation" mit 225 Gulden bewertet.²⁾ Wenn keine Reparaturen ebengenannter Art auftraten, blieb der Steuerwert eines Hauses stets gleich. Die Grundstücke wurden je nach Bonität klassifiziert. Die Ermittlung der Bonität der Grundstücke erfolgte ebenso wie die Taxierung aller anderen liegenden Güter durch die "Einunger".³⁾ Jeweils 3 Mitglieder des Rats mußten dies Amt für 50 Tage ausüben. Die drei Einunger bildeten die sogenannte Steuer-Deputation, die den steuerlichen Wert der Gebäude und Grundstücke zu schätzen hatte.⁴⁾ Der Magistrat beschloß endgültig über die Ansätze der Steuer-Deputation.⁵⁾ Die Kriterien, nach denen die Werte ermittelt wurden, sind weder in den Steuerzetteln noch in den Rats-Protokollen angeführt. In dreißig Klassen waren die unbebauten Grundstücke eingeteilt. Pro Ruthe⁶⁾ waren bis zu 3 Gulden Steuerwert anzusetzen (siehe Tabelle⁷⁾), der sich dann (1780) für jede schlechtere Klasse um durchschnittlich 6 - 8 Kreuzer verminderte. Auffallend ist, daß man 1794 zwar die einzelnen Grundstücke in eine niedrigere Güteklasse einreicht, diese aber gleichzeitig im Wert erhöhte und somit den Steuerwert für das einzelne Grundstück unverändert ließ. Durch diese Umstellung ergaben sich lediglich in wenigen Ausnahmefällen geringfügige Erhöhungen.

1) Vgl. Steuer-Zettel 2. Gang Nr. 335 und 346.

2) Steuer-Zettel 2. Gang 1780 Nr. 346.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 558.

4) Vgl. Rats-Protokoll vom 19.12.1763; 24.1.1769 und 9.12.1773.

5) Vgl. Rats-Protokoll vom 13. April 1769.

6) 1 Morgen = 150 Ruthen = 2 240 qm.

7) Siehe Seite 53.

Bewertungssätze für unbebaute Grundstücke zur Vermögenssteuer¹⁾

(jeweils für 1 Ruthen in Gulden und Kreuzern)

Gütekategorie	1780	1794
1	3/-	3/-
2	2/46	2/48
3	2/30	2/40
4	2/16	2/32
5	2/8	2/24
6	2/-	2/16
7	1/52	2/-
8	1/46	1/46
9	1/38	1/44
10	1/30	1/40
11	1/24	1/38
12	1/16	1/36
13	1/8	1/30
14	1/-	
15		1/24
16	-/46	
17	-/40	1/16
18	-/30	
20	-/18	1/-
24		1/46
30		-/34

Durch die Klassifizierung nach Güteklassen war es möglich, sämtliche Grundstücke vom Weinberg bis zum Wald- und Wiesengrundstück unter einen Steuertarif zu bringen. Eine Differenzierung ergab sich dann lediglich aus der von den Einwohnern geschätzten Güteklasse.

Bei der Vermögenssteuer handelt es sich jedoch nicht nur um eine Steuer auf das unbewegliche Vermögen, auch das bewegliche Vermögen unterlag der Besteuerung, allerdings nicht mit seinem vollen Wert. Wir beginnen die Aufzählung mit der einzigen Ausnahme und fügen jeweils den zu versteuernden Teil hinzu:

1) aus den Steuerzetteln zum 2. Gang errechnet.

Handwerkswaren	1/1
Kaufmannswaren	2/3
Forderungen zu 5 % verzinsbar	2/3
Forderungen zu 4 % verzinsbar	53 %
Current-Forderungen (unverzinslich)	1/3
"Schlechte" Forderungen	1/6
Bargeld	1/2

Dazu kommen noch Wein und Vieh, für die jeweils ein Freibetrag festgesetzt ist und die sonst mit einem festen Wert bemessen werden. Für Wein werden folgende Werte angesetzt, die im beobachteten Zeitraum nicht verändert wurden:

alter Wein	18 Gulden pro Eimer ¹⁾
neuer Wein	9 Gulden pro Eimer
gemischter Wein	9 Gulden pro Eimer
Most	6 Gulden pro Eimer.

Dabei schwankten die Weinpreise für neuen Wein zwischen 11 und 50 Gulden pro Eimer.

Das Vieh wurde wie folgt bewertet:

ein Pferd	20 Gulden	(2 Pferde frei)
ein Ochs	15 Gulden	(2 Ochsen frei)
eine Kuh	10 Gulden	(2 Kühe frei)
ein Schwein	3 Gulden	(2 Schweine frei)
ein Schaf	1 Gulden	(2 Schafe frei)
ein Kalb	1 Gulden	
ein Lamm	30 Kreuzer	

Während beim Vieh die Freibeträge festgesetzt waren, schwankt beim Wein die freigelassene Menge sehr stark, ohne daß eine Beziehung zum Weinvorrat oder zur gesamten Steuersumme festzustellen ist.

Die Möglichkeit des Schuldenabzugs bestand. Das auf dem unbeweglichen Vermögen lastende Ewiggeld²⁾ ermöglichte pro jährlich zu zahlendem Kreuzer 20 Kreuzer Abzug. Die Passiv-Capitalien konnten im selben Umfang abgesetzt werden wie sie als Forderung bewertet wurden, d.h. also, Schulden, die mit 5 % verzinst werden mußten, konnten zu 2/3 abgezogen werden, 4 %ige Passiv-Capitalien zu 53 % und Current-Schulden zu 1/3.

1) 1 Eimer = 300 l. Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 74.

2) Zum Begriff siehe oben Seite 40.

Jedoch konnten die Schulden (mit Ausnahme des Ewiggelds) nur vom beweglichen Vermögen abgesetzt werden.¹⁾

Das so festgestellte steuerbare Vermögen wurde pro 100 Gulden mit 36 Kreuzern oder mit 0,6 % besteuert.

Zusammen mit dieser allgemeinen Vermögenssteuer wurden eine *B ü r g e r s t e u e r* (Haushaltssteuer) in Höhe von 1 Gulden 48 Kreuzer bzw. für Witwen 54 Kreuzer und das *W a c h t g e l d*, das für jeden männlichen Haushaltsvorstand in der Regel 44 Kreuzer betrug, erhoben.

Auf den gebundenen Steuer-Zetteln wurden alle Veränderungen, die das unbewegliche Vermögen betrafen, eingetragen. Wir finden hier Randnotizen über den Verkauf eines Hauses oder Grundstücks, wert-erhöhende Reparaturen und Vererbungen und am Schluß jedes Steuer-Zettels den Vermögenszugang. So war es möglich, ohne Kataster aus dem alten Steuer-Zettel den neuen zu erstellen bzw. dessen Angaben nachzuprüfen.

b) Beurteilung der Einkünfte:

Aus der Beschreibung der einzelnen Einkünfte ergibt sich ohne weiteres, daß die bisherige Einteilung der Einnahmen nicht beibehalten werden kann, ohne daß man Gebühren, Steuern, Zölle nach unserem heutigen Sprachgebrauch vermischt. Wenn wir im folgenden Teil die Einteilung in Einnahmen aus

städtischem Eigentum
Regalien
Steuern und
zufällige Einnahmen

aus Justi's System²⁾ übernehmen, so stellt dies bereits eine Anlehnung an die Theorie der zu erläuternden Periode dar,³⁾ womit die zeitliche Einheit von Inhalt und Form gegeben ist. Daraus ergibt sich folgende Übersicht:

1) Vgl. Steuerzettel 2. Gang 1780 Nr. 335 und 352.

2) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O.

3) Vgl. von Eheberg, Karl Theodor, Finanzwissenschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band 4, 4. Auflage, Jena 1927, Seite 167 f.

E i n n a h m e n
(in Gulden)

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
Einnahmen aus städt. Eigentum								
Regalien	700	3.541	2.882	3.051	2.930	3.000	3.443	2.963
Steuern, Zölle, Unterkauf, Holz- und Heumeßgeld	935	2.035	2.359	2.305	2.569	2.310	2.337	2.308
Zufällige Einnahmen	8.944	13.473	15.171	14.986	14.543	13.086	9.408	63.355
Sonstige Einnahmen	2.052	1.193	1.518	1.821	2.496	2.659	1.587	1.885
Einnahmen von übergeordneten Körperschaften		212	153	17	37	69	32	177
Vortrag und Einnahmen aus Außenständen	707				772			589
	1.184	416	1.483	606	556	777	1.441	432
Gesamt.	14.522	20.870	23.566	22.786	23.903 ²⁾	21.901 ¹⁾	18.248	71.709

1) Ohne die Schulden der Castenverwaltung und des Forstamts, die zwar unter Einnahmen gebucht, aber wieder unter Abgang ausgebucht wurden.

2) Ohne die Schulden des Hospitals, die über Abgang wieder ausgebucht wurden.

Zusammengesetzt aus den jeweiligen Umgelter-Amts-Rechnungen.

Einigkeit besteht in der finanzwissenschaftlichen Theorie der Kameralisten darüber, daß der staatliche Aufwand soweit wie möglich aus eigenen (im Sinne von privatwirtschaftlichen) Einnahmen zu decken sei.¹⁾ Dies wird jedoch z.T. nur als Postulat aufgestellt, denn schon zu jener Zeit (18. Jahrhundert) war in der finanzwirtschaftlichen Praxis an eine solche Selbstbeschränkung nicht mehr zu denken.²⁾

So betrugen die Einnahmen aus dem Eigentum der Stadt in der Regel rund 13 % der Gesamteinnahmen. Über die Frage, ob Domänen (hier die beiden Stadtmühlen) verpachtet werden sollen, besteht unter den Vertretern der Lehre keine Übereinstimmung. Je nach dem, ob der Einnahmegesichtspunkt oder das Gemeinwohl (via Musterbetrieb) überwiegt, wird die Verpachtung empfohlen oder abgelehnt.³⁾ Da es innerhalb der Stadtwirtschaft außer der beiden Stadtmühlen keiner Mühlen mehr bedurfte, lag es nahe, den Gesichtspunkt der Einnahmegewinnung in den Vordergrund zu stellen, insbesondere als dadurch ein für die Versorgung wichtiger Faktor in den Händen der Stadt blieb.⁴⁾

Regalien sind solche Rechte, die zur Ausübung der obersten Gewalt gehören.⁵⁾ Sie sind Rechte über Güter und Dinge, die zum Privateigentum nicht schicklich sind.⁶⁾ Hier wird von der Theorie der Gemeinnutzen in den Vordergrund gestellt, die Einkünfte seien nur Nebenzweck.⁷⁾ Wieweit diese Forderung erfüllt wurde, läßt sich schwer beurteilen, jedoch wurde in früherer Zeit das Weggeld öfters wegen der knappen Finanzlage Erbsingens erhöht,⁸⁾ was für die Betonung des Einnahmegewinnungs-Grundsatzes spricht, während das Chausseegeld vom Kreis zur Erhaltung der Heeres- und Handelsstraßen eingeführt wurde.⁹⁾

1) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Gesammelte Politische und Finanz-Schriften über wichtige Gegenstände der Staatskunst, der Kriegswissenschaften und des Cameral- und Finanzwesens, Band 1, Kopenhagen und Leipzig 1761, Seite 366, und o.V. über Steuerbewilligung und Besteuerung in Württemberg, Tübingen 1819, Seite 3.

2) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 412, und Tautscher, Anton, Staatswirtschaftslehre, a.a.O., Seite 85.

3) Vgl. Tautscher, Anton, Staatswirtschaftslehre, a.a.O., Seite 64.

4) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S.26.

5) Vgl. Ebenda, Seite 135 f.

6) Vgl. Marchet, Gustav, Studien über die Entwicklung der Verwaltungslehre in Deutschland von der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, München 1885, Seite 397.

7) Vgl. Ebenda, Seite 397.

8) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 730.

9) Vgl. Ebenda, Seite 731.

Dagegen verstößt die Praxis des Salzhandels (von Justi als Regal abgehandelt¹⁾) gegen die von den Kameralisten aufgestellten Regeln, nämlich daß Regalien mit Rücksicht auf den Nahrungsstand nicht verpachtet werden dürfen.²⁾ Man kann jedoch mit Justi³⁾ den Salzhandel auch als Finanzmonopol ansehen, was jedoch für den Kameralisten, der sich in erster Linie der Eigeneinkünfte des Staates bedienen will, erst recht ein Grund zur Ablehnung darstellt.⁴⁾

Umgeld und Accis als Verbrauchssteuern bedürfen keiner weiteren Erläuterung. In ihrer Beurteilung hingegen war sich die Zeit nicht einig.⁵⁾ Eine Darstellung des Accisenstreits würde in jedem Fall den Rahmen der hier gestellten Aufgabe sprengen. Auch wäre es müßig, über Sinn und Zweck der Accise zu streiten, solange sich diese als unumgänglich erweist. Bei annähernd gleicher Größenordnung von Acciseinkommen und den Zuweisungen des Steuer-Cassier-Amtes (Vermögenssteuer) würde ein Wegfall der Accis eine Verdoppelung des Realsteuersatzes bedeuten. Daneben war die Trennung zwischen Accis und Zoll nicht so scharf,⁶⁾ als daß nicht trotz verschiedener Ausgestaltung in Verkehrs- und Verbrauchssteuer bei einem Wegfall der einen Einnahmeart die andere dieselbe Stelle hätte einnehmen können.⁷⁾ Hier ist insbesondere der durch die Accise verkümmerte Kaufhauszoll zu nennen. Der Unterkauf stellt sich seinem Wesen nach als echter Ausfuhrzoll dar. Die erzwungene Makler-Leistung der Stadt ist nebensächlich, bedeutsam dagegen ist, daß jeder Verkäufer, der an einen ausländischen Fuhrmann Wein verkauft, diesen Unterkauf bezahlen muß. Bei der Bedeutung des Weinexports für Eßlingen kann diese Abgabe keineswegs als Maßnahme verstanden werden, "womit die Regierung die ganzen Commerzien dirigiert",⁸⁾ vielmehr handelt es sich hierbei um einen typischen Finanzzoll, der von den Kameralisten abgelehnt wird.⁹⁾

1) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O. S.292 f.

2) Vgl. Ebenda, Seite 143 f.

3) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Schriften ... a.a.O., Band 2, Seite 381.

4) Vgl. Derselbe, System ... a.a.O., Seite 91.

5) Vgl. Tautscher, Anton, Staatswirtschaftslehre, a.a.O., Seite 113.

6) Vgl. Roßzoll.

7) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 154.

8) von Justi, Johann Heinrich Gottlob, zitiert nach Marchet, Gustav, a.a.O., Seite 382.

9) Vgl. Tautscher, Anton, Staatswirtschaftslehre ... a.a.O., S. 102, von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Schriften ... a.a.O.Bd.1,S.500.

Bei den zufälligen Einnahmen darf der Einnahmezweck nicht im geringsten im Vordergrund stehen, selbst als Nebenzweck wird er von Justi¹⁾ abgelehnt. Kriterium ist, daß sich die Regierung "in der Ausübung der obersten Gewalt bezahlen läßt".²⁾ Wir sind hier also dem gegenwärtigen Gebührenbegriff schon sehr nahe. Die Formulierung, daß sich die Regierung nicht "die Ausübung" der obersten Gewalt bezahlen läßt, sondern "in der Ausübung der obersten Gewalt" fordert, läßt diese Einnahmeart von dem Prinzip der Gegenleistung bei den am Individualgedanken orientierten Einkünften³⁾ abrücken.

Andererseits soll sich die Höhe der Taxen nach der Wichtigkeit der Sache und der Größe des Vorteils richten.⁴⁾ Es fällt schwer, bei diesen Einkünften, beispielsweise beim Bürgergeld, das zur Erlangung der Bürgerrechte bezahlt werden mußte (rd. 50 Gulden), den Einnahmepunkt außer Acht zu lassen, insbesondere als sie alle in den ordentlichen Wirtschaftsetat gehören.⁵⁾

Die verschiedenen Autoren jener Zeit - was allein den Umfang der Schriften anlangt, allen voran Johann Heinrich Gottlob von Justi - stellten eine Reihe von Forderungen auf, die sie bei der Erzielung von Einnahmen des Staates verwirklicht sehen wollten. Jedoch kam es trotz der systematisierenden Versuche von Justi's nicht zu einer einheitlichen Lehre von den staatlichen Einnahmen.

Diese Forderungen sollen nun der Praxis des Eßlinger Haushalts gegenübergestellt werden:

Wir erwähnten bereits, daß der Staat seinen Aufwand möglichst aus eigenen Mitteln bestreiten solle, daß jedoch diese Forderung nicht unbedingt aufrechterhalten wurde.⁶⁾ Insofern erscheint der Anteil der eigenen Einnahmen von 12 - 19 % an den Gesamteinnahmen sogar hoch, insbesondere, wenn man bedenkt, daß Eßlingen schon 100 Jahre vor unserem Berichtszeitraum "in die große Reihe der unvermögliichen Orte herabgesunken"⁷⁾ war, denn umfangreichen Grundbesitz der Stadt, wie er Schwäbisch Hall, Rottweil, Ulm oder Nürnberg

1) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ..., a.a.O., S.503.

2) Ebenda, Seite 503.

3) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 72.

4) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 507.

5) Vgl. Ebenda, Seite 505.

6) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 412, und Terhalle, Fritz, Finanzwirtschaft ..., a.a.O. Seite 94.

7) Borst, Otto, Die Stadt und das Kreisgebiet im Gang der Geschichte, in: Der Kreis Eßlingen, herausgegeben von K. Theiss u.H.Baumhauer, Aalen und Stuttgart 1965, Seite 174.

zur Verfügung stand, gab es als Grundlage für eigene Einkünfte nicht.¹⁾

In den Vordergrund ihrer Abhandlungen über die Einnahmen des Staates stellen die meisten Autoren die Forderung nach *g e r e c h t e r G l e i c h h e i t*²⁾ und in konsequenter Fortführung der Vertragstheorie, die zu jener Zeit den Staat in seinem Wesen erklärte,³⁾ wurde die Gleichheit der Abgaben "der Unterthanen" in Proportion zum Vermögen gesehen.⁴⁾ (Äquivalenztheorie)³⁾

Wir finden die genannten Vertreter auch folgerichtig in der Regel in einer Gegnerschaft zur Accise, vor allem Justi. Wenn jedoch beispielsweise Lith neben der Befürwortung des Vermögens als Maßstab der Abgaben noch die Einführung der Accis unterstützt,⁵⁾ so geschieht dies, weil er glaubt, damit die Verschwendung steuern zu können. Hier ist offensichtlich ein Nebenzweck der Abgabenerhebung bestimmend für die Beurteilung. Wir werden auf diesen Punkt noch zurückkommen müssen. Die Frage, wie denn das Postulat von der gerechten Gleichheit zu verstehen sei, mündet direkt ein in den sogenannten Accisenstreit. Ungeachtet der Tatsache, daß die Behandlung dieser allgemeinen theoretischen Frage nicht Gegenstand dieser Arbeit sein kann, sehen wir zwei Gründe, die uns erlauben, am Accisenstreit vorbeizugehen. Zum ersten war dieser Streit Mitte des 18. Jahrhunderts im wesentlichen ausgestanden, dank Justi's Arbeiten.⁶⁾ Der scharfe Gegensatz von Contribution und Universal-Accis wurde dadurch gemildert, daß die sogenannte Partikular-Accis in den Vordergrund gestellt wurde, die

-
- 1) Vgl. Borst, Otto, Die Stadt und das Kreisgebiet im Gang der Geschichte, in: Der Kreis Eßlingen, herausgegeben von K. Theiss und H. Baumhauer, Aalen und Stuttgart 1965, Seite 180.
 - 2) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Ausführliche Abhandlung von denen Steuern und Abgaben, Königsberg und Leipzig 1762, S. 26, Eulner, Johann Daniel, Praktische Vorschläge welcher gestalt Steuer und Contribution einzurichten seyn, 2. Auflage, Marburg 1741, Seite 3, Lith, Johann Wilhelm, Neue vollständig erwiesene Abhandlung von denen Steuern und deren vorteilhafter Einrichtung, Ulm 1766, S. 17, Marchet, Gustav, a.a.O., Seite 98.
 - 3) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft ... a.a.O., Seite 105.
 - 4) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Abhandlungen ... a.a.O. S. 22/23 von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 408, Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 17.
 - 5) Vgl. Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 30 ff.
 - 6) Vgl. Schmölders, Günther, Allgemeine Steuerlehre, 3. Auflage, Berlin 1959, Seite 28.

insbesondere den Luxus besteuern sollte.¹⁾ Insofern, als mit einer Luxusbesteuerung vor allem die Vermögenden getroffen wurden, konnte auch die Einführung der Partikular-Accis vertreten werden, ohne daß man die Forderung nach gerechter Gleichheit der Besteuerung in Proportion zum Vermögen aufgab.

Die Accis wird dann auch in dieser Form von Justi, zwar nicht verherrlicht, aber doch akzeptiert,²⁾ indem er Regeln für deren Einrichtung aufstellt.³⁾

Dieses teilweise Nachgeben gegenüber der Accis, das wir übrigens nicht nur bei Justi finden,⁴⁾ erscheint wie ein Nachgeben der Theorie gegenüber der Praxis. Die Accis erwies sich eben doch als die Goldgrube für die Landesfürsten, als welche sie von Tenzel⁵⁾ angepriesen wurde. Bei der Abhängigkeit der damaligen finanzwissenschaftlichen Autoren von ihren Landesherren⁶⁾ konnten diese die wissenschaftliche Fundierung ihrer Zwecke erwarten. Die seitenlangen Würdigungen an den Landesherren in fast allen hier zitierten Veröffentlichungen zeigen, daß eine "reine Theorie" der Kameralisten kaum vorlag.

Zum zweiten wurde die Accis vor allem für die Städte empfohlen. Während Klock sie bei höherer Bevölkerungsdichte empfiehlt,⁷⁾ wollte Lith sie ausdrücklich auf große Städte beschränken.⁸⁾

Für Eßlingen war die Accis für die Einnahmen-Seite des Haushalts von maßgebender Bedeutung. Zwar halten sie Accis und Vermögenssteuer mit durchschnittlich rund 1/4 der Einnahmen die Waage, doch wird bei Einbeziehung des Umgelds und der Zölle⁹⁾ der Anteil der Verbrauchsbesteuerung insgesamt um rund 10 % erhöht,

1) Vgl. Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 34.

2) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 451.

3) Vgl. Ebenda, Seite 456 f.

4) Vgl. Mann, Fritz Karl, Steuerpolitische Ideale, Jena 1937, S. 65. (Kaspar Klock)

5) Vgl. Christianus Theutophilus, Entdeckte Goldgrube in der Accis, Zerbst 1685.

6) Vgl. Marchet, Gustav, a.a.O., Seite 300.

7) Vgl. Klockus, Caspar, Tractatus de aerario emendatio et auctior redditus a Christophoro Pellero, Norumbergae 1641, l. II Caput LIII, § 37.

8) Vgl. Mann, Fritz Karl, a.a.O., Seite 71.

9) Die ja z.T. als Accis verstanden werden (siehe oben).

Die Verbrauchsbesteuerung in Eßlingen beruht im wesentlichen auf zwei Quellen: Dem Weinverbrauch und dem Fleischkonsum. Bei der Besteuerung des Weinkonsums gibt es eines zu beachten, die in der Höhe zwischen 2.000 und 3.000 Gulden schwankende Accis vom verkauften Wein aus der Rechenstuben, welche den größten Betrag der Accisen ausmacht, wird nur von dem Wein erhoben, der nach auswärts verkauft wird. Ebenso wie beim Unterkauf haben wir es hier, da nur der Verkauf nach außen besteuert wird, eher mit einem Ausfuhrzoll zu tun. Die Tatsache, daß der Wein in Eßlingen so reichlich vorhanden war, daß der Verbrauch in der Stadt keines Schutzes bedurfte, sowie die Höhe der hieraus fließenden Einnahmen, läßt den Schluß zu, daß dieser Ausfuhrzoll als reiner Finanzzoll gedacht war. Dagegen erfaßte das Umgeld ausschließlich den einheimischen Verbrauch und wurde auch auf dem Wege über eine Maßverkleinerung auf den Verbraucher weitergewälzt. Abgesehen davon, daß die Schildwirte pauschal das Umgeld bezahlten, betrug der Satz bei zwei Maß vom Imy 16 $\frac{2}{3}$ %.

Der Fleischkonsum wurde insgesamt dreifach besteuert, einmal wurde ein Verkaufs- oder Marktzoll erhoben und zudem eine zweifache Accis, nämlich eine vom geschlachteten Vieh und eine vom verkauften Vieh. Von Bedeutung war lediglich die "Accis von denen Metzgern" (vom geschlachteten Vieh), deren Aufkommen zwischen rund 1.000 und 1.500 Gulden lag.

Die Höhe der Abgabe bestimmte sich nach der Anzahl und Art der geschlachteten Tiere. So Betrug der Satz für einen Ochsen 2 Gulden und 15 Kreuzer, für eine Kuh 1 Gulden und für ein Schwein durchschnittlich 22 Kreuzer. Unter Einbeziehung der Accis vom verkauften Vieh (ab 1770 = 0,8 %) ergibt sich ohne Verkaufszölle folgende Steuerbelastung:¹⁾ Ochsenfleisch rd. 16 %, Rind- und Schweinefleisch rd. 12 %. Diese doppelte Accis auf den Fleischkonsum sowie deren Höhe steht nicht in Einklang zur damaligen Theorie, die gar keine oder zumindest nur geringe Besteuerung der Lebensmittel fordert.²⁾ Die besondere Belastung von Fleisch und Wein scheint sich schon früher bewährt zu haben.

1) Als Wert für die Tiere wurde der für die Vermögenssteuer angesetzte Wert genommen (siehe oben Seite 54).

2) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System a.a.O., Seite 454 und 463 und Leib, Johann Georg, Probe, wie ein Regent Land und Leute verbessern, des Landes Gewerbe und Nahrung heben und seine Gefälle und Einkommen sonder Ruin deren Unterthanen vermehren könne, Leipzig und Frankfurt 1705, Seite 3.

So berichtet Blaich¹⁾ von einer ersten Zwangsanleihe, zu der Metzger und diejenigen Bürger, die Wein verkauften, herangezogen wurden. Der Höhe nach erscheint die Accis von verkauften Gütern und Schulden mit rd. 300 Gulden jährlich schon von geringerer Bedeutung, sie ist zudem eine reine Verkehrssteuer und ist unter dem Begriff der Accis dann falsch ausgewiesen, wenn man unter Accis eine Verbrauchssteuer versteht.

Durch die Erhebung einer Accis von den Kaufleuten und Krämern dagegen wird zunächst der Eindruck erweckt, als werde der gesamte Verbrauch besteuert. Die Tatsache jedoch, daß diese Accis von Anfang an veraccorziert ist, läßt eine Behandlung als Verbrauchssteuer nicht mehr zu.²⁾ Vielmehr ähnelt die Ausgestaltung dieser Accis der von Justi vorgeschlagenen Gewerbesteuer,³⁾ wo für jede Branche ein fester Betrag pro Jahr angesetzt wird. Entscheidend für die im Grundwidersinnige Einreihung der pauschalen Abgabe der Krämer und Kaufleute in die Verbrauchssteuer, die vom Umgelter-Amt vorgenommen wurde, war wohl der Wille des Rats, auch hier den Verbrauch zu besteuern, doch konnte er sich gegenüber den Kaufleuten offensichtlich nicht durchsetzen, was dann zur Einrichtung einer Pauschalabgabe führte.⁴⁾

Mit Ausnahme der Wein- und Fleischbesteuerung sowie der Accis-Accorde betragen die Accis-Sätze zwischen 1/2 und 2 Kreuzer vom Gulden, das sind 0,8 bis 3,3 % (nur auf Branntwein 5 %). Dem Aufkommen nach waren die übrigen Accisen und Umgelder einschließlich eines Teils der Meßgelder bedeutungslos. Keine von ihnen überschritt 50 Gulden im Jahr.

Eine Besteuerung von Getreide und Brot ist aus den Steuerbüchern nicht ersichtlich, es sei denn, man stellt mit Fettel⁵⁾ den Einnahmegesichtspunkt in den Vordergrund und konstruiert aus dem Kornmeßgeld, das wohl auch dem Schutz des Verbrauchers diene, eine Verbrauchssteuer. Daß bei der Verpachtung des Meßgelds im Jahre 1774 der Einnahmegesichtspunkt eine Rolle spielte, ist unbestritten, ob damit jedoch der Verbrauch von Brotgetreide besteuert werden sollte, ist nicht einwandfrei

1) Vgl. Blaich, Erich, Finanzgeschichte der Freien Reichsstadt Eßlingen im 30jährigen Krieg, Stuttgart 1934, Seite 94.

2) Vgl. Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 109.
von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., Seite 459.

3) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Schriften ... a.a.O., Bd.1, S.

4) Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 732.

5) Vgl. Fettel, Johannes, a.a.O., Seite 732.

zu klären. Ebenso ist nicht mehr festzustellen, ob man diesen Besteuerungszweck über eine als Marktzoll eingerichtete Umsatzsteuer¹⁾ verfolgte, da diese mit dem Weggeld eingezogen wurde,²⁾ ein altes Regal der Stadt, das an Württemberg abgetreten war³⁾ und in den Steuerbüchern nicht mehr aufgeführt ist.

Die Ausprägung verschiedener "Meßgelder" als Verbrauchssteuern erweckt zunächst den Anschein, als ob in Eßlingen der Konsum lückenlos besteuert worden wäre. Im wesentlichen beschränkt sich jedoch das Verbrauchsteueraufkommen auf Einkünfte aus Wein- und Fleischkonsum, während es sich bei den übrigen Accisen entweder um Verkehrssteuern (verkaufte Güter und Schulden) oder um eine Art Gewerbesteuer (von den Krämern und Kaufleuten) oder sowohl nach Steuersatz (0,6 %) als auch nach dem Aufkommen um Bagatellsteuern handelt.

Das Prädikat gleich und gerecht kann somit bezüglich der Verbrauchsbesteuerung Eßlingen nicht verliehen werden. Dabei wird keineswegs außer Acht gelassen, daß in den Städten grundsätzlich die Bevölkerungszahl zu niedrig ist, als daß eine bloße Luxusbesteuerung ausreichen könnte.⁴⁾ Eine Besteuerung des Lebensmittelverbrauchs ist somit unumgänglich, jedoch scheint in Eßlingen der Schwerpunkt zu sehr auf den Lebensmitteln gelegen zu haben.

Ebenso entspricht die Ausgestaltung der Vermögenssteuer Eßlingens in ihrer allgemeinen Form nicht der Vorstellung der damaligen Lehre.⁵⁾ Vertreten wird danach nur eine Steuer auf das unbewegliche Vermögen, während bares Geld, Forderungen etc. freibleiben sollen.⁶⁾

Die gleichmäßige und gerechte Belastung der "Unterthanen" durch diese Steuer gilt durch die direkte Proportion zum Vermögen offenbar als gegeben.⁷⁾ Bei den Autoren jener Zeit ist die Forderung nach progressiven Steuersätzen nicht zu finden.⁸⁾ Auch dies ist eine Konsequenz der aus dem damaligen Staatsverständnis resultierenden Äquivalenztheorie.

1) Vgl. Fettel, Johannes, a.a.O., Seite 39.

2) Vgl. Ebenda, Seite 10.

3) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 729.

4) Vgl. o.V., Grundsätze ... a.a.O., Seite 61.

5) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System a.a.O., Seite 494. Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 197.

6) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 501 und Eulner, Johann Daniel, a.a.O., Seite 64.

7) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Abhandlungen ... a.a.O.,

8) Mit Ausnahme einer Andeutung bei Justi
(System ... a.a.O., Seite 442). S.50.

Wenn nun Eßlingen dieses Postulat der Besteuerung nicht verwirklichte, so müssen wir in erster Linie wiederum das Argument heranziehen, daß es der Stadt ohne Besteuerung des mobilen Vermögens an genügend Einnahmen gemangelt hätte. Die nachfolgende Tabelle zeigt anhand von Stichproben aus dem 2. Gang der Stadt, wie hoch der Anteil des beweglichen Vermögens am gesamten steuerbaren Vermögen war (nach Abzug von Schulden). Trotz wechselnder Nummer des Steuerzettels handelt es sich jeweils für die drei genannten Jahre um denselben Haushalt.

Vermögensstruktur

	1775		1780		1790
Nr. des Steuerzettels	Anteil des beweglichen Vermögens nach Schuldenabzug am Gesamtverm. in %	Nr. des Steuerzettels	Anteil des beweglichen Vermögens nach Schuldenabzug am Gesamtverm. in %	Nr. des Steuerzettels	Anteil des beweglichen Vermögens nach Schuldenabzug am Gesamtverm. in %
304	0	300	0	308	0
305	74	301	74	309	80
306	42	302	64	310	68
307	91	303	90	311	90
313	63	310	69	317	40
322	73	319	68	329	16
325	0	322	0	334	0
326	79	323	81	335	81
-	-	363	5	371	0
368	33	370	43	377	4
393	53	401	64	411	74
394	5	402	1	412	31
409	43	418	16	433	13
415	0	424	9	438	14
Ø	48	Ø	55	Ø	43

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit der Vermögenssteuer der Stadt Ulm.¹⁾ Auch dort fällt sowohl unbewegliches als auch bewegliches Vermögen unter die Steuer, jedoch wird das bewegliche Vermögen zu seinem vollen Wert angesetzt. Zudem ist der Steuersatz für mobiles Vermögen mit 0,5 % doppelt so hoch wie der Satz für Immobilien. Dagegen ist in Eßlingen durch die Herabsetzung des steuerlichen Werts das bewegliche Vermögen weniger stark besteuert als das unbewegliche.²⁾

Der kameralistischen Theorie zufolge entspricht also die Eßlinger Vermögenssteuer nicht den Gleichheitsgrundsätzen, insbesondere weil durch die Vermögenssteuer auf "Activ-Capitalien" eine Doppelbesteuerung des Kapitalisten gegeben sei.³⁾ Dieses zuletzt angeführte Argument scheint aufschlußreich. Die Ablehnung der Besteuerung als ordentliche Einnahmequelle,⁴⁾ aber vor allem der Accisenstreit brachten mit sich, daß bei der wissenschaftlichen Behandlung der Steuern in der Regel eine einzige Steuerart die empirische Grundlage bildete. Dagegen spricht die spätere Theorie, gerade wenn es sich um Postulate wie Gerechtigkeit und Gleichheit handelt, vom Steuersystem,⁵⁾ also von der Besteuerung durch sämtliche Steuerarten.

Betrachten wir also Vermögens- und Verbrauchs-Besteuerung zusammen, so finden wir - gerade durch die Doppelbesteuerung der Vermögenden - unausgesprochen aber deutlich eine Abwendung von der "einseitig individualistischen Einstellung"⁶⁾ der Äquivalenztheorie.

1) Vgl. Des heiligen Reiches Stadt Ulm erläuterte Steuer-Ordnung de Anno 1709 (F.O. Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt, R. fol. Kaps 417).

2) Vgl. oben Seite 54.

3) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 501.

4) Vgl. Mann, Fritz Karl, a.a.O., Seite 39.

5) Vgl. Gerloff, Wilhelm, Die öffentliche Finanzwirtschaft, Frankfurt 1942, Seite 472 ff; Terhalle, Fritz, Finanzwirtschaft ... a.a.O., Seite 417 ff. und 205.

6) Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft ... a.a.O.. Seite 105.

Als weiterer Grundsatz der Besteuerung wird angeführt, daß die Abgaben einen sicheren und unbetrüglischen Grund haben müßten.¹⁾ Dieser Begriff schillert etwas. Wenn Sonnenfels²⁾ von Gewisheit in Ansehung der Zeit spricht, so ist damit dasselbe gemeint, wie wenn anonym³⁾ Stetigkeit im Steueraufkommen gefordert wird. Ein Grundsatz, der gleichfalls wiederkehrt, wenn verlangt wird, Steuern dürften nur vom Nutzen einer Sache, nie von der Substanz gefordert werden.⁴⁾

Was die städtische Vermögenssteuer anlangt, so ist sie hinsichtlich der Grundlage bestimmt als sicher anzusehen, insbesondere soweit sie das liegende Vermögen besteuert. Der relativ niedere Satz von 0,6 %, der zudem nicht jährlich eingezogen wird, sondern durchschnittlich alle 3 Jahre, was zu einem jährlichen Steuersatz von 0,2 % führt, bietet wohl Gewähr dafür, daß durch die ordentliche Vermögenssteuer die Substanz nicht angegriffen wird und die Ergiebigkeit dieser Quelle erhalten bleibt.

Auch Accis und Umgeld erweisen sich sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch der Höhe nach als sichere Einnahmen. Dies ist vor allem in ihrer Konstruktion als Verbrauchssteuern begründet, die lebensnotwendige Güter besteuern. Fleisch, und vor allem Wein, sind zu jener Zeit keineswegs Luxusgüter gewesen. Wir erfahren, daß Wein seit jeher Volksgetränk war.⁵⁾ Dadurch erhielt der Konsum eine gewisse Stetigkeit. Ferner sind die Verbrauchsabgaben auf den Wein abhängig gemacht von dessen Preis. Dieser wiederum ist abhängig von der gelesenen Menge. Damit ist, was die jeweilige Höhe der Abgaben betrifft, ein ausgleichendes Moment vorhanden. Wir finden zwischen 1750 und 1800 Schwankungen in den Weinpreisen von mehreren hundert Prozent,⁶⁾ während sich die auf dem Weinkonsum oder Weinhandel beruhenden Abgaben zwischen 25 und 35 % der Gesamteinnahmen bewegen.

1) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Abhandlung ... a.a.O., S. 41.

2) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 416.

3) Vgl. o.V., Besteuerung ... a.a.O., Seite 11 f.

4) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 20; von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 480; Eulner, Johann Daniel, a.a.O., Seite 64.

5) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 121.

6) Vgl. Salzmann, Erwin, a.a.O., Seite 96.

Die Einnahmen aus städtischem Eigentum erweisen sich zwar innerhalb der betrachteten 50 Jahre als relativ konstant (rd. 3.000-3.400 Gulden), doch folgt diese Stetigkeit nicht zwingend aus dem Wesen dieser Abgaben. Da es sich um Miet- und Pachteinahmen handelt, die z.T. alle 3 Jahre neu abgeschlossen wurden,¹⁾ können sich diese Einkünfte ihrer Höhe nach auch relativ kurzfristig verändern.

Der geforderte unbetrüglche Grund der Abgaben leitet über zu dem Komplex von Postulaten, der sich im besonderen mit dem Einzug der Abgaben befaßt. So wird insbesondere Wert gelegt auf *b e q u e m e , l e i c h t e* und damit *b i l l i g e E r h e b u n g*.²⁾ Zweifellos die billigste Erhebung ist die über den Eid,³⁾ d.h. der Steuerzahler gibt selbst die Steuergrundlage an. Eulner will den Eid sogar beim Einzug der Accis angewandt wissen, dagegen wendet von Justi ein, daß die Besteuerung auf dieser Basis viele Meineide nach sich ziehe,⁴⁾ weswegen er den Eid nur für die Besteuerung unbeweglicher Güter vorschlägt, da diese sich nicht verbergen ließen.

Wenn für Eßlingen trotzdem der Eid bzw. die Selbstdекларierung für die allgemeine Vermögenssteuer (also einschließlich des beweglichen Vermögens) als billigste und gleichzeitig unbetrüglche Erhebungsart angesehen werden muß, so im wesentlichen aus zwei Gründen: Zum einen ist der Satz von 0,6 % relativ niedrig, zum andern läßt sich in einer Stadt von 5000 bis 6000 Einwohnern das bewegliche Vermögen auf die Dauer kaum besser verbergen als das unbewegliche. Hinzu kommt, daß die Möglichkeit des Schuldenabzugs eine Kontrolle der Forderungen zuläßt.

Was die Accise anlangt, so ist es verständlich, daß bei den mehr oder weniger scharfen Gegnern dieser neuen Besteuerungsform das Argument, diese sei im Einzug unverhältnismäßig teuer, nicht fehlt.⁵⁾

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 587.

2) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Abhandlung ... a.a.O., S.42; von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 480; Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 22 f.

3) Vgl. Eulner, Johann Daniel, a.a.O., Seite 172 ff.

4) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System a.a.O., S. 494.

5) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Schriften ... a.a.O., Band 1, Seite 379; o.V. Besteuerung ... a.a.O., Seite 11 f. Selbst von Sonnenfels als Befürworter der Accis führt diesen Nachteil an, vgl. a.a.O., Seite 515 f.

Doch auch hier muß Eßlingen als Ausnahme angesprochen werden. Die Accis ist, wie oben gezeigt wurde, im wesentlichen auf Wein und Vieh bzw. Fleisch beschränkt. Die Kontrolle des diesbezüglichen Handels erfolgt beim Wein, so er nach auswärts verkauft wird, in der Rechenstube durch die Unterkäufer¹⁾ und beim innerstädtischen Weinhandel durch die Weinzieher und Karrenspanner.¹⁾ Diese beiden Kontrollen bereiteten nicht nur keine Kosten, sondern führten darüber hinaus zu beträchtlichen Einnahmen.

Auch der Viehhandel war relativ leicht zu kontrollieren, da in Eßlingen selbst keine Viehzucht möglich war und somit alles Vieh eingeführt werden mußte. An den Stadttoren bereitete die Kontrolle keine Schwierigkeiten. Die Accis der Kaufleute und Krämer, deren Zahlung ohne Eingriff in die Geschäfte kaum zu prüfen gewesen wäre, war veraccorrdiert. Soweit man die ausgewiesenen Steuereinzugskosten betrachtet, entsteht nicht der Eindruck, als sei der Einzug in Eßlingen übermäßig teuer gewesen. Zu berücksichtigen ist aber, daß erstens die Besoldungen nicht erfaßt sind, zweitens viele Einkünfte netto abgerechnet wurden und eine nicht genau überschaubare Menge Sachleistungen für den Steuereinzug anfiel.

Die Forderung, die Abgaben sollen z u r e i c h e n d aber m ä ß i g sein, wird von Sonnenfels²⁾ und Lith³⁾ ausdrücklich erhoben. Da jedoch hierbei ein enger Zusammenhang zur Ausgabenseite des Haushalts besteht, muß die Prüfung dieser Frage noch zurückgestellt werden.⁴⁾

Einer der bedeutendsten Grundsätze der kameralistischen Lehre war die Hervorhebung der Wirtschaftspolitik in der Finanzpolitik.⁵⁾ Erklärtes Ziel dieser Wirtschaftspolitik war die Wohlfahrt des Volkes,⁶⁾ die insbesondere durch eine "direction der Commerciën"

1) Vgl. oben Seite 44.

2) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 406 f.

3) Vgl. Lith, Johann Wilhelm, a.a.O., Seite 11 ff.

4) Vgl. unten Seite 89.

5) Vgl. Becher, Johann Joachim, zitiert nach Marchet, Gustav, a.a.O., Seite 98, und Tautscher, Anton, Artikel: Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, herausgegeben von W. Gerloff und F. Neumark, Band 1, 2. Auflage, Tübingen 1950, Seite 412.

6) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, Schriften ... a.a.O., S. 20.

7) Vgl. Derselbe, System ... a.a.O., Seite 456.

in Richtung auf eine Bevorzugung des Nahrungsstandes gefördert werden sollte.¹⁾

Für Eßlingen war diese Möglichkeit, über die Beeinflussung des Handels Wirtschaftspolitik zu treiben, nahezu unmöglich. Eßlingen war, insbesondere was Lebensmittel (Korn und Fleisch) anlangt, vollkommen von Lieferungen aus Württemberg abhängig.²⁾ Eine Zollpolitik beispielsweise, die sich nach merkantilistischen Grundsätzen nur zu Gunsten des Eßlinger Gewerbes und zu Ungunsten des württembergischen Gewerbes und Handels auswirken konnte, wäre von württembergischer Seite prompt mit Frucht- und Viehsperren beantwortet worden, was ja auch tatsächlich mehr als einmal geschah (1765/64, 1770/71 und 1790).³⁾ Der Konkurrenzkampf auf wirtschaftspolitischem Gebiet zwischen Eßlingen bzw. den schwäbischen Reichsstädten und Württemberg war bereits im 17. Jahrhundert zu Gunsten Württembergs entschieden.⁴⁾

In der Umgelter-Rechnung des Jahres 1800/01 unter der Rubrik Accis vom verkauften neuen Wein im Herbst ist die Bemerkung zu finden, daß im Jahre 1790 "zur Begünstigung des Commercii" die Doppelung der Wein-Accis beim Verkauf an Nichtbürger nachgelassen wurde. Dabei wurde lediglich die Erhöhung dieses Accis-Satzes vom 10. Okt. 1775 zurückgenommen, ohne daß etwa aus einem Rückgang des Wein-Accis-Aufkommens in den nachfolgenden Jahren auf Schwierigkeiten bezüglich des Weinhandels geschlossen werden kann. Im Gegenteil, die Accis vom verkauften neuen Wein im Herbst erreichte im Jahre 1780 mit 860 Gulden den Höchststand unseres Betrachtungszeitraums. Offenbar kam es bei diesem Nachlass weniger auf eine notwendige Förderung des Weinhandels an; es war vielmehr ein Nachgeben gegenüber den Bürgern, die sich weigerten, den neuen Accis zu bezahlen, denn selbst nach der Wiederherstellung des alten Tarifs weigerten sich die Bürger, auch nur den einfachen Accis zu entrichten.⁵⁾

1) Vgl. Leib, Johann Georg, a.a.O., Seite 6.

2) Vgl. Fettel, Johannes, a.a.O., Seite 105.

3) Vgl. Ebenda, Seite 63 und 187.

4) Vgl. Söll, Wilhelm, Die staatliche Wirtschaftspolitik in Württemberg im 17. und 18. Jahrhundert, Tübinger Dissertation 1934, Seite 2.

5) Vgl. UAR 1792/93, fol. 53.

Die Abhängigkeit Eßlingens in wirtschaftlicher Hinsicht von Zulieferungen, die alle irgendwann durch württembergisches Gebiet gehen mußten,¹⁾ machte die Reichsstadt auch wirtschaftspolitisch von Württemberg abhängig. So war Eßlingen im Grunde schon seit der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts gezwungen, auf eine eigene Wirtschaftspolitik zu verzichten und sich der Württembergs anzuschließen.²⁾

Was die Förderung der Wohlfahrt betrifft, so kann im Falle Eßlingens nur die Abgabefreiheit des Hauptnahrungsmittels Getreide bzw. Brot angeführt werden,³⁾ während Fleisch und Wein, wie gezeigt wurde, den Hauptteil der Verbrauchsabgaben trugen.

Vergleicht man die Forderungen bzw. die Grundsätze der Besteuerung der kameralistischen Lehre mit denen der gegenwärtigen Theorie, so vermißt man im wesentlichen zwei Punkte: Erstens den Grundsatz der Elastizität und zweitens den Grundsatz der Vielfältigkeit.⁴⁾ Das Fehlen dieser Forderungen an die Abgabengestaltung hängt wohl auch damit zusammen, daß zu jener Zeit zwar nicht mehr ausdrücklich dem Einsteuer-Prinzip gehuldigt wurde, aber das Denken in ganzen Steuersystemen noch nicht zu finden ist.⁵⁾ Sonnenfels lehnt die Mannigfaltigkeit der Abgaben ausdrücklich als zu teuer in der Erhebung ab.⁶⁾

Zwar zeigt die Einnahmenseite der Eßlinger Umgelter-Rechnung ein recht vielfältiges Bild, jedoch sieht man bereits am Beispiel der Accise, daß diese zunächst als General-Accise (also vielfältig) ausgebildet erscheint, praktisch sich aber auf Wein und Fleisch beschränkt. Ähnlich steht es mit der Vielfalt der gesamten Einnahmen. Rund 1/3 aller Einnahmen sind in irgend einer Form vom Weinhandel abhängig.

1) Vgl. Söll, Wilhelm, a.a.O., Seite 12.

2) Vgl. Fettel, Johannes, a.a.O., Seite 185.

3) Mit Ausnahme von Weggeld und Standgeld, die jedoch wegen des festgesetzten Brotpreises nicht weiter abgewälzt werden konnten.

4) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft, a.a.O., Seite 75; Gerloff, Wilhelm, Finanzwirtschaft, a.a.O., Seite 228; Terhalle, Fritz, Finanzwirtschaft, a.a.O., Seite 161.

5) Vgl. oben Seite 66.

6) Vgl. von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 479.

Dabei sind die Einkünfte der Vermögenssteuer aus dem Besitz von Weinbergen und Weinvorräten noch nicht gerechnet. Rund ein weiteres Viertel der Einnahmen stammt aus der allgemeinen Vermögenssteuer. Somit muß sich eine etwa vorhandene Einnahmen-Mannigfaltigkeit auf zufällige Einkünfte, Einnahmen aus städtischem Eigentum und Regalien beschränken, die zusammen lediglich ein rundes Drittel der Einnahmen aufbringen.

Die Elastizität der Einnahmenseite war in Eßlingen zweifellos gegeben. Zwar nicht durch eine besondere Ausgestaltung der Abgaben, sondern vielmehr in deren Verwaltung. Dadurch, daß aus den Einkünften der Vermögenssteuer ein Fonds gebildet wurde, der nur nach Genehmigung des Rats in Anspruch genommen werden durfte, entstand ein Puffer, der stets dann von Nutzen war, wenn außergewöhnliche Ausgaben anfielen, oder wenn Einnahmen ganz oder nur sehr schwach ausfielen.¹⁾

Zusammenfassend betrachtet findet man recht oft keine Übereinstimmung der Eßlinger Praxis und der damaligen Theorie der Einnahmen. Dazu kann eines jedoch nicht oft genug wiederholt werden; die Lehren des Kameralismus kommen aus den Fürstenstaaten.²⁾ Insofern war die Finanzwirtschaft von der Privatwirtschaft des Fürsten nicht zu trennen. Da die Eigeneinkünfte (Domänen) in den Mittelpunkt dieser "privaten Finanzwirtschaft" gestellt wurden,³⁾ konnte der Einnahmengesichtspunkt der Abgaben zurücktreten und in erster Linie wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Platz machen.

Der Charakter der Städte dagegen war z.T. dadurch bestimmt, daß der private Haushalt eines Fürsten fehlte. Somit waren sie auf der Einnahmenseite des Haushalts auf die Abgaben der Bürger angewiesen. Es ist aufschlußreich, daß bei Abweichungen von den Postulaten der Kameralisten im wesentlichen der Einnahmengesichtspunkt an Bedeutung gewinnt bzw. dieses Abweichen sogar zwingend fordert. Beispiele dafür zeigen die vorhergehenden Seiten.

1) Vgl. UAR jeweils unter der Rubrik von anderen Verwaltungen empfangen: Löbl. Steuer-Cassier-Amt.

2) Vgl. Mann, Fritz Karl, a.a.O., Seite 46.

3) Vgl. oben Seite 57.

2. Die städtischen Ausgaben

Die Ausgaben waren längst nicht in demselben Maße Gegenstand theoretischer Betrachtungen, wie wir dies bei den Einnahmen feststellen konnten. Sonnenfels will in seinen finanzwissenschaftlichen Arbeiten auch nur zeigen, "auf welche Weise die Staatseinkünfte auf das vorteilhafteste gehoben werden sollen".¹⁾ Die Ausgaben werden somit gar nicht als zum Gebiet der Finanzwissenschaft gehörig betrachtet. Trotzdem geben sie nach Sonnenfels den Maßstab für die Staatseinkünfte ab.²⁾

Anders Justi: Der Aufwand des Staates muß sich hier nach den Einnahmen richten.³⁾ Dabei werden die Ausgaben in drei Gruppen eingeteilt: Notwendige, nützliche und wohlanständige.⁴⁾ Zu den notwendigen Ausgaben gehört alles, was zur Erhaltung des Staates erforderlich ist (Sicherheit, Besoldungen etc.). Die nützlichen Ausgaben umfassen vor allem die Ausgaben "zur Förderung der Commercién", während unter den wohlanständigen Ausgaben die Kosten für die Pracht des Hofes, die Zierde des Landes, das Ansehen und der Ruhm des Hofes im Ausland, "wohl auch Kultur" etc. zusammengefaßt sind.⁴⁾

Bei der folgenden Aufstellung über die Ausgaben Ebblings wurde die Einteilung von Justi zugrunde gelegt, jedoch etwas stärker untergliedert.

1) von Sonnenfels, Josef, a.a.O., Seite 9.

2) Vgl. Ebenda, Seite 415.

3) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 20 ff.

4) Vgl. Ebenda, Seite 23.

Ausgaben der Stadt Erlangen

(in Gulden)

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
1) Notwendige Ausgaben	8.469	10.894	10.852	11.140	12.246	14.088	13.266	70.565
Besoldungen	5.049	7.276	7.104	7.188	6.992	6.845	6.795	6.572
innerer und äußerer Schutz ..	1.437	1.487	1.520	1.760	2.648	3.288	3.987	58.930
Verwaltungs- und								
Steuereinzugskosten	397	292	315	288	315	1.156	425	855
Sachausgaben	1.440	1.671	1.840	1.723	2.244	1.564	1.981	2.656
Sonstige Ausgaben	146	168	73	181	47	1.235	98	1.552
2) Nützliche Ausgaben	3.668	5.666	9.592	7.477	7.695	2.582	620	654
Andere Verwaltungen (Bau) ..	3.646	5.610	9.530	7.415	7.639	2.528	565	596
Für Jahrmärkte u. Fischwasser	22	56	62	62	56	54	55	58
3) Wohlanständige Ausgaben	1.059	1.947	2.015	2.337	4.279	2.391	2.045	1.213
Übergeordnete								
Körperschaften	670	1.398	1.508	1.717	3.796	1.871	1.201	594
Freiwillige Ausgaben								
(Beysteuern, Verehrungen,	189	549	507	619	483	520	844	619
Kulturelles)								
Sonstige Ausgaben	182	288	199	244	108	218	249	108
5) Ausstand und Abgang	657	996	384	158	609	2.056	1.336	756
Gesamt	14.035	19.791	23.042	21.356	24.937	21.335¹⁾	17.536	73.296²⁾ (18.296)

1) Ohne 15.800 Gulden, die der Casten-Verwaltung seit Jahren erlassen wurden und in diesem Jahr als Abgang gebucht wurden.
 2) Abzüglich rd. 55.000 Gulden Kriegskosten (Durchzüge, Nachts- Bast- auch Quartiers- und Vorspannkosten).

Zusammengestellt aus den jeweiligen Ungelster-Amts-Rechnungen.

Schon aus der Zusammensetzung der Ausgaben läßt sich die bereits am Anfang festgestellte wirtschaftliche und politische Bedeutungslosigkeit Eßlingens ersehen. Die Übersicht zeigt, daß rund die Hälfte aller Ausgaben auf die notwendigen Ausgaben entfallen. Davon sind die Ausgaben für Besoldungen mit rund einem Drittel der Gesamtausgaben die weitaus stärkste Gruppe. Die Besoldungen bleiben innerhalb der letzten 30 Jahre des 18. Jahrhunderts bemerkenswert stabil. Ab 1780 läßt sich sogar eine sinkende Tendenz feststellen. Der Sprung vom Jahr 1750 zum Jahr 1770 um rund 2.400 Gulden ist in erster Linie eine Folge des vom Kaiser in Wien 1752 genehmigten Besoldungsplanes, in welchem festgelegt war, daß künftig den Besoldeten nicht zusätzlich Brot und Wein zu geben, sondern der entsprechende Betrag bar auszu zahlen sei.¹⁾ Der Gegenposten zu dieser wertmäßigen Erhöhung durch die Umwandlung von Naturalien in Geld findet sich unter den Einnahmen aus dem Verkauf von Früchten.²⁾ Die beiden Stadtmühlen waren angewiesen, das Besoldungsgetreide, das sie bisher in natura abliefern mußten, an die Bäcker zu verkaufen und den Erlös an das Umgelter-Amt abzuführen.³⁾ Damit war, nebenbei bemerkt, das Preisrisiko von den Besoldungsnehmern auf die Stadt verschoben, da als Ausgleich für die Naturalleistungen jeweils ein fester Wert vorgesehen war.

Trotz teilweiser Veränderungen der einzelnen Besoldungssätze (es waren sowohl Erhöhungen als auch Minderungen zu verzeichnen) zeigt diese Ausgabengruppe in der Folgezeit eine gleichbleibende bzw. leicht sinkende Tendenz. Hier wirkt sich u.a. die lässige Handhabung der "ergangenen allerhöchsten kaiserlichen Verordnung"⁴⁾ aus, denn nach den Umgelter-Rechnungen von 1800/01 wurden "noch keine ... liche Mengen wieder "in natura" abgegeben."⁵⁾ Außerdem wird ... Accidentien, die Justi grundsätzlich ablehnt,⁶⁾ ... baut, ohne daß sie jedoch ganz aus der Besoldungsliste versch ...

1) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 608.

2) Gemeint ist Korn.

3) Vgl. UAR 1700/71, fol. 136 ff.

4) UAR 1770/71, fol. 146.

5) UAR 1800/01, fol. 147 ff.

6) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 231

Die Ausgaben, die den inneren und äußeren Schutz betreffen, entwickeln sich gegen Ende des Jahrhunderts, also zum sogenannten Franzosenkrieg hin, stetig nach oben. Vor allem die Kriegsausgaben für das Reich in den Jahren 1785/86, 1792/93 und 1800/01 belasten die Ausgabenseite stark.

Das Wachtgeld (Aufwand für die Stadtgarnison) betrug zwischen 500 und 900 Gulden, während rund 800 Gulden für den "hochfürstlichen württembergischen Schutz" verwendet wurden. Dazu kamen 1790 die Kosten für die "sehr kostspielig gewesene herzgl. Schirm-Verein-Conferenz"¹⁾ (rund 1.000 Gulden). Der Schirmverein, den die Stadt erstmals 1455 mit den beiden Markgrafen von Baden auf Vorschlag Friedrichs III. abschloß, wurde seit 1477 mit Württemberg nach oft sehr langwierigen Verhandlungen stets auf 10 oder 20 Jahre verlängert. Im April 1791 vereinbarte man erneut in Eßlingen eine Verlängerung um 20 Jahre. Neben den jährlich zu bezahlenden rund 800 Gulden fielen in diesem Jahr noch die Kosten für die Konferenz an. Für Tagegelder wurde den württembergischen Abgesandten insgesamt 784 Gulden ausbezahlt. Dagegen bekamen die Eßlinger Vertreter nur 236 Gulden. Ferner sind unter diesem Posten die Ausgaben für die Feuerwehr enthalten.

Die Verwaltungs- und Steuereinzugskosten sind relativ niedrig. Allerdings sind die entsprechenden Besoldungen darin nicht enthalten. Insgesamt betragen die Verwaltungskosten rund 1,3 - 2,4 % der Gesamtausgaben. Höhere Anteile finden sich ausnahmsweise im Jahr 1790, als eine Buchrevision (Abhör) durchgeführt wurde (960 Gulden) und im Kriegsjahr 1800/01, als die Verwaltungskosten überdurchschnittlich hoch lagen.

Die Sachausgaben überschneiden sich naturgemäß mit verschiedenen anderen Ausgabearten. So sind darin ganz sicher auch Verwaltungskosten enthalten. Sie können aber auch dieselbe Wirkung haben, wie die noch zu besprechenden nützlichen Ausgaben. Diese beschränken sich im wesentlichen auf die Ausgaben des Bauamts, die als Bezahlung von Handwerkern und Lohnarbeitern direkt der Wirtschaft zugute kamen. Seit 1791 laufen die Ausgaben des Bauamts nicht mehr über die Kasse des Umgeltes-Amts, sondern werden vom Bauamt-Cassier selbst vorgenommen.

¹⁾ UAR 1790/91, fol. 161 ff.

Von den wohlstandigen Ausgaben haben wertmässig die Zahlungen an die Reichsgerichte die grösste Bedeutung. 1785 kommt eine einmalige Zahlung an den Schwäbischen Kreis hinzu, womit eine weitere Befreiung von den Kreis-Abgaben erreicht werden soll.

Beide Posten gehören streng genommen zu den notwendigen Ausgaben; die Art und Weise, wie diese Ausgaben bestritten wurden, rechtfertigt jedoch die neutrale Behandlung bei der Einteilung.

Das Kammerziel - der Beitrag, den die Reichsstände zur Unterhaltung des Reichskammergerichts in Wetzlar leisten sollten - wurde nicht nur von Eßlingen so unregelmässig bezahlt,¹⁾ daß die Zahl der Beisitzer dieses Gerichts nie vollständig erreicht werden konnte. Die für Eßlingen überfälligen Gelder an das Reichskammergericht sind in der Tabelle auf Seite 89 aufgezeigt.

Bei der Höhe der Rückstände (bis zu 6.000 Gulden) und vor allem bei der langen Zeitdauer, die für diese Rückstände in Anspruch genommen wurde, kann nicht mehr von ausgesprochen notwendigen Ausgaben gesprochen werden.

Außerdem sind in den wohlstandigen Ausgaben noch die Kosten für Reichs- und Kreistage - meist Reisekosten - enthalten. Auffallend ist, daß unter den Ausgaben keine Reichssteuer oder sonst eine Abgabe an den kaiserlichen Hof in Wien aufgeführt ist. Eine solche Steuer existierte zwar, jedoch wurde sie 1738 durch Karl VI. samt der Rückstände (11.750 Gulden) für sechs Jahre erlassen. Nach Karls Tod schief die Forderung offensichtlich ein. 1765 forderte Josef II. diese Steuer und verklagte die Stadt 1781 beim Reichs-Hofrat. Zwar wurde Eßlingen 1787 zur Zahlung verurteilt, doch die ganze Angelegenheit ging mit dem Ausbruch des Revolutionskrieges 1792 schnell unter.²⁾ Infolge des Nachlassens der Rückstände wurden diese Schulden nicht mehr als solche geführt, aber auch als die Steuer wieder ~~geführt~~ gewesen wäre, ist sie nicht mehr als Schuld in den Steuerbüchern ausgewiesen.

Die im Ausstand gebliebenen bzw. ganz abgeschrieben Forderungen betragen zwischen 1 und 10 %. Sie liegen damit in der Größenordnung erheblich über den gesamten Verwaltungs- und Steuereinzugskosten.

1) Vgl. UAR 1775/76, fol. 179b.

2) Vgl. Schön, Theodor, Die Reichssteuer der schwäbischen Reichsstädte Eßlingen, Reutlingen und Rottweil, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, XVII. Band, Innsbruck 1896, Seite 238 f.

Es ist aus den Umgelter-Rechnungen zwar nicht direkt ersichtlich, ob und wie intensiv die Außenstände angemahnt wurden. Doch läßt die jahrelange Beibehaltung von Forderungen an einen bereits Verstorbenen nicht darauf schließen.¹⁾

Ebenso wie in der Theorie jener Zeit finden sich auch in den Steuerbüchern kaum Angaben, die auf ein System der Ausgaben schließen lassen. Die Einteilung in notwendige Ausgaben auf der einen Seite und nützliche und wohlstandige auf der anderen Seite,²⁾ die jedoch in den Umgelter-Rechnungen nicht durchgeführt ist, nähert sich dem Grundsatz, daß die Ausgaben notwendig oder geboten in Bezug auf die Belange des Gemeinwesens sein sollen.³⁾ Wenn auch das Gemeinwohl als Bedingung für die Ausgaben angeführt wird,⁴⁾ so wird doch die Wirkung der Ausgaben auf die Wirtschaft nicht untersucht und auch bei der Verbuchung der Ausgaben bzw. bei der Vorbereitung der Steuerbücher nicht beachtet. Insofern sind alle vorkommenden Ausgaben mehr oder weniger notwendig.

Die Notwendigkeit der Ausgaben ergibt sich auch aus der Art der Deckung der Ausgaben. Wir sahen oben (Seite 72), daß sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben als Maßstab des Haushaltsvolumens angenommen werden. Diese Frage ist im Eßlinger Haushalt durch die Puffer-Konstruktion der Einnahmen des Steuer-Cassier-Amtes (Vermögenssteuer) gelöst. Wenn wegen des darniederliegenden Handels die Einnahmen nicht ausreichten, um die Ausgaben zu decken, wandte man sich über den Rat an das Steuer-Cassier-Amt. Es waren also offensichtlich die Ausgaben, denen die Einnahmen angeglichen wurden.⁵⁾ Eine Konstruktion, die bei dem hohen Anteil notwendiger Ausgaben am Gesamtaufwand einfach nicht zu umgehen war.

) Vgl. UAR 1790/91 unter Recess-Schulden.

) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 23.

) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft ... a.a.O., Seite 58.

) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 23.

¹ Vgl. dazu den Stadthaushalt der Stadt Kassel, wo dasselbe festzustellen ist;

Vgl. Weidemann, Johannes, a.a.O., Seite 35.

Wenn trotzdem die Ausgaben nicht so steigen, wie es nach dem "Gesetz der wachsenden Ausdehnung des Finanzbedarfs"¹⁾ zu erwarten wäre, so deshalb, weil die Gelder des Steuer-Cassier-Amtes vor allem für die Tilgung der beträchtlichen Schulden aufgewandt werden, die jedoch nicht in den Umgelter-Rechnungen erscheinen.²⁾

Für eine Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeiten fehlen also die Mittel wegen übermäßiger (Zwangs-)Ausgaben an das Reich in früherer Zeit. Wagner erwähnt ausdrücklich, daß "finanzielle Schwierigkeiten (können) diese Ausdehnung der Staatstätigkeiten hemmen"³⁾ können, wenn auch nur vorübergehend. Für den von uns betrachteten Zeitraum ist diese Ausnahme vom Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit begründet und deutlich zu erkennen.

3. Das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben (Deckung)

Wir haben bereits festgestellt, daß für die Beziehung von Einnahmen zu Ausgaben letztere bestimmend waren, weil den Einnahmen durch die Möglichkeit des Rückgriffs auf den Fonds des Steuer-Cassier-Amtes eine gewisse Elastizität gegeben war. Jedoch war dieser Puffer nicht die einzige Möglichkeit, Ausgabenschwankungen aufzufangen. Schon die Tatsache, daß eine Beanspruchung der Vermögenssteuer an die Zustimmung des Rats gebunden war, ließ es ratsam erscheinen, nach anderen Deckungsmöglichkeiten Umschau zu halten.

Da die einzelnen Einnahmearten grundsätzlich nicht zweckgebunden bestimmte Ausgaben decken, sondern in ihrer Gesamtheit alle Ausgaben zusammen ermöglichen sollen,⁴⁾ kann auch aus der Gegenüberstellung der absoluten Werte der Einnahmen und Ausgaben jeden Jahres nicht auf ein Deckungsverhältnis geschlossen werden. Stellt man jedoch sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite jeweils nur die Veränderungen einander gegenüber, so ergibt sich daraus ein relativ klares Bild, auf welche Weise trotz Ausgabenschwankungen ein Ausgleich des Haushalts erzielt wurde.

1) Wagner, Adolf, Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie, 4. Hauptabteilung: Finanzwissenschaft, 3. Auflage, 1. Teil, Leipzig 1883, Seite 76.

2) Vgl. unten Seite 90.

3) Wagner, Adolf, a.a.O., Seite 76.

4) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft ... a.a.O., Seite 40, auch Amonn, Alfred, a.a.O., Seite 91.

Im folgenden sind die Einnahmen- und Ausgabenveränderungen einander in tabellarischer und grafischer Form gegenübergestellt. Der jeweilige Überschuß bzw. seine Veränderung wurde unter den Ausgaben aufgeführt. Da es sich um Kassenüberschüsse handelt, muß auch ohne zwangsläufig eine Einnahme vorausgehen. Die auftretenden Unstimmigkeiten zwischen Ausgabenseite und Einnahmenseite sind neben Abrundungsdifferenzen auf notwendig gewordene Berichtigungen von durchlaufenden Posten zurückzuführen, die sich nicht im selben Jahr ausgeglichen haben.

V e r ä n d e r u n g e n

1750 / 70

Einnahmen aus städt. Eigentum	+ 2.841	Notwendige Ausgaben + 2.425	
Regalien	+ 1.100	Besoldungen	+ 2.227
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	+ 408	Inn.u.äuß.Schutz	+ 50
Vermögenssteuer	+ 3.335	Verw.u.Steuer Kost.	- 105
Unterkauf	+ 778	Nützliche Ausgaben	+ 2.002
Zufällige Einnahmen	- 859	Wohlanständige	+ 888
Vortrag von Außenständen	- 768	Ausgaben	+ 888
Übergeordnete Körperschaften	- 707	übergeordnete Körperschaften	+ 528
Sonstige Einnahmen	+ 212	Ausstand und Abgang	+ 339
		Sonstige Ausgaben	+ 106
	+ 6.340	Mehrüberschuß	+ 399 + 5.760

1770 / 75

Binnahmen aus städt. Eigentum	- 659	Notwendige Ausgaben	- 42
Regalien	+ 324	Besoldungen	- 172
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	- 49	Inn.u. Auß. Schutz	+ 33
Vermögenssteuer	+ 2.665	Verw.u. Steuer Kost.	+ 28
Unterkauf	- 917	Sachausgaben	+ 169
Zufällige Einnahmen	+ 325	Nützliche Ausgaben	+ 3.926
Vortrag von Außenständen	+ 1.067	Wohlanst. Ausgaben	+ 68
Übergeordnete Körperschaften	-	Übergeordnete Körperschaften	+ 110
Sonstige Einnahmen	- 59	Ausstand und Abgang	- 612
		Sonstige Ausgaben	- 89
Minderüberschuß - 338	+ 2.697		+ 1.251

1775 / 80

Binnahmen aus städt. Eigentum	+ 169	Notwendige Ausgaben	+ 288
Regalien	- 54	Besoldungen	+ 84
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	- 574	Verw.u. Steuer Kost.	+ 11
Vermögenssteuer	+ 400	Sachausgaben	+ 111
Unterkauf	- 9	Nützliche Ausgaben	- 2.115
Zufällige Einnahmen	+ 303	Wohlanst. Ausgaben	+ 100
Vortrag von Außenständen	- 877	Übergeordnete Körperschaften	+ 110
Übergeordnete Körperschaften	-	Ausstand und Abgang	- 226
Sonstige Einnahmen	- 136	Sonstige Ausgaben	+ 45
	778	Mehrüberschuß + 1.210	- 1.600

1780 / 85

Einnahmen aus städt. Eigentum	- 121	Notwendige Ausgaben	+ 1.106
Regalien	+ 264	Besoldungen	- 196
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	- 459	Inn.u.äuß.Schutz	+ 888
Vermögenssteuer	- 400	Verw.u.Steuer Kost.	+ 27
Unterkauf.	+ 426	Sachausgaben	+ 521
Zufällige Einnahmen	+ 675	Nützliche Ausgaben	+ 218
Vortrag von Außenständen	- 50	Wohlanständ.Ausgaben	+ 1.942
Übergeordnete Körperschaften	+ 772	Übergeordnete Körperschaften	+ 2.078
Sonstige Einnahmen	+ 20	Ausstand und Abgang	+ 451
		Sonstige Ausgaben	- 136
Minderüberschuß -1.826 + 1.127			+ 3.581

1785 / 90

Einnahmen aus städt. Eigentum	+ 70	Notwendige Ausgaben	+ 1.842
Regalien	- 259	Besoldungen	- 147
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	- 782	Inn.u.äuß.Schutz	+ 640
Vermögenssteuer	- 354	Verw.u.Steuer Kost.	+ 841
Unterkauf	- 319	Sachausgaben	- 680
Zufällige Einnahmen	+ 163	Nützliche Ausgaben	- 5.113
Vortrag von Außenständen	+ 221	Wohlanständ.Ausgaben	- 1.888
Übergeordnete Körperschaften	- 772	Übergeordnete Körperschaften	- 1.925
Sonstige Einnahmen	+ 32	Ausstand und Abgang	+ 1.447
		Sonstige Ausgaben	+ 110
- 2.000		Mehrüberschuß +1.660 - 3.602	

1790 / 92

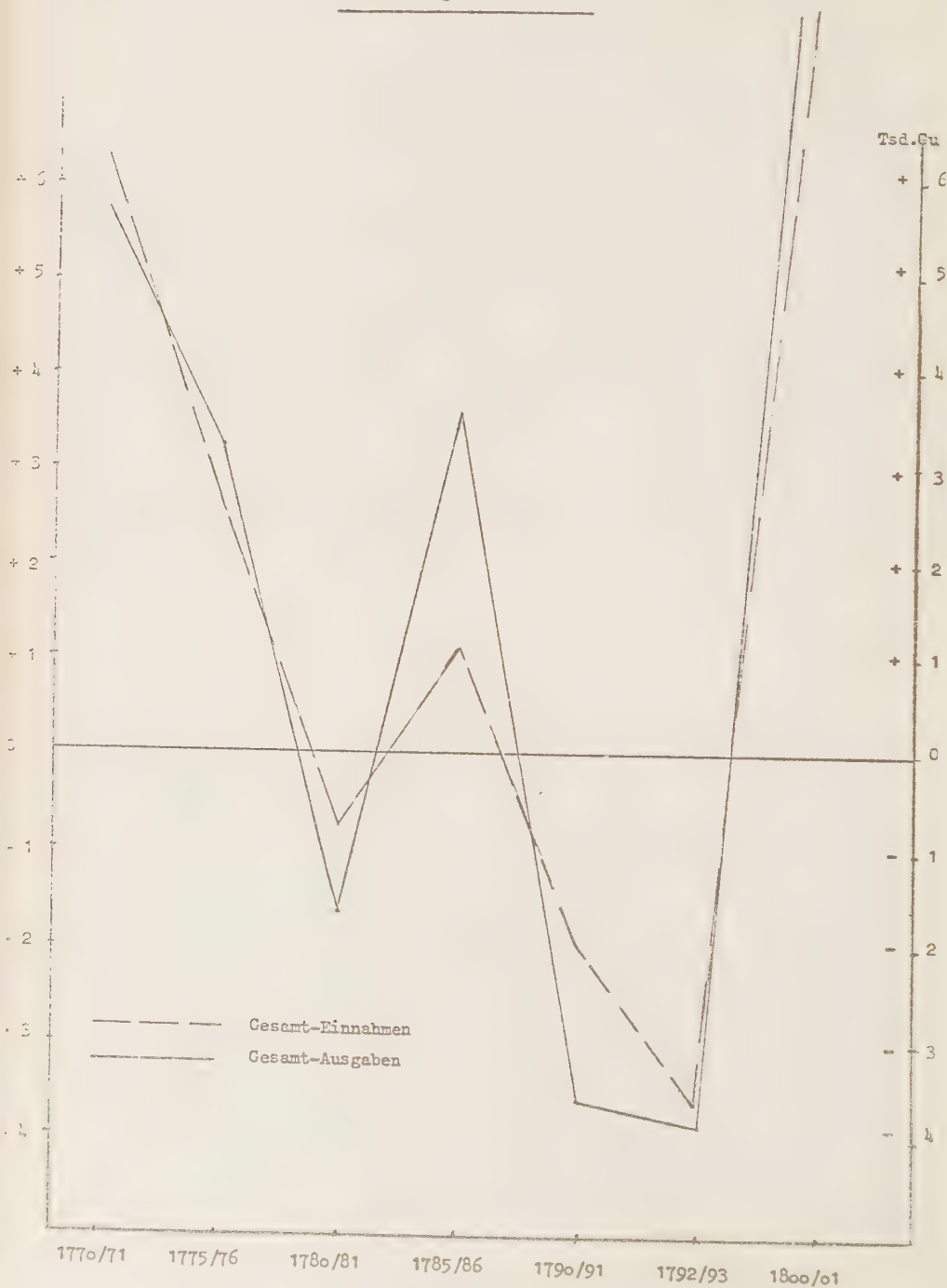
Einnahmen aus städt. Eigentum	+	443	Notwendige Ausgaben	-	802
Regalien	+	27	Besoldungen	-	50
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	+	579	Inn.u.äuß.Schutz	+	699
Vermögenssteuer	-	4.871	Verw.u.Steuer Kost.	-	731
Unterkauf	+	618	Sachausgaben	+	417
Zufällige Einnahmen	-	1.072	Nützliche Ausgaben	-	1.962
Vortrag von Außenständen	+	664	Wohlanständ.Ausgaben	-	346
Übergeordnete Körperschaften	-		Übergeordnete Körperschaften	-	670
Sonstige Einnahmen	-	37	Ausstand und Abgang	-	720
			Sonstige Ausgaben	+	31
Minderüberschuß - 211	-	3.649			- 3.799

1792 / 1800

Einnahmen aus städt. Eigentum	-	480	Notwendige Ausgaben	+	57.279
Regalien	-	29	Besoldungen	-	223
Verbrauchssteuern (Accis, Umgeld, Zölle)	-	722	Inn.u.äuß.Schutz	+	54.943
Vermögenssteuer	+	55.221	Verw.u.Steuer Kost.	+	110
Unterkauf	-	546	Sachausgaben	+	675
Zufällige Einnahmen	+	298	Nützliche Ausgaben	+	34
Vortrag von Außenständen	-	1.009	Wohlanständ.Ausgaben	-	832
Übergeordnete Körperschaften	+	589	Übergeordnete Körperschaften	-	707
Sonstige Einnahmen	+	145	Ausstand und Abgang	-	580
			Sonstige Ausgaben	-	141
Minderüberschuß - 2.403	+	53.467			+ 55.760

Schaubild I

Veränderung des Haushalts



Veränderung der Einnahmen

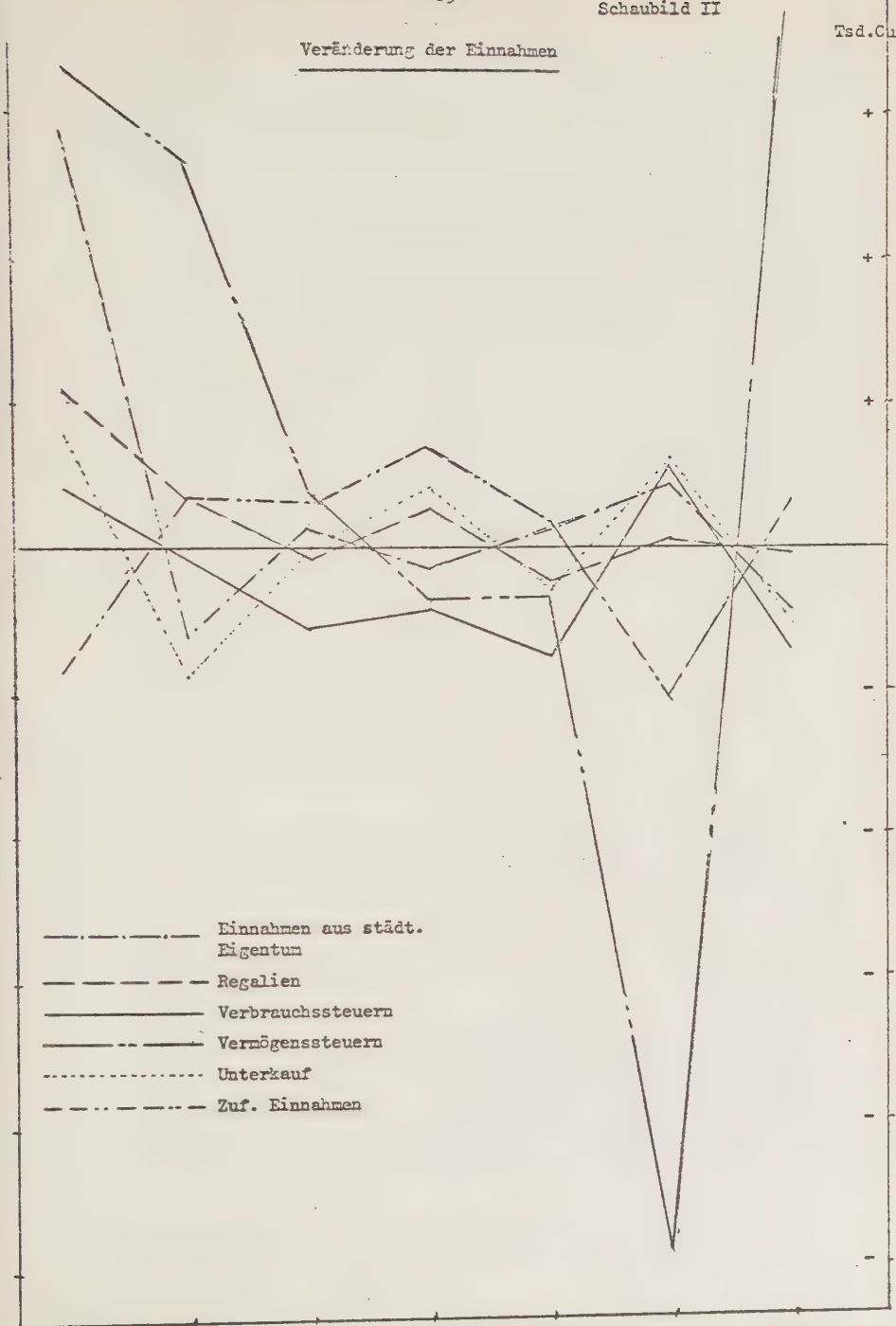
Tsd. Chld

+ 3
+ 2
+ 1
0
- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

+ 3
+ 2
+ 1
0
- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

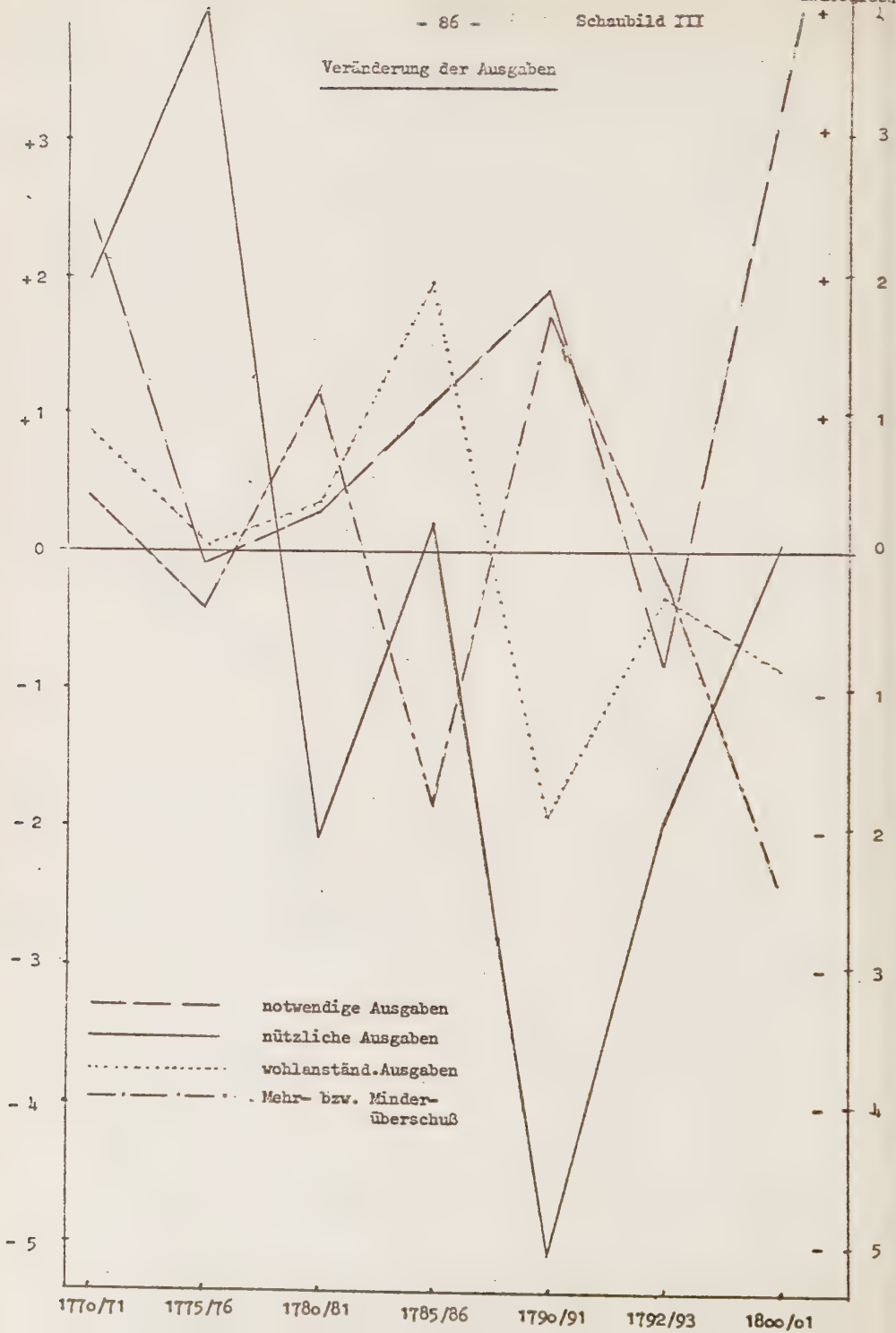
- Einnahmen aus städt. Eigentum
- Regalien
- Verbrauchssteuern
- Vermögenssteuern
- Unterkauf
- Zuf. Einnahmen

1770/71 1775/76 1780/81 1785/86 1790/91 1792/93 1800/01



Veränderung der Ausgaben

Tsd. Gulden



Im Schaubild I sind Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben (ohne Überschüsse) in ihren Veränderungen einander gegenübergestellt. Die gleichartige Entwicklung der beiden Seiten des Haushalts ist zu erwarten. Beachtenswert und sehr deutlich erkennbar ist dagegen die Tatsache, daß die Einnahmen-Kurve die Schwankungen der Ausgaben-Kurve in den extremen Punkten nicht im vollen Umfang mitmacht. Dies läßt auf eine Zurückhaltung der bedingungslosen Inanspruchnahme der Vermögenssteuer (d.h. des Steuer-Cassier-Amtes) zur Ausgabendeckung schließen. Weitere Aussagen ergeben sich aus den Schaubildern II und III, welche die Veränderungen der einzelnen Einnahmen und Ausgaben nebeneinanderstellen.

Auf den ersten Blick erfaßt man den unterschiedlichen Schwankungsbereich von Einnahmen und Ausgaben. Sehen wir von der Vermögenssteuer ab, so zeigen die Einnahmen einen relativ stetigen Verlauf. Die Schwankungen bleiben innerhalb eines Bereichs von minus 1.000 bis plus 650 Gulden. Auf der anderen Seite fallen, durch die Gegenüberstellung besonders deutlich gemacht, die starken Schwankungen der Ausgaben auf, deren Streuung rund dreimal so breit ist, wie die der Einnahmen.

Die Gegenüberstellung der nützlichen Ausgaben, die im wesentlichen aus Überweisungen an das Bauamt bestehen, und der Einnahmen aus Zuschüssen des Steuer-Cassier-Amtes (Vermögenssteuer) legt die Vermutung nahe, daß insbesondere Bauvorhaben durch die Vermögenssteuer gedeckt werden sollen. Die Texte in den Umgelter-Rechnungen unter der Rubrik Einnahmen vom Steuer-Cassier-Amt enthalten als Begründung für die Anforderung von Geldern aus der Vermögenssteuer zwar auch andere ordentliche und außerordentliche Ausgaben, im wesentlichen werden aber Bauvorhaben als Grund angegeben. Man kann in diesem Fall von einer Anlehnung an ein "Zweckkassensystem"¹⁾ sprechen. Daran ändert auch die zeitliche Verschiebung nichts, mit der sich die Herausnahme der Baukasse aus den Umgelter-Rechnungen auf die Einnahmen auswirkt. Während die "nützlichen Ausgaben" als Folge dieser Kassen-Dezentralisierung bereits im Jahre 1791 wesentlich zurückgehen, wird der Zuschuß des Steuer-Cassier-Amtes im selben Jahr noch zur Deckung des besonders hohen Abgangs und der Kosten für die Rechnungs-Abhör (Prüfung), beides außerordentliche Ausgaben, verwendet.

1) Amonn, Alfred, a.a.O., Seite 91.

Es war für das Umgelter-Amt offensichtlich eine einmalige Gelegenheit, an Gelder der Vermögenssteuer zu kommen, ohne diese an das Bauamt weiterzuleiten, was insbesondere dazu benutzt wurde, eine Rücklage (Überschuß) in Höhe von 1.600 Gulden anzulegen. Der Wegfall der Vermögenssteuer schon in der Einnahmenrechnung der folgenden Periode (1792/93) läßt dies jedoch nur als Ausnahme von der Regel erscheinen, daß Bauvorhaben durch das Aufkommen der Vermögenssteuer finanziert werden sollen. Für die weitere Betrachtung bleiben dann auch diese beiden Kurven außer Betracht, da beide vom Gesichtspunkt der Deckung aus bereits gebunden sind.

Auch nach Eliminierung der Bauausgaben und der Vermögenssteuer bleibt die unterschiedliche Bandbreite der Veränderungen bestehen.

Auf eine Besonderheit auf der Einnahmenseite ist noch hinzuweisen: Im Jahre 1785/86 leisten die zufälligen Einnahmen bzw. die darin enthaltenen Strafen einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Deckung der Mehrausgaben, obwohl der Einnahmезweck hierbei nicht einmal als Nebenzweck anerkannt wird.¹⁾ Wir finden diese Erhöhung der zufälligen Einkünfte auch sofort in einem Rückgang der Anforderungen an das Steuer-Cassier-Amt eliminiert.

Gegenüber den erheblichen Schwankungen, die die Ausgaben aufweisen, wirken die Einnahmen relativ starr. Bei der Bedeutung der Verbrauchssteuern für die Einnahmenseite ist diese Gleichmäßigkeit gar nicht verwunderlich, insbesondere da die Hauptlast, wie gesagt, den Verbrauch von Wein und Fleisch betraf, also zwei ausgesprochene Volksernährungsmittel,²⁾ deren Verbrauch relativ konstant ist.

Bei dieser im Grunde vorhersehbaren Gleichförmigkeit der Einnahmen mußte das Umgelter-Amt die Schwankungen der einzelnen Ausgaben zwischen diesen selbst ausgleichen, d.h. bei Ausgabenerhöhungen an anderen Ausgaben sparen.³⁾ Dies wurde im Schaubild III bei der Veränderung der Ausgaben deutlich gemacht. Den Spitzen einzelner Ausgabenkurven über der Null-Linie (also Ausgabenerhöhungen) stehen jeweils Punkte anderer Ausgaben-Kurven unterhalb der Null-Linie (Ausgabeneinschränkungen) gegenüber. Bei der Kurve der Überschüsse im Schaubild III muß nochmals betont werden, daß es sich hier um Veränderungen handelt.

1) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 503.

2) Vgl. Haug, Werner, a.a.O., Seite 121.

3) Vgl. von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., S. 82.

Die Punkte unter der Null-Linie stellen deshalb keineswegs immer ein Defizit dar, sondern lediglich einen Rückgang des Überschusses gegenüber der Vorperiode.

In dem hier betrachteten Zeitraum wurde außer im Kriegsjahr 1800/01 nur im Jahr 1785/86 ein geringfügiges Defizit von 34 Gulden ausgewiesen. Somit kann die auf Seite 69 aufgeschobene Frage, ob die Einnahmen in ihrer Gesamtheit zur Deckung der Ausgaben ausreichen, bejaht werden.

4. Schulden und Forderungen

Eine Reichsstadt, die nicht mit erdrückenden Schulden behaftet ist, sei ein recht seltenes Exempel.¹⁾ Wie schon angedeutet, war auch Eßlingen stark von Schulden belastet. Die Umgelter-Rechnungen ergeben zusammengefaßt folgendes Bild von Schulden und Forderungen der Stadt Eßlingen:

	1750/51	1770/71	1780/81	1790/91	1800/01
<u>Schulden aus:</u>					
Darlehen	825	800	850	800	2.300
Gerichtskosten (überwiegend Reichskammergericht)	4.477	6.406	2.672	2.238	5.193
Laufenden Ausgaben	-	-	3.478	906	3.022
Deponierten Geldern	925	19	225	50	79
Sonstigen	555	-	-	2.764	102.858
	6.782	7.225	7.225	6.758	113.452
Gesamt-Ausgaben	14.035	19.791	21.356	21.335	73.296
<u>Forderungen:</u>					
an andere Verwaltungen	29.503	41.303	52.119	39.520	44.500
ans Reich etc.	74.443	83.706	1.706	93.706	116.499
aus Darlehen	57	75	452	112	791
an den württ. Pfleghof Bebenhausen (von diesem nicht anerkannt)	577	889	1.049	1.201	1.357
aus diversen Abgaben (Accis, Umgeld etc.)	730	1.453	1.358	2.065	1.316
Sonstige	-	3	91	792	1.154
	105.310	127.429	56.775	137.396	165.617

1) Vgl. Moser, Johann Jakob, Von der Reichsstädtischen Regimentsverfassung o. O. 1772, Seite 293.

Abgesehen vom Kriegsjahr 1800/01 weist die Übersicht über die Schulden nicht auf einen hohen Verschuldungsgrad hin, von dem so oft die Rede ist. Im Widerspruch zu den in den Umgelter-Rechnungen ausgewiesenen niedrigen Summen (rd. 7.000 Gulden, entspricht einem Drittel des Haushaltsvolumens) stehen auch die "Bemerkungen über die in Vorwurf gekommene (vorgeschlagene) Besoldungserhöhung derer Herren des Inneren Raths" vom 9. Dezember 1785.¹⁾

Nach Abschnitt II, § 2, dieses Schriftstücks gingen die Schulden der Stadt²⁾ von 520.000 Gulden im Jahre 1752 auf knapp 200.000 Gulden im Jahr 1785 zurück, sie hatten somit selbst 1785 noch annähernd den zehnfachen Umfang eines Jahreshaushalts.

Diese Diskrepanz zwischen in den Stadtrechnungen ausgewiesenen Schulden und deren effektiven Höhe liegt in der Konstruktion der Schuldentrückzahlung begründet. Zu diesem Zweck wurde 1749 eigens eine Schuldentilgungskasse errichtet, die vor allem aus den Überschüssen des Steuer-Amts, die nicht an das Umgelter-Amt oder das Bauamt abgeliefert werden mußten, gespeist wurde.³⁾ Dazu kamen noch kleinere Beträge, wie z.B. das auf 5 Jahre nachgelassene Württembergische Schutzgeld.⁴⁾

Die Schuldentilgung vollzog sich somit außerhalb des Haushalts. Die Höhe der Schuldentrückzahlung in den Jahren zwischen 1750 und 1785 zeigt, wieviel Gelder nicht durch die Stadtkasse flossen. Die in den Umgelter-Amts-Rechnungen ausgewiesenen Schulden stellen im wesentlichen nur Rückstände aus laufenden Ausgaben und Prozessen dar. Über die eigentlich drückenden Schulden (Kriegsfolgen) schweigen sich die Steuerbücher aus.

Anders dagegen die Forderungen: Diese werden Jahr für Jahr vollständig erfaßt und ausgewiesen, jedoch nicht unter einem zusammenfassenden Posten, sondern jeweils dort, wo sie als Einnahmen stehen würden. Selbst offenbar uneinbringliche Forderungen werden weitergeführt. So sind zum Beispiel die Zinsen für 10.000 Gulden, welche 1570 ("1570") dem damaligen Kaiser Maximilian II. geliehen wurden, mit jährlich 500 Gulden vorgetragen, wodurch allein diese Forderung im Jahr 1775 84.500 Gulden beträgt.⁵⁾

1) Abgedruckt in: Berger, Fritz, Offizianten ... a.a.O., Teil 3.

2) Ohne Spital.

3) Vgl. UAR 1775/76, fol. 49.

4) Vgl. UAR 1750/51, fol. 270 f.

5) Vgl. UAR 1775/76, fol. 49b.

Offensichtlich diene diese Fortschreibung vor allem der Erinnerung und als Argument bei Verhandlungen um Nachlaß von Reichsabgaben. 1780/81 werden sie auch tatsächlich gegen Schulden beim Reichskammergericht aufgerechnet, wahrscheinlich aber ohne Erfolg, denn in den folgenden Jahren sind diese Zinsforderungen wieder in voller Höhe ausgewiesen.

Die Forderungen an den Steuerzahler (aus diversen Abgaben) erscheinen relativ niedrig, was sowohl für die Steuermoral als auch für die Effizienz des Einzugs spricht. Obwohl eine Vermutung dafür spricht, daß in Kriegszeiten die Steuermoral sinkt, gehen die Forderungen aus diversen Abgaben zurück. Dies erklärt sich aus dem verstärkten Umfang der Naturalleistungen, zu denen der Steuerzahler in Kriegszeiten verpflichtet war. Die damit verbundene Aufrechnungsmöglichkeit erleichterte dem Amt den Einzug. Wie schon erwähnt, wurden Forderungen nie als solche erlassen, sondern stets fiktiv vereinnahmt und im selben Zug als Abgang gebucht.

V. Finanzwirtschaft und politisches System

Als wir auf Seite 72 feststellen mußten, daß Eßlingens Finanzwirtschaft nicht mit den Forderungen der damaligen Theorie übereinstimmt, wurde schon als Grund hierfür die anders geprägte politische Struktur der Reichsstädte angedeutet. Dieses Problem der Beziehung zwischen Finanzwesen und Staatswesen¹⁾ erscheint bedeutsam genug, um ihm hier ein eigenes Kapitel zu widmen.

Zur Charakterisierung beider Begriffe - des Staatswesens und des Finanzwesens - soll eine Spannungsreihe dienen, die von einem angenommenen kollektivistischen Pol unter abnehmendem kollektivistischem Einfluß bei gleichzeitig zunehmendem individualistischem Einfluß schließlich zu einem fiktiven, rein individualistischen Pol führt.²⁾ Wir vereinfachen das Modell insofern, als wir bei der Betrachtung des Finanzwesens nur zwei Gruppen von Einnahmen bilden: Am Kollektivpol die Steuern und am Individualpol die eigenen Einnahmen und Regalien. Beide Gruppen umfassen

-
- 1) Vgl. von Eneberg, Karl Theodor, Finanzwissenschaft, 18. und 19. Auflage, Leipzig und Erlangen 1922, Seite 7 ff., von Justi, Johann Heinrich Gottlob, System ... a.a.O., Seite 369f.
 - 2) Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 69 ff. Derselbe, Theoretische Volkswirtschaftslehre als System der Wirtschaftstheorie, 2. Auflage, Berlin 1958, S.194f. s.a.Schaubild IV.

etwa 80 - 90 % der gesamten Einnahmen. Die Einnahmearten, bei denen keine unmittelbare Beziehung zum Staatswesen angenommen werden kann, bleiben außerhalb der Betrachtung. Das Schaubild auf Seite 96 zeigt, daß sie die hier vorgenommene Betrachtung nicht nennenswert beeinflussen.

Für das Staatswesen dienen vor allem die unterschiedlichen Staatsauffassungen als Merkmal zur Einordnung in die Spannungsreihe. So tendiert das Verständnis des Staats als eigener Privatwirtschaft zum Individualpol, während das genossenschaftliche Denken näher beim Kollektivpol steht. Nun sah man allgemein in den Fürstenstaaten die Staatswirtschaft als Privatwirtschaft des Fürsten an,¹⁾ d.h. der Fürst war auch "Privatmann".²⁾ Daß eine finanzwissenschaftliche Theorie, die auf diesem Gedanken aufbaut, die Eigeneinkünfte des Fürsten in den Vordergrund stellt, ist ebenso begreiflich wie die Annahme, daß "Unterthanen" sich weniger bereit finden, in die Privatkasse des Fürsten Steuern (also ohne direkte Entgeltlichkeit) zu bezahlen.

Aus der jeweiligen Stellung von Finanzwesen und Staatswesen in der Nähe des Individualpols erklärt sich auch die ursprüngliche Bevorzugung der Vermögenssteuer vor den Verbrauchssteuern, da in erstere nach der Äquivalenztheorie eine unmittelbare Entgeltlichkeit hineininterpretiert werden kann, die sie dem Individualpol näherstehen läßt als die Verbrauchssteuern. Wenn von Eheberg die deutsche Kameralistik "als die Wissenschaft von der landesfürstlichen Verwaltung"³⁾ bezeichnet, so kommt darin deutlich zum Ausdruck, wie die Lehren der Kameralisten hauptsächlich auf die Fürstenstaaten bezogen sind. Dies galt nicht nur für die norddeutschen Länder. Interessant ist, daß Söll⁴⁾ im Württemberg jener Zeit, also der letzten 50 Jahre des 18. Jahrhunderts, alle Ideen des Merkantilismus ausgeprägt fand, daß sich jedoch die Reichsstädte, "deren Interessen und Politik in andere Richtung gingen", störend auswirkten. Wie sah nun diese andere Richtung aus?

1) Vgl. Röpke, Wilhelm, Finanzwissenschaft, in: Die Handelshochschule, Band 2, Kapitel III, o.O. 1927, Seite 216; von Eheberg, Karl Theodor, Finanzwissenschaft, a.a.O., Seite 17 f; Amonn, Alfred, a.a.O., Seite 148 u. Mann, Fritz Karl, a.a.O., S. 46.

2) Söll, Wilhelm, a.a.O., Seite 128.

3) Von Eheberg, Karl Theodor, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 25.

4) Vgl. Söll, Wilhelm, a.a.O., Seite 126.

Die Charakterisierung der Freien Reichsstädte anhand der Spannungsreihe führt dazu, ihr politisches System dem Kollektivpol zuzuordnen. Einmütigkeit herrscht über die genossenschaftsähnliche Struktur der Reichsstädte.¹⁾ Es war wohl das an der Gemeinschaft ausgerichtete Denken, das die Bewohner der Reichsstädte die Steuern weniger als Abgabe an einen Herrscher, denn vielmehr als Abgabe für das gemeinsame Interesse²⁾ empfinden ließ. Dieses genossenschaftliche Denken schaffte aber auch die Voraussetzung dafür, daß sich Verfassung und Staatlichkeit nach kollektiven Grundsätzen gestalten ließen.³⁾ Zu diesen Voraussetzungen gehören nach Weddigen die disziplinierte Opferbereitschaft der einzelnen Bürger (genossenschaftliches Denken), Übersichtlichkeit des Gemeinschaftsbildes (diese ist bei den Städten in besonderem Umfang gegeben) - auch der relativ geringe Umfang des Gemeinwesens läßt eine Identifizierung des Bürgers mit dem Staatswesen zu und fördert so den genossenschaftlichen Geist - und ein tüchtiges, unbestechliches Fachbeamtentum. Der letzte Punkt wird uns noch beschäftigen müssen.

Ebenso wie das Staatswesen tendiert auch das Finanzwesen der Freien Reichsstadt Eßlingen zum Kollektiv-Pol der Spannungsreihe. Selbst wenn man vorläufig den Rückgang des Steueranteils an den Gesamteinnahmen außer Acht läßt, ergibt sich ein klarer Ausschlag der Einnahmen in Richtung Steuern. Sie betragen in der Regel zwei Drittel der Einnahmen, während die eigenen Einnahmen und Regalien der Stadt nur 1792 und 1800 knapp ein Drittel erreichen.⁴⁾ Der kollektivistische Eindruck der Einnahmenseite, der hier entsteht, wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß innerhalb der Steuern die Verbrauchssteuern, die gegenüber der Vermögenssteuer noch näher dem Kollektiv-Pol stehen, stets der Höhe nach überwiegen.

-
- 1) Vgl. Borst, Otto, Zur Verfassung und Staatlichkeit oberdeutscher Reichsstädte am Ende des alten Reiches, in: Eßlinger Studien, Bd. 10, Eßlingen 1964, Seite 117.
Schmoller, Gustav, Das Merkantilssystem in seiner historischen Bedeutung, in: Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, herausgegeben von Gustav Schmoller, 8. Jahrgang, Leipzig 1884, S. 19, Bader, Karl S., Über Sinn und Ziel reichsstädtischer Geschichte, in: Eßlinger Studien, Band 1, Eßlingen 1956, Seite 11,
 - 2) Vgl. Mayer, Theodor, a.a.O., Seite 267.
 - 3) Vgl. Weddigen, Walter, Volkswirtschaftslehre ... a.a.O., Seite 198 ff.
 - 4) Siehe Schaubild V.

Die Gegenüberstellung von Fürstenstaat und Reichsstadt zeigt zweierlei: Erstens bestätigt sie für beide Fälle die gegenseitige Bezogenheit von Staats- und Finanzwesen,¹⁾ zum zweiten aber ergibt sich daraus, daß man wohl von theoretischen Ansätzen der Kameralisten, nicht aber von einer Allgemeinen Theorie des Kameralismus sprechen kann.²⁾ Allgemeingültige finanzwirtschaftliche Gesetze waren noch nicht aufgestellt,³⁾ dazu war die empirische Basis zu eng gewählt bzw. die Beziehung der Autoren zu einer speziell ausgeprägten Finanzwirtschaft zu stark.⁴⁾

Es mag paradox klingen, aber die Feststellung die Finanzwirtschaft der Reichsstädte stimme mit der damaligen Theorie nicht überein, muß umgedreht werden: Die damalige "Theorie" stimmte nicht mit der finanzwirtschaftlichen Situation der Reichsstädte überein. Sie konnte es gar nicht, weil es sich um eine spezielle Theorie der Fürstenstaaten handelte,⁵⁾ die auf einer anderen Verfassungswirklichkeit und einem anderen Staatsbewußtsein aufbaute, und nicht um eine allgemeine Theorie, welche die reichsstädtischen und überhaupt alle möglichen Gegebenheiten mit einschloß.

1) Vgl. Terhalle, Fritz, Finanzwissenschaft, Jena 1930, Seite 81.

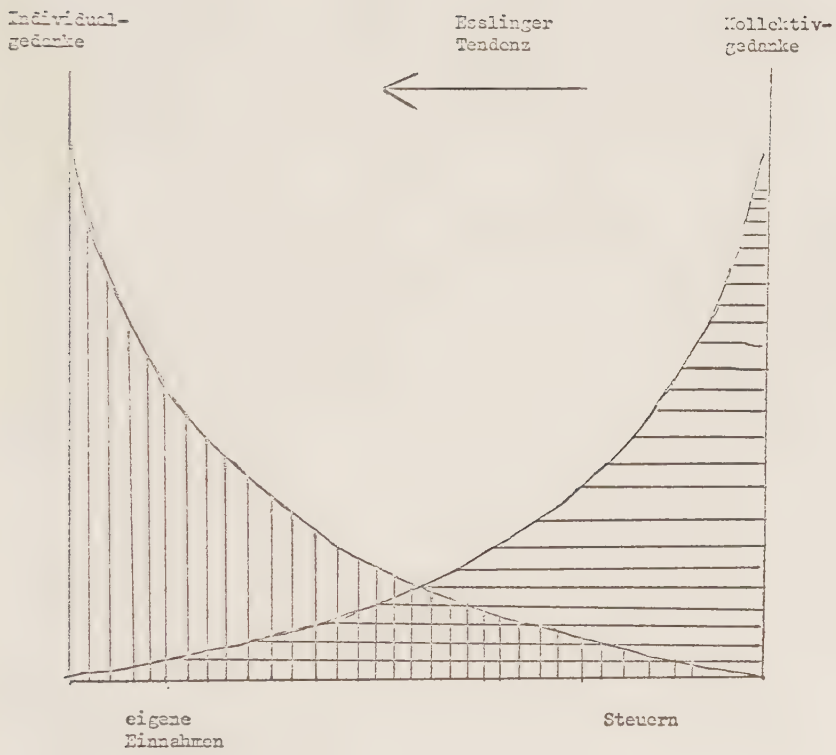
2) Vgl. Bürgin, Alfred, a.a.O., Seite 309; Marchet, Gustav, a.a.O., Seite 359 f. und 381 und Budge, Siegfried, Geschichte der volkswirtschaftlichen Ideen und Theorien, in: Die Handelshochschule, Band 2, Kapitel IV, o.O. 1928, Seite 358.

3) Vgl. Großmann, Eugen, Gesetzmäßigkeiten auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen, Festrede zur 112. Stiftungsfeier der Universität Zürich am 28. April 1945, gedruckt in: Jahresbericht 1944/45, Zürich 1945, Seite 5.

4) Vgl. Hausscherr, Hans, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, 3. Auflage, Köln/Graz 1960, Seite 218.

5) Vgl. von Eheberg, Karl Theodor, Finanzwissenschaft a.a.O., Seite 25; Spann, Othmar, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, 25. Auflage, Heidelberg 1949, Seite 6 und Kellenbenz, Hermann, Der Merkantilismus und die soziale Mobilität in Europa, Wiesbaden 1965, Seite 4.

Schaubild IV



Vgl. Weddigen, Walter, Finanzwissenschaft, a.a.O., Seite 72.

Einnahmen-Gruppen in % der Gesamteinnahmen

Schaubild V



Das Schaubild V zeigt von 1780 - 1790 ein zunächst geringfügiges, von 1790 - 1800 jedoch starkes Absinken des Steueranteils bei gleichzeitiger Zunahme des Anteils der eigenen Einnahmen und Regalien an den Gesamteinnahmen der Stadt. Wenn wir das Bild der Spannungsreihe mit dem einer Waage vertauschen, so bedeutet das, daß die Schale mit den (kollektivistischen) Steuern an Gewicht verliert und die Schale der eigenen (individualistischen) Einnahmen schwerer wird. Soweit die Tatsache, die sich im finanzwirtschaftlichen Bereich einwandfrei feststellen läßt. Denselben Trend vom Kollektiv-Pol zum Individual-Pol¹⁾ finden wir aber auch bei der Untersuchung des Staatsbewußtseins der Bürger in dieser Zeit.

Der sogenannte Bürgerprozeß,²⁾ der 1787/88 begann, war der Versuch der Bürgerschaft, den "oligarchischen Druck", d.h. "die Familienherrschaft, die sich hier immer ungenierter gebärdete"³⁾ abzuschütteln. Das Vertrauen in die Obrigkeit, das wesentlich darauf fußte, daß diese selbst sich nicht als Obrigkeit fühlte,⁴⁾ war im Schwinden. Selbstherrliche Verfügung über den städtischen Besitz⁵⁾ ließen berechtigte Zweifel an der Tätigkeit des Rats im Sinne des Gemeinwohls aufkommen. Ein Beispiel für die Ablehnung des genossenschaftlichen Prinzips durch den Rat ist im Sitzungsprotokoll des Rats vom 5. Dezember 1771 angeführt: Die Schultheißen, Untergänger und Mitmeister der Weingärtnerzunft erbitten sich eine Ausweitung ihrer Selbstverwaltung und wollen künftig unberechtigte Übergriffe auf Weinberge selbst bestrafen. Der Rat geht auf dieses Ansuchen gar nicht ein, sondern setzt von sich aus eine Kommission aus Ratsmitgliedern ein, die Übergriffe abstellen soll.

Zudem berichtet Pfaff,⁶⁾ daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Schwörtag mehrmals eingestellt wurde, weil Bürger und Rat sich über verschiedene Streitigkeiten nicht einigen konnten.

Dies konnte der genossenschaftlichen Vorstellung der Bürger von ihrem Gemeinwesen nicht förderlich sein und minderte gleichzeitig die Bereitschaft zur Bezahlung von Steuern.

1) Siehe Schaubild IV.

2) Vgl. Borst, Otto, Eßlingen, a.a.O., Seite 48 ff.

3) Ebenda, Seite 50.

4) Vgl. Borst, Otto, Verfassung ... a.a.O., Seite 118.

5) Vgl. Borst, Otto, Eßlingen, a.a.O., Seite 50.

6) Vgl. Pfaff, Karl, a.a.O., Seite 539.

In den Umgelter-Rechnungen von 1800/01 finden wir auf fol. 58 den Hinweis, daß "sich sowohl die Bürger in der Stadt als auch auf den Filialen größtenteils geweigert (haben), nur den einfachen auf den Herbst 1792/93 verfallenen Wein-Accis zu entrichten". Diese "Unbottmäßigkeit" soll 1800 noch angedauert haben. Dem ging voraus, daß der Wein-Accis für verkauften neuen Wein an Unverbürgerte von einem Kreuzer pro Gulden verdoppelt wurde. Die Erhöhung machte der Rat jedoch am 23. Dezember 1790 wieder rückgängig, angeblich "zu Begünstigung der Commercii".

Die Stellung des Rats kann zu jener Zeit nicht sehr stark gewesen sein, die "Unbottmäßigkeit" blieb noch 1800 ohne Konsequenzen für die Betroffenen.

Ein Beispiel dafür, wie die Verbindung von Staatswesen und Finanzwesen auch kurzfristig reagiert.

VI. Der Kriegshaushalt von 1800/01

Nachdem bisher versucht wurde, die grundsätzlichen Züge der reichsstädtischen Finanzwirtschaft darzustellen, soll als Ausnahmefall kurz die Wirkung des Krieges auf den Haushalt gezeigt werden. Dies darf schon deshalb nicht unterlassen werden, weil dieser Ausnahmestand die Periode reichsstädtisch freier Finanzwirtschaft endgültig abschließt. Ferner lassen sich in diesem Zusammenhang am besten die Möglichkeiten darstellen, mit denen außergewöhnliche Situationen gemeistert wurden. Eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Kriegsjahres 1800/01 mit den durchschnittlichen Werten der Jahre 1770 bis 1791 ergibt folgendes Bild:

<u>Einnahmen:</u>	Ø 1770-92	1800/01
Einnahmen aus städt. Eigentum	3.143	2.963
Regalien	2.319	2.308
Verbrauchssteuern, Zölle, Unterkauf	9.310	7.359
Vom Steuer-Cassier-Amt	4.135	55.996
Zufällige Einnahmen	1.879	1.885
Sonstige Einnahmen	87	177
Einnahmen aus übergeordneten Körperschaften	(772) ¹⁾	589
Vortrag und von Außenständen	880	432
	21.882	71.709

1) Nur 1785/86

Das beschriebene Jahr 1800/01 war "nach 10-jähriger Kriegsdrangsal",¹⁾ wobei schon der "Schrecken und Jammer des Jahres 1796 der jetzigen Generation unvergeßlich bleiben wird",¹⁾ weitaus das härteste, so daß "Kinder und Enkel noch die Nachwehen empfinden werden".¹⁾ Trotz dieser mit Vehemenz vorgetragenen Klagen endet die Eintragung mit Preis und Dank an Gott, welcher "mir (dem Stadt-Cassier, der Verfasser) und der ganzen lieb und werten Bürgerschaft so väterlich durchgeholfen hat"²⁾ und der Hoffnung, die Kinder und Enkel mögen vor Ähnlichem bewahrt bleiben.

Eine Vermeidung von Einquartierungen war der Stadt nicht möglich,³⁾ zwar sollte dasjenige, was "außer Dach und Fach gereicht wird",⁴⁾ vergütet werden, doch sahen wir unter dem Titel "von Hochlöbl. Krayß bonificiert" in den Umgelter-Rechnungen, wo diese Rückerstattung des Kreises für Verpflegung der Truppen als Einnahmen verbucht werden sollten, nur den Hinweis, daß solche Forderungen über Jahrzehnte nicht eingelöst wurden. Der Ausweis einer Forderung aus dem Jahr 1743 an den Kreis wurde von Jahr zu Jahr vorgetragen, obwohl der Kreis-Convent die Erfüllung dieser Forderung abgelehnt hatte.⁵⁾

Die eigentliche Frage dieses Kapitels ist nun, wie diese - gemessen an durchschnittlichen Haushaltsvolumen (rd. 21.000 Gulden) - immense Summe aufgebracht wurde.

Die Umgelter-Rechnung von 1800/01 gibt darüber nur wenig Auskunft. Die Rechnungslegung ist in diesem Punkt alles andere als klar. Fest steht, daß die Mittel durch eine Kriegssteuer aufgebracht wurden, die vom Steueramt einzuziehen war.⁶⁾ Offensichtlich wurden die Gelder auch durch das Steueramt verausgabt, denn die einzelnen Positionen unter den Einnahmen in der Umgelter-Rechnung sind nicht ihrer Herkunft nach angeführt, - also unter den jeweiligen Steuerzahlern - sondern stets den Personen zugeordnet, welche die Auszahlung vornahmen bzw. die 'umme empfangen.

1) UAR 1800/01, fol. 190 b.

2) UAR 1800/01, fol. 191 b.

3) Vgl. Moser, Johann Jakob, Reichsstättisches Magazin, Frankfurt-Leipzig 1775, Teil 2, Seite 829.

4) Ebenda, Seite 829.

5) Vgl. UAR 1800/01, fol. 132.

6) Vgl. UAR 1800/01, fol. 127 1/2.

- Keller, Johann Jakob Geschichte der Stadt Eßlingen,
Pleidelsheim 1814.
- Derselbe Beschreibung des jährlichen Schwörtages
der Reichsstadt Eßlingen. In Briefen an
einen Freund, Eßlingen 1789, in der von
E. Haffner bearbeiteten Neuauflage,
Eßlingen 1925.
- Klockus, Caspar Tractatus de aerario, emendatio et
auctior redditus a Christophoro Pelleri,
Norumbergae 1671.
- Kolms, Heinz Finanzwissenschaft, 2. Auflage, Berlin 1964.
- Leib, Johann Georg Probe, wie ein Regent Land und Leute ver-
bessern, des Landes Gewerbe und Nahrung
heben, und seine Gefälle und Einkommen
sonder Ruin deren Unterthanen vermehren
könne, Leipzig und Frankfurt 1705.
- Lith, Johann Wilhelm Neue vollständig erwiesene Abhandlung von
denen Steuern und deren vorteilhafter Ein-
richtung, Ulm 1766.
- Mann, Fritz Karl Steuerpolitische Ideale, Jena 1937.
- Marchet, Gustav Studien über die Entwicklung der Verwal-
tungslehre in Deutschland von der zweiten
Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahr-
hunderts, München 1885.
- Mauersberg, Hans Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentral-
europäischer Städte in neuerer Zeit,
Göttingen 1960.
- Moser, Johann Jakob Grundsätze des Besteuerungs Rechts deren
Teutschen Reichs-Stände, o.O. 1765.
- Derselbe Reichsstädtisches Magazin, Frankfurt und
Leipzig 1775.
- Derselbe Von der Reichsstädtischen Regimentsver-
fassung, o.O. 1773.
- Pfaff, Karl Geschichte der Reichsstadt Eßlingen,
2. Auflage, Eßlingen 1852.
- Salzmann, Erwin Weinbau und Weinhandel in der Reichsstadt
Eßlingen bis zu deren Übergang an Württem-
berg 1802, Stuttgart 1930.
- Schäfer, Erich Die Unternehmung, 4. Auflage, Köln und
Opladen 1961.
- Schmölders, Günter Allgemeine Steuerlehre, 3. Auflage,
Berlin 1959.
- Derselbe Geschichte der Volkswirtschaftslehre,
Wiesbaden 1961.
- Schönberg, L. Die Technik des Finanzhaushalts der deut-
schen Städte im Mittelalter. Münchner volks-
wirtschaftliche Studien, herausgegeben von
Lujo Brentano und Walter Lotz, Nr. 103,
Stuttgart und Berlin 1910.

- | | |
|--------------------------|--|
| Söll, Wilhelm | Die staatliche Wirtschaftspolitik in
Württemberg im 17. und 18. Jahrhundert,
Tübinger Dissertation 1934. |
| von Sonnenfels, Josef | Grundsätze der Polizey-Handlung und
Finanz. Bearbeitet von F.X. von Moshamm,
Tübingen 1820. |
| Spann, Othmar | Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre,
25. Auflage, Heidelberg 1949. |
| Tautscher, Anton | Staatswirtschaftslehre des Kameralismus,
Bern 1947. |
| Terhalle, Fritz | Finanzwissenschaft, Jena 1930. |
| Derselbe | Die Finanzwirtschaft des Staates und der
Gemeinden, Berlin 1948. |
| Teutophilus, Christianus | Entdeckte Goldgrube in der Accise,
Zerbst 1685. |
| Wagner, Adolf | Lehr- und Handbuch der politischen
Oekonomie, 4. Hauptabteilung: Finanz-
wissenschaft, 1. Teil, 3. Auflage,
Leipzig 1883. |
| Weddigen, Walter | Theoretische Volkswirtschaftslehre als
System der Wirtschaftstheorie, 2. Auflage,
Berlin 1958. |
| Derselbe | Allgemeine Finanzwissenschaft, 4. Auflage,
Berlin 1964. |
| Weidemann, Johannes | Städtische Finanzwirtschaft im Wandel der
Zeiten, Die Finanzgeschichte der Stadt
Kassel, Stuttgart und Berlin 1936. |
| Wurster, Otto | EBlinger Heimatbuch, Eßlingen 1931. |
| o.V. | Über Steuer-Bewilligung und Besteuerung
in Württemberg, Tübingen 1819. |
| o.V. | Der Eßlinger Bürgerschaft freymüthiges
Betragen gegen Ihren Magistrat zur Nach-
achtung anderer Reichsstädte öffentlich
bekannt gemacht, Eßlingen 1798. |
| o.V. | Grundsätze der Finanzadministration und
des Rechnungswesens in Reichsstädten,
Leipzig 1786. |
| o.V. | Des heil Reichs Stadt Ulm erläuterte
Steuer-Ordnung de Anno 1709. |

b) Beiträge aus Sammelwerken

- | | |
|------------------|---|
| Budge, Siegfried | Geschichte der volkswirtschaftlichen Ideen
und Theorien, in: Die Handelshochschule,
Band 2, IV. Kapitel, o.O., o.J. (1928),
Seite 345-539. |
|------------------|---|

- Borst, Otto Die Stadt und das Kreisgebiet im Gang der Geschichte, in: Der Kreis Eßlingen, herausgegeben von K. Theiss und H. Baumhauer, Aalen/Stuttgart 1965.
- Bürgin, Alfred Artikel: Merkantilismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 7, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961, Seite 308-317.
- von Eheberg, Karl Theodor Finanzwissenschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band 4, Jena 1927, Seite 152 ff.
- Gerloff, Wilhelm Die Entgeltabgaben, in: Handbuch der Finanzwissenschaften, Band 2, Tübingen 1953; 2. Auflage.
- Mayer, Theodor Geschichte der Finanzwissenschaft vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 1, 2. Auflage, Tübingen 1952, Seite 236-272.
- Röpke, Wilhelm Finanzwissenschaft, in: Die Handelshochschule, Band 2, Kapitel III, o.O., o.J. (1927), Seite 201-343.
- Schmölders, Günter Finanzwissenschaft, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, Band II, Köln und Opladen 1959.
- Tautscher, Anton Artikel: Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 1, 2. Auflage, Tübingen 1950, Seite 382-415.
- von Schrötter, Friedrich Wörterbuch der Münzkunde, Berlin/Leipzig 1930.
- Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Frankfurt/Main 1957.

c) Beiträge aus Zeitschriften und Reihen

- Bader, Karl S. Über Sinn und Ziel reichsstädtischer Geschichte, in: Eßlinger Studien, Band 1, Eßlingen 1956.
- Berger, Fritz Allerlei über Pflaster und Pflästerer, in: Eßlinger Zeitung, 98. Jahrgang, Nr. 161 vom 16.7.1966, Seite 8.
- Derselbe Offizianten, Subalterne Stadtbedienstete im Eid der Freien Reichsstadt Eßlingen, Teil I, in: Eßlinger Zeitung, 98. Jahrgang, 15.10.1966, Seite 6.

- Berger, Fritz Offizianten, Subalterne Stadtbedienstete
im Eid der Freien Reichsstadt Eßlingen.
Teil II in: Eßlinger Zeitung, 98. Jahrg.,
 5. 11.1966, Seite 7.
Teil III in: Eßlinger Zeitung, 98. Jahrg.,
 17.12.1966, Seite 7.
- Borst, Otto Zur Verfassung und Staatlichkeit oberdeut-
scher Reichsstädte am Ende des alten Reiches,
in: Eßlinger Studien, Band 10, 1964.
- Großmann, Eugen Gesetzmäßigkeiten auf dem Gebiet der
öffentlichen Finanzen, Festrede zur
112. Stiftungsfeier der Universität
Zürich am 28. August 1945, gedruckt im
Jahresbericht 1944/45, Zürich 1945.
- Schmoller, Gustav Das Merkantilssystem in seiner historischen
Bedeutung, in: Studien über die wirtschaft-
liche Politik Friedrichs des Großen,
in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung
und Volkswirtschaft, herausgegeben von
Gustav Schmoller, 8. Jahrgang, Leipzig 1884.
- Schön, Theodor Die Reichssteuer der schwäbischen Reichs-
städte Eßlingen, Reutlingen und Rottweil,
in: Mitteilungen des Instituts für öster-
reichische Geschichtsforschung, XVII.Band,
Innsbruck 1896, Seite 234-263.
- Schraitle, Egon Die Bevölkerungsentwicklung Eßlingens in
der Spätzeit der Reichsstadt, in:
Eßlinger Studien, Band 10, 1964, S. 78-105.
- Tille, Armin Stadtrechnungen, in: Deutsche Geschichts-
blätter, I. Band, 3. Heft, Gotha,
Dezember 1899.
- Die Umgelter-Rechnungen sind zitiert als
UAR mit dem Rechnungsjahr und der Seite
(fol.).
- Die Unterlagen der Vermögenssteuer als
"Steuerzettel" mit dem Jahrgang und der
Nummer im jeweiligen Gang der Stadt.

Einnahmen und Ausgaben der Stadt Eßlingen nach den Umgelter-Amts-Rechnungen

(in Gulden)

Einnahmen:	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
1 Vom Rest	470	325	1.402	554	331	47	1.133	-
2 Von Recess Schulden	7	1	-	-	-	16	-	1
3 Dem Fisco heimgefallen	-	2	-	12	14	6	-	-
4 Ewig ohnablößige Hellerzins	118	127	128	129	130	131	131	157
5 Nicht jährlich Zins	(557)	(764)	(777)	(904)	(825)	(834)	(835)	(827)
Haus- und Güterzins	-	86	93	211	92	107	108	120
v.d.Walk-Rahmen u. Mühlen	11	11	11	11	11	11	11	11
v.d.Färb-, Wasch-u. Brennhäusern	4	4	3	3	3	3	3	3
v.gem.Stadt Werkstätten	1	2	2	2	2	2	2	2
Thurmzins	17	16	14	12	12	14	14	14
Laden- und Stand-Zins	22	22	19	19	20	20	21	31
Brot-, Fleisch- und Zuberlens Zins	145	145	145	145	145	145	145	145
Stadthaus, Burggraben, Zwinger-Zins	6	5	5	5	5	5	5	5
Lammerzen (?) u.Krautlandzins	9	8	8	8	8	8	8	8
Gärtlenzins	126	127	127	127	127	127	127	127
Baumzins	64	13	263	268	292	292	292	288
Stadtgrabenzins	50	17	17	17	33	55	55	29
Fischwasserzins	56	46	25	31	31	-	-	-
Jährlich pro Canone v.d. Spital Mühlen	45	45	45	45	45	45	45	45

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
6 Auf ehistes Wiedererstaten Ausgeliehenem zurück erhalten	-	-	-	-	30	221	-	-
7 Auf eines Magistrats Erlauben hinterlegt	-	-	20 ¹⁾	221	30	30	348	-
8 Nicht jährlich Brücken- und Pflastergeld	936	1.595	1.573	1.591	1.750	1.541	1.554	1.287
9 Nicht jährlich Chaussee Geldt	-	-	387	355	421	391	408	610
10 Unterkauf aus der Rechenstuben	1.087	1.866	948	939	1.366	1.047	1.664	1.118
11 Vieh- und Schweinezoll	59	31	93	54	76	58	51	54
12 Roßzoll	8	10	6	3	2	1	1	-
13 Roß-u. Viehzoll f. Jahrmärkte	2	-	-	-	-	-	-	-
14 Judenzoll	12	32	53	129	62	36	15	8
15 Kaufhauszoll	65	29	156	45	55	26	38	9
16 Hauthzoll	37	46	54	68	71	42	49	37
17 Waaggeld im Kaufhaus	2	2	4	4	3	1	5	3
18 Umgeld:	(2.400)	(1.672)	(2.281)	(2.081)	(1.717)	(1.707)	(1.665)	(1.360)
von Wirthen und Gastgeber	534	436	694	658	660	557	844	844
von Gassenwirthen	1.795	1.170	1.478	1.342	1.048	1.120	712	690
von denen Handstreich und Hochzeiten	35	7	21	7	4	5	8	4
von Bürgern die an Jahrmärkten fremde Krämer logieren und speisen	-	4	7	4	3	4	3	2
vom Bier	36	55	80	70	1	20	97	75
19 Lagergeld v. fremden Weinen	8	16	8	8	8	3	3	-
20 Accis:	(5.254)	(6.446)	(5.594)	(5.360)	(5.232)	(4.537)	(5.147)	(4.761)

1) Hauptguth damit Zins aufgenommen (nur 75/76)

Accis:	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
von verkauften Gütern und Schulden	178	305	303	339	302	294	355	516
von verkauften Wein aus der Rechenstuben	2.174	3.731	1.895	1.873	2.678	2.093	3.325	2.219
von verk. Wein, so in der Rechenstuben nicht gerechnet	17	15	2	8	5	8	6	-
von verk. neuen Wein im Herbst	120	82	597	861	307	629	54	678
von ausgezapften Wein v.d. Gassenwirthen	285	195	201	183	172	162	97	110
v.d. bei Hochzeiten und Hand- streichen consumierten Wein	6	1	3	1	1	1	1	1
von allhier und außerhalb erkauften alten Wein	407	440	272	201	404	121	94	15
von erkauftem Obstmost u. Obat	129	5	329	11	4	-	-	-
von ausgezapftem Bier	3	3	-	-	-	-	-	53
von allerhand Brandtenwein	9	65	6	9	-	-	5	-
von ausgezapften Brandtenwein	-	-	25	19	13	7	7	5
Accis oder Concessionsgeld v.d. Brennhäusern	-	-	1	1	1	1	1	1
von den Mezgern	1.374	1.200	1.428	1.399	958	902	897	894
von den Wirthen, die Vieh zu Hause mezen	4	1	3	1	2	-	-	-
von den Bürgern, die Vieh zu Hause mezen	129	54	174	110	62	25	7	-
von Hospital geschl. Vieh	25	29	29	29	29	31	31	45
von verk. Vieh an Jahrmärkten v.d. Thoren und in der Stadt	27	19	38	36	21	15	10	9

Accis:	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
v.d.allhießigen Kaufleuten und Krämern	154	148	138	153	160	146	162	154
v.d.allhießigen handtierenden Handwerkern	12	3	1	1	4	7	7	5
Accis und Weggeld von den Krempeln	52	76	43	43	43	43	43	27
von fremden Krämern (so ein Accord besteht)	42	-	56	-	-	-	-	-
von fremden Krämern an Jahrmärkten	81	47	33	33	19	21	21	15
von fremden Krämern an Wochenmärkten	19	24	-	43	38	25	23	22
von allhießigen Fürkäufern	6	3	15	6	8	6	5	2
21 Meßgeldt v.d. großen Stock im Kornhaus	561	-	61	61	59	66	59	59
22 Zubergetdt v.d. kleinen Stock im Kornhaus	12	-	-	-	-	-	-	-
23 Holz- und Heu-Meßgeldt	31	39	38	36	26	25	20	14
24 Von der trüb u. Meocar Eych	5	1	5	7	2	6	5	3
25 Von der lautteren u. Bronnen Eych	76	78	41	61	122	66	74	22
26 Von d. Weinzieher Büchs	15	11	8	10	32	15	18	7
27 Von d. Wagen-u. Karrenspanner Büchs	31	21	20	30	61	33	37	16
28 Bürgergeld	602	410	626	719	534	517	394	578
29 Von d. bürgerlichen Feuerzaymer	75	60	83	90	69	87	86	72
30 Strafen	816	403	309	485	1.363	1.129	629	686
31 Standgeldt an Jahr-u. Wochenmärkten	103	65	78	64	56	51	35	26
32 Meßgeldt an Jahrmärkten	4	2	3	4	3	3	3	2

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
33 Meßgeldt an Jahr-u. Wochenmärkten	7	4	7	8	4	3	3	4
34 V. d. (div.) Schau	431	361	54	44	44	43	42	39
35 Von anderen Verwaltungen empfangen:	-	(3.335)	(6.000)	(6.400)	(6.820)	(22.440)	(1.102)	(56.306)
Hospital	-	-	-	-	810	-	-	-
Castenverwaltung	-	-	-	-	10	15.866	250	250
Steuer-Cassier-Amt	-	3.335	6.000	6.400	6.000	5.645	775	55.996
Forstamt	-	-	-	-	-	928	77	60
36 Von dem Ertrag beider Stadtmühlen	-	1.296	1.379	1.379	1.309	1.269	1.269	129
37 Vom Ertrag des Salzhandels	-	440	400	340	400	379	375	411
38 Vom hochlöbl. Crayß beneficiert erhalten	707	-	-	-	-	-	-	-
39 Concessionsgeldt	54	15	18	6	3	9	4	25
40 Disponsationsgeldt	58	12	120	50	85	179	140	296
41 Sperrgeldt von den Stadthoren	94	59	59	59	51	51	53	51
42 Einnahmen wegen gehaltenen Quartiers und Vorspannen und für genossene Kost beneficiert erhalten	-	-	-	-	771	-	-	589
43 Verkaufte Steuern u. a.	10	10	10	10	10	-	6	-
44 Verkaufte Haus und Güter	23	-	-	-	10	-	308	-
45 Sonstige Verkäufe	5	-	26	1	-	7	5	-
46 Verkaufte Früchte	-	1.355	573	640	658	762	897	1.851
47 Bau-, Brand-u. andere Beysteuern	-	-	-	119	-	-	-	275
48 Von Außenständen	708	90	82	55	197	494	308	431
49 "Inngemein"	-	-	153	5	25	64	33	177
Summe aller Einnahmen (lt. Buch)	14.557	20.712	23.625	23.151	24.904	38.772	18.951	72.308

Ausgaben:

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
1 Zur Bezahlung activ Remanets*)	57	-	-	-	-	1.128	-	1.463
2 Zur Bezahlung Recessus	-	-	-	-	-	6	-	-
3 Ewig ohnablößige Hellerzins	-	-	-	-	-	-	-	-
4 Ablößige Zins	41	15	15	18	15	15	15	15
5 Auf ehisten wiedererstatteten Entlehntem heimbezahlt	-	140	40	25	25	25	69	69
6 Auf ehisten wiedererstatteten ausgeliehen	-	-	-	-	20	-	-	-
7 An deponierten Geldern hinausbezahlt	33	-	-	134	-	65	6	-
8 Besoldungen	4.991	7.210	7.040	7.113	6.917	6.770	6.720	8.468
9 Exgratia in Geldt u. Früchten	10	76	25	19	19	13	17	67
10 Für ein Fest anlässlich der Kaiserwahl (Leopold II.)	-	-	-	-	-	114	16	-
11 Verehrungen	59	161	254	252	95	141	546	38
12 Bau-, Brand- u. Beysteuern	20	180	13	42	112	43	461	298
13 Auf besondere obrigkeitl. Decreta bezahlt	10	-	101	180	100	107	130	107
14 Montierung (Kleidung) der Stadtbediensteten	-	-	132	186	254	67	64	130
15 Kriegsdienste f. Kayser u. Reich	843	-	-	-	1.188	157	2.067	56.594
16 Ordinarie Krayß prestanda f.d. contingent zu Fuß	-	-	-	-	-	-	-	1.211
17 Kayserl.-u. Reichskammergericht u. s. Gerichte	659	1.107	1.302	1.532	1.498	866	637	208
18 Zur Erlangung weiterer Exemption aboneribus circuli	-	-	-	-	1.895	-	-	-

*) Übertrag noch zu bezahlender Posten aus dem Vorjahr

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
19 Auf den hochfürstl. Württ. Schutz verwendet	154	785	811	837	893	1.907	918	789
20 Wildpret Deputat für das herzogl. Haus Württemberg	-	-	254	4	4	5	7	6
21 Auf Reichstage gehen	93	91	53	103	38	54	156	139
22 Auf Kraysstage gehen u. Conferentien	11	-	82	45	118	81	158	101
23 Reiß- und Zählungskosten	92	42	43	-	7	-	212	8
24 Ausloßungen	7	10	-	-	-	3	-	-
25 Wegen aberkauften Steuern und Heuzehenden	9	9	-	-	-	-	-	-
26 Regulier und Einziehung d. Steuern	21	-	24	6	-	1	1	5
27 Aufschreibung d. alt u. neuen Weine gehen	-	18	18	18	18	18	18	18
28 Mühlen visitation	-	11	11	11	11	11	11	11
29 Auf Stockaufschluß gehen	11	17	18	18	18	18	18	18
30 Auf beide Jahrmärkte verwendet	17	51	49	49	52	55	55	58
31 Auf gemeiner Stadt Fischgräben und Garn verwendet	5	5	13	13	5	-	-	-
32 Pulver, Blei, Luntten	78	58	92	82	54	88	65	58
33 Renovationskosten (Erneuerung der Schulden etc.)	6	6	8	4	4	9	4	4
34 Rechnungs-, Probations- u. Abhörkosten	144	-	8	-	-	961	248	125
35 Marksteinsatz-Kosten	-	-	-	-	-	-	-	1
36 Allerhand Schreibegebühren	66	53	41	21	28	38	52	167
37 Processkosten	-	-	-	-	-	814	-	-
38 Malefiz-Kosten	10	147	29	39	240	55	39	139
39 An andere Verwaltungen geliefert:	(3.647)	(5.611)	(9.529)	(7.416)	(7.639)	(2.528)	(566)	(596)

	1750/51	1760/61	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
An andere Verwaltungen:								
Capital Ablösungs Cassa	1.094	-	-	-	-	-	-	-
Bauamt	2.491	5.482	9.394	7.114	7.311	2.229	451	430
Forstamt	-	-	40	40	70	77	78	60
Hospitalverwaltung	-	-	26	26	26	26	26	100
Bürgerstubeengesellschaft (Zuschuß)	-	-	-	-	-	15	-	-
An die bürgerlichen und ledigen Companie	61	128	69	236	232	181	11	6
40 Wachtgeld	274	486	634	814	445	514	526	253
41 Für Lieferungen und Leistungen von Handwerkern	591	731	1.044	903	736	574	669	915
42 Um erkaufte Haus u. Vorrat	5	-	1	5	381	46	46	45
43 Um erkaufte Brot u. Wein	460	487	285	223	250	227	290	299
44 Um erkaufte Fleisch	3	-	-	-	-	-	-	-
45 Vor Besoldungsholz	59	67	65	76	76	76	76	105
46 Lieferungen von Verbrauchsgütern, Schmalz, Liechter etc.	302	395	286	324	569	563	85	1.210
47 Für Feuersbrunsten	167	217	75	110	122	711	476	85
48 Auf Abstellung des Gassenbettel gangen (Almosen)	50	50	50	50	50	-	-	-
49 Inspection und Säuberung des Rath-, Kauf-, Salz- und Steuer-Haus	59	46	43	43	42	44	41	40
50 Stadtbibliothek	22	3	3	-	30	23	14	18
51 Kirchenmusik	18	80	70	773	75	75	75	86
52 Bothenlohn, Brief-, Post- und Trankgeld	91	131	145	169	194	56	33	467
53 Extra Geschäfte	-	-	17	47	31	30	24	30

	9	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
An andere Verwaltungen:									
Capital Ablöbungs Cassa		1.094	-	-	-	-	-	-	-
Bauamt		2.491	5.482	9.394	7.114	7.311	2.229	451	430
Forstamt		-	-	40	40	70	77	78	60
Hospitalverwaltung		-	-	26	26	26	26	26	100
Bürgerstübengesellschaft (Zuschuß)		-	-	-	-	-	15	-	-
An die bürgerlichen und ledigen Companie		61	128	69	236	232	181	11	6
40 Wachtgeldt		274	486	634	814	445	514	526	253
41 Für Lieferungen und Leistungen von Handwerkern		591	731	1.044	903	736	574	669	915
42 Um erkaufte Haus u. Vorrat		5	-	1	5	381	46	46	45
43 Um erkaufte Brot u. Wein		460	487	285	223	250	227	290	299
44 Um erkaufte Fleisch		3	-	-	-	-	-	-	-
45 Vor Besoldungsholz		59	67	65	76	76	76	76	105
46 Lieferungen von Verbrauchsgütern, Schmalz, Liechter etc.		302	395	286	324	569	563	85	1.210
47 Für Feuersbrunsten		167	217	75	110	122	711	476	85
48 Auf Abstellung des Gassenbettel gangen (Almosen)		50	50	50	50	50	-	-	-
49 Inspection und Säuberung des Rath-, Kauf-, Salz- und Steuer-Haus		59	46	43	43	42	44	41	40
50 Stadtbibliothek		22	3	3	-	30	23	14	18
51 Kirchenmusik		18	80	70	773	75	75	75	86
52 Bothenlohn, Brief-, Post- und Trankgeld		91	131	145	169	194	56	33	467
53 Extra Geschäfte		-	-	17	47	31	30	24	30

	1750/51	1770/71	1775/76	1780/81	1785/86	1790/91	1792/93	1800/01
54 Abgangen und nachgelassen	33	732	316	68	365	17.488	944	303
55 Im Ausstand	624	265	68	91	225	369	394	455
56 Inngemein	182	288	182	198	77	188	225	78
57 Delationsgebühren	-	-	3	-	-	-	-	-
Summe aller Ausgaben (lt. Buch)	14.035	19.791	23.042	21.358	24.938	37.146	17.536	73.296

Lebenslauf

Am 8.2.1940 wurde ich als zweiter Sohn des Schriftleiters Oskar Lukas und seiner Frau Gisela in Gablonz/Neiße geboren. Seit dem 30. Januar 1943 gilt mein Vater als vermißt. Im Jahr 1945 flüchteten wir nach Karlsbad, von wo wir im Frühjahr 1946 ausgewiesen wurden. Nach kurzem Aufenthalt in Lichtenfels/Obfr. gelangten wir nach Eßlingen am Neckar.

Nach vierjährigem Volksschulbesuch von 1946 bis 1950 besuchte ich 6 Jahre lang das Georgii-Gymnasium in Eßlingen, um dann an die Eßlinger Wirtschaftsoberschule überzuwechseln, wo ich im Frühjahr 1959 das Abitur bestand. Nach einem halbjährigen Praktikum begann ich im November 1959 in Tübingen das Studium der Wirtschaftswissenschaften, das ich im November 1964 in Nürnberg erfolgreich beenden konnte.

Im Januar 1965 trat ich als Informand in die Zentrale der Daimler-Benz Aktiengesellschaft in Stuttgart ein, war dort ein Jahr lang in der betriebswirtschaftlichen Abteilung und bin z.Zt. Assistent der technischen und kaufmännischen Werkseitung eines Produktionsbetriebes derselben Firma.

Gaggenau, den 15.3.1967

